

Johannes Kunze

Das MfS in der Schuh-Industrie

am Beispiel des Direktors für Forschung
und Technik der „VVB Schuhe“ Weißenfels

Karl-Heinz Werner

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Geleitwort	2
Einleitung	3
1. Zur Person von Karl-Heinz Werner	6
2. Die Verhaftung	8
3. Vorangegangenes	10
3.1. Die „Steckenpferdbewegung“	10
3.2. Die Orientierung der Schuhindustrie gen Westen	16
3.3. Der VIII. Parteitag der SED 1971	23
3.4. Die SED – „obligatorischer Gast“	24
3.5. Die Verhaftungen 1976	34
4. Beispiele von Untersuchungen vor der Verhaftung	44
4.1. Wanzen im Büro	44
4.2. Ermittlungen im RGW	44
5. Die Haft	59
5.1. Untersuchungshaft	59
5.2. Haftbeschwerde	59
5.3. Die Feindstrategie	59
5.4. 280 Verhöre und „x“ Zeugenvernehmungen	67
5.5. Anklage zu „DESMA-Importen“ – Hauptziel des MfS	72
5.6. Das Gutachten	81
5.7. Die Anklage	92
5.8. Der Schauprozess	95
5.9. „Wanzen“ in der Zelle	95
6. Amnestie für Kooperationswillige	106
7. Die Zeit nach Bautzen II	106
8. Schlussbetrachtung	112
9. Fotonachweis	hintere Umschlaginnenseite
10. Buchempfehlungen	hintere Umschlaginnenseite

Hinweis:

Die kursiv dargestellten Textstellen sind Abschriften und Zitate. Sie wurden in alter Rechtschreibung belassen. Sofern sie aus Unterlagen des MfS und anderer DDR-Behörden sowie der SED stammen, wurden orthografische und grammatische Fehler nicht korrigiert. Handschriftliche Ergänzungen in abgebildeten Dokumenten sind, soweit nicht zusätzlich vermerkt, im Original vorhanden.

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Mecklenburg-Vorpommern, der Mitarbeiter der Außenstelle Halle der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg sowie des Landrates des Landkreises Weißenfels, Herrn Rüdiger Erben.

Von der SED verordnete Fünf-Jahr-Pläne mit einem ausgefeilten Anpassungs- und Korrektursystem prägten die Volkswirtschaft der DDR. Stimmt diese „Plan“-Wirtschaft auf dem Papier schon nicht, verursachte sie in der Realität regelmäßig Chaos. Die alltägliche Erfahrung des Verbrauchers war über die gesamte DDR-Zeit hinweg: Das, was gerade gebraucht wurde, gab es nicht – dafür wurde das, was es gerade gab, gleich zweimal (mindestens) gekauft für den Fall, dass man es irgendwann brauchen würde – und sei es nur zum Tausch.

Die verantwortlichen Betriebsleiter samt ihrem Personal hatten auf der anderen Seite mit fehlendem Material und häufig veralteten Maschinen zu kämpfen. Da konnte auf beiden Seiten nur überleben, wer unkonventionelle Wege ging. Manche erreichten auf diese Weise viel, saßen aber speziell in den Betrieben immer zwischen allen Stühlen. Aus Angst vor Sabotage und vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Schwäche hatte das Ministerium für Staatssicherheit in diesem Bereich sehr viele offizielle und inoffizielle Mitarbeiter platziert. Genau wie die SED und häufig mit ihr nahm es auf die verschiedenste Weise Einfluss, oft mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen.

Das musste auch der Technische Direktor Karl-Heinz Werner spüren, der gemeinsam mit einigen anderen versuchte, die Schuhindustrie mit ihrem Vorstufenbereich der gesamten DDR in Schwung zu bringen und mit Gefängnishaft bestraft wurde. Sein Schicksal steht stellvertretend für viele und es ist ihm sehr zu danken, dass er sich als Zeitzeuge zur Verfügung gestellt hat. Mit seiner Hilfe und sehr viel Engagement ist es Johannes Kunze, ebenfalls ehemaliger Mitarbeiter des VEB Kombinat Schuhe, gelungen, ein Kapitel Industriegeschichte der Region Weißenfels aufzuarbeiten. Da es sich hierbei um einen der größten und bedeutendsten Betriebe in seinem Bereich handelte, hat der Landkreis Weißenfels dieses Projekt gern unterstützt.

Die Ergebnisse der Nachforschungen werden hiermit in der Hoffnung vorgestellt, dass damit einigen tradierten Gerüchten und Vorurteilen der Boden entzogen wird. Darüber hinaus wäre es gut, wenn weitere Kapitel der Industriegeschichte durch möglichst viele Interessierte aufgeklärt werden könnten.

Edda Ahrberg
Landesbeauftragte

Rüdiger Erben
Landrat

Einleitung

Mitte der 80er Jahre wechselte ich als junger Absolvent der damaligen TH Karl-Marx-Stadt aufgrund einer Umstrukturierung von der Schuhfabrik VEB¹ „Banner des Friedens“ in die Zentrale des „VEB Kombinat Schuhe“², beide in Weißenfels. Dort liefen die Fäden der gesamten Schuhindustrie und deren Vorstufenbereiche der damaligen DDR zusammen. Immerhin waren damals in diesem Industriezweig etwa 40.000 Beschäftigte tätig.

Ich arbeitete im relativ kleinen Direktionsbereich Plandurchführung in der Novalisstraße Weißenfels – genannt „Weißes Haus“. Dort ging es darum, die Planerfüllung der einzelnen zum Kombinat gehörenden Betriebe zu erfassen und bei Abweichung von den Plangrößen entsprechende Signale zu geben und gegen die Störungen mit den vorhandenen bescheidenen Möglichkeiten zu wirken.

Ich erinnere mich genau, dass während einer Frühstücksrunde eine Mitarbeiterin beiläufig erwähnte, dass sie mit meiner Art an die von Karl-Heinz Werner erinnert wird. Auf meine Nachfrage, wer denn Karl-Heinz Werner sei, bekam ich keine ergiebige Auskunft: *Dieser war mal der Direktor des Direktionsbereiches Technik, er ist vor ein paar Jahren verhaftet worden.* Ein Direktor und verhaftet? Das konnte ich mir damals beim besten Willen nicht vorstellen. Was war geschehen?

Am Biertisch mit einem nahestehenden Kollegen aus dem Direktionsbereich Ökonomie, war schon ein wenig mehr zu hören. Was Karl-Heinz Werner nun wirklich getan hatte, vor allem die Hintergründe und Einzelheiten – das blieb mir bis jetzt im Wesentlichen verborgen.

Im gleichen Atemzug mit Karl-Heinz Werner wurden auch weitere damals profilierte Ingenieure der Schuhindustrie genannt: Ferdinand Spira, Dietrich Haase, Helmut Herkner und Karl Stöckl. Alle wurden ebenfalls 1976 bzw. 1977 vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eingesperrt.

Gewiss bin ich nicht der einzige, der in diese schon fast vergessene „Sache“ eintauchen möchte, um sowohl das Hineinwirken des MfS in die damalige Volkswirtschaft abzuleiten, aber auch um die Geschehnisse von damals etwas aufzuhellen. In der vorliegenden Recherche geht es nicht darum, die Handlungen der betroffenen Personen zu bewerten, vielleicht in Opfer und Täter oder in beide Kategorien einzuteilen, sondern darum, den Lähmungs-

1 VEB: Volkseigener Betrieb

2 Kombinat Schuhe: Teil der zentralistischen Planwirtschaft, vergleichbar mit einer Konzernzentrale

faktor für die Wirtschaft zu beschreiben, den die „Staatssicherheit“ als langer und grauenvoller Arm der SED verursachte.

Aufschlussreich waren während der Recherche die Begegnungen und Gespräche mit Karl-Heinz Werner, Dietrich Haase (ehemaliger Direktor des Zentralen Forschungs- und Rationalisierungsbüros), Helmut Herkner (ehemaliger Abteilungsleiter im Direktionsbereich Forschung/Technik) sowie der ehemaligen Frau des mittlerweile verstorbenen Ferdinand Spira (Mitglied der Importkommission und Lagerleiter im „Banner des Friedens“), die allesamt ein ähnliches Schicksal erlitten und gezielt Opfer der verfehlten Wirtschaftspolitik der ehemaligen DDR wurden. Sie bekamen die verbrecherischen Machenschaften des MfS hautnah zu spüren.

Von jeder dieser Personen könnten separate Abhandlungen, gar Romane verfasst werden, die sich in vielen Punkten sehr ähneln würden.

Die nachfolgende Ausarbeitung konzentriert sich im Wesentlichen auf den damaligen Direktor für Forschung und Technik des Kombines Schuhe, da dieser um Aufarbeitung gebeten hat und sich erfreulicherweise als Zeitzeuge zur Verfügung stellte.

Im Jahre 1979 gab es aus Anlass des 30. Jahrestag der DDR eine Amnestie, bei der die anderen Mitinhaftierten aus diesen Prozessen (mit Haftstrafen von 12, 10 und 3 Jahren) vorzeitig entlassen wurden. Karl-Heinz Werner musste allerdings noch drei Jahre Haftzeit in „Bautzen II“ verbüßen.

Die über 8.000 Seiten umfassende Gerichtsakte von Karl-Heinz Werner in 23 Bänden findet sich in den MfS-Akten zu den Vorgängen OV „Igel“³ und OV „Konto“⁴. Sie besteht aus über 280 Verhörprotokollen, Gutachten, Gesprächs- und Zeugenberichten. Das MfS ermittelte hierbei formell im Auftrag der Staatsanwaltschaft und scheute keinen Aufwand, auch die kleinsten Details minutiös darzustellen. Ein Aufwand, der in der Industrie der DDR nicht denkbar gewesen wäre und davon zeugt, dass jene Organe im Gegensatz zur Industrie personell nicht nur überdimensioniert, sondern pervers aufgebläht waren.

Das MfS definierte in diesem Gesamtvorgang sein Handlungsziel in einem Schreiben an den Minister Erich Mielke. Demnach solle eine *gerichtliche... Hauptverhandlung ... in der Hauptstadt der DDR ... [durchgeführt werden] wegen Sabotage im Zusammenwirken mit Vertretern der BRD-Firmen Schön*

3 OV „Igel“: Operativer Vorgang des MfS – aktive Erfassung auf der Grundlage eines registrierten Vorgangs, „Igel“: Pendant zu Haase, Dietrich

4 OV „Konto“: angeblich hatte sich Karl-Heinz Werner ein Konto im „Westen“ angelegt

*und Cie und DESMA unter Teilnahme von Vertretern der Bruderorgane der sozialistischen Staaten ...*⁵. Man sah die Volkswirtschaften der RGW-Länder durch schädigende Methoden von Konzernen imperialistischer Staaten akut bedroht.

Anhand der vorliegenden Akten lassen sich die Geschehnisse natürlich nicht genau rekonstruieren, vermitteln Sie doch die einseitige Aufklärungsposition des MfS. Auch dürften viele IM-Berichte noch im Dunkeln schlummern. Eine gerechte Verteidigung im Rahmen des damaligen Schauprozesses zugunsten des „Angeklagten“ Karl-Heinz Werner fand quasi nicht statt. Selbst die Befragung von Zeugen war mit Frageschemata so aufgebaut, dass die Einseitigkeit nur untermauert wurde. Es gab beispielsweise keine einzige Frage nach den positiven Arbeitsergebnissen des Betroffenen. Allein die Mitarbeiterin Ilona Beutling aus dem damaligen Direktionsbereich Forschung/Technik fand den Mut in der Gerichtsverhandlung ihren Direktor als menschlich und fachlich hochwertig einzustufen.

Während der Recherche wurde natürlich mit mehreren ehemaligen Mitarbeitern der VVB Schuhe zu diesem Fall gesprochen. Die Aussagen polarisierten sich in zwei Richtungen. Die eine Aussage, die von damals sehr staatsnahen Beschäftigten geäußert wurde beinhaltete, dass Karl-Heinz Werner und die „anderen“, Maschinen aus der „0-Serie“ importiert hätten, diese also nicht richtig funktionierten und folgerichtig verhaftet wurden. Die andere Ansicht, die von eher neutralen Beobachtern kam, mündete darin, dass wahrscheinlich Karl-Heinz Werner zu sehr mit westdeutschen Vertragspartnern „gekungelt“ hätte.

Kaum einer weiß allerdings, nach 25 Jahren, was und wie es tatsächlich geschehen ist, vor allem aber, welche Hintergründe zu dieser Verhaftung geführt haben.

5 Zitat aus Vorschlag der Hauptabteilungen IX und XVIII der Zentralverwaltung des MfS in Berlin vom 19.07.1977 in: BStU, MfS, ZA, Abt. X, Nr. 500, Band 1, Bl. 60

1. Zur Person von Karl-Heinz Werner

Karl-Heinz Werner wurde im September 1939 in Zella-Mehlis/Thüringen geboren. Er ging zur Schule, genoss eine protestantische Erziehung, machte sein Abitur und studierte anschließend Maschinenbau an der renommierten Technischen Universität in Dresden. Letztere Ausbildung schloss er mit dem akademischen Grad eines Diplom-Ingenieurs ab und arbeitete zunächst als Konstrukteur im VEB Metallbau Arnstadt. Von 1965 bis zu seiner Inhaftierung 1977 war er in der VVB Schuhe beschäftigt, wo er zunächst Leiter für Anleitung und Kontrolle der Maschinenbaubetriebe im Bereich der Schuhindustrie war. Ab 1969 nach seinem Eintritt in die SED war er Abteilungsleiter für Forschung und Technik und stellvertretender Direktor für Wirtschaftsorganisation und Strukturpolitik. Zu dieser Zeit wurde er auch als NSW⁶-Reisekader bestätigt, d. h. er gehörte damit zu den Wenigen aus der „berufstätigen Bevölkerung“, die in den „Westen“ reisen durften.

Ab Januar 1970 erreichte er auf seiner Karriereleiter den Posten des Direktors für Wirtschaftsorganisation und Strukturpolitik, später dann Direktionsbereich Forschung und Technik. 1971 berief ihn der Generaldirektor der VVB Schuhe zum Mitglied des zentralen Importgutachterausschusses bei der VVB Schuhe. In der DDR durfte nämlich nicht ohne weiteres importiert werden, denn die Devisen⁷ saßen überhaupt nicht locker und so musste ständig genau abgewogen werden, welche Importe unbedingt nötig waren. Wer Mitglied dieser Kommission war, hatte natürlich je nach Kompetenzlage einen mehr oder weniger großen Einfluss auf das Importgeschehen. Als einer der wenigen Hochschul-Maschinenbauingenieure im Industriezweig dürfte sich Karl-Heinz Werner schrittweise entsprechenden Respekt verschafft haben.

Im Jahre 1974 wurde er in die Kaderreserve (Nachwuchs für Leitungsfunktionen) der Kadernomenklatur II⁸ aufgenommen.

Von September 1976 bis Juli 1977 besuchte er die Bezirksparteischule in Ballenstedt und nahm gleichzeitig eine außerplanmäßige Aspirantur an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Berlin auf.

6 NSW: Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet

7 Devisen: frei konvertierbare Zahlungsmittel

8 Kadernomenklatur II: System der Staatshierarchie, II = erster Stellvertreter des Generaldirektors



Nach einer Dienstreise im Tatra, 1973



Bei einer Betriebsfeier 1974, links: Karl-Heinz Werner



Betriebsausflug in Weimar-Buchenwald 1973, Karl-Heinz Werner rechts

2. Die Verhaftung

Zum Nikolaustag des Jahres 1977 ging der damals 38-jährige Karl-Heinz Werner, Familienvater zweier Kinder und Direktor für Forschung und Technik der VVB Schuhe, von seiner Wohnung in Heuweg zu Fuß in die Markwerbener Straße zu seinem Büro in eines der Baracken-Gebäude. Das heißt, er beabsichtigte im Büro anzukommen.



rechts im Bild: das Baracken-Gebäude in der Markwerbener Straße im November 2003, jetzt: Autohandel

Kurz vor dem Eintreffen im Büro sah er einen Lada. Ihm unbekannte Männer sprangen aus dem Wagen, wiesen sich als Mitarbeiter des MfS aus und forderten den jungen Direktor unter Vorlage eines Haftbefehles auf, mitzukommen.

Karl-Heinz Werner fand sich in der MfS-Untersuchungs-Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle wieder. Er dachte zunächst daran, dass es sich vielleicht um einen Kadertest handelte, denn NSW-Kader wurden periodisch auf „Herz und Nieren“ geprüft.

Im Leibesvisitationsprotokoll fand sich kurioserweise in seiner Aktentasche unter anderem das Buch „Letzte Realitäten“ von Wernher von Braun.

Im nachfolgend abgebildeten Haftbefehl wurde ihm vorgeworfen, als Direktor für Forschung und Technik Verfügungs- und Entscheidungsbefugnisse missbraucht und dadurch schweren wirtschaftlichen Schaden verursacht zu haben.

Erst nach ein paar Tagen erkannte Karl-Heinz Werner den Ernst der Lage. Er eristete das gleiche Schicksal wie der am gleichen Tag verhaftete Direktor des Ingenieurbüros für Rationalisierung Dietrich Haase und der Außen-

STAATSANWALT DES BEZIRKES HALLE (SAALE) BStU 00000!

Kreisgericht Halle
- Stadtbezirk West -
H a l l e

Halle (Saale)
Halle Bezirke 7
5. 12. 1977

Haftbefehl

Sach:
In dem Ermittlungsverfahren gegen den Direktor für Forschung und Technik der VVB Schuhe

Karl-Heinz Werner
geb. am 27. 9. 1939
w.: Weissenfels, Heuweg 104
besch.: VVB Schuhe

wird der Erlaß eines
Haftbefehls
bestätigt.

Gründe:

Der Beschuldigte ist dringlich verdächtig, in nicht rechtsverjährarter Zeit seine Verfügungs- und Entscheidungsbefugnisse als Direktor für Forschung und Technik der VVB Schuhe, Weissenfels, mißbraucht zu haben, indem er pflichtwidrige Entscheidungen und Maßnahmen traf, die unterließ, und dadurch einen besonders schweren wirtschaftlichen Schaden verursachte.
Verbrechen gem. § 122 Abs. 1 und 2 StGB.
Der dringende Tatverdacht ergibt sich aus Sachverständigenüberprüfungen, Sachverständigeninschätzungen sowie Zeugenaussagen und die dem Vorgang beigelegten Sachbeweise.
Die Voraussetzungen für die Anordnung der Untersuchungshaft schütten sich auf § 122 Abs. 1 StGB, da ein Verbrechen dem Gegenstand des Verfahrens bildet.
Umstände die einer Inhaftierung gem. § 123 StPO entgegenstehen könnten, liegen nicht vor.

i. d. L. [Signature]
Staatsanwalt

KOPIE BStU

Dokument 1: Antrag auf Haftbefehl (BStU, Ast. Halle, MfS, AU 2622/79 (EV), Band 5, Bl. 9) Strafgesetzbuch der DDR i. d. F. vom 19. Dezember 1974, § 165 Vertrauensmissbrauch: (1) Wer die ihm mit einer Vertrauensstellung übertragene Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis mißbraucht, indem er entgegen seinen Rechtspflichten eine Entscheidung oder Maßnahme trifft oder eine gebotene Entscheidung oder Maßnahme unterläßt und dadurch vorsätzlich einen bedeutenden wirtschaftlichen Schaden verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft. (2) Wer durch die Tat einen besonders schweren wirtschaftlichen Schaden verursacht ..., wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis zu zehn Jahren bestraft.

handelsmitarbeiter Karl Stöckl. Schon im November 1976, also ein Jahr zuvor, setzte das MfS den Abteilungsleiter im Bereich Forschung und Technik Helmut Herkner und den Lagerleiter der Schuhfabrik „Banner des Friedens“ Ferdinand Spira wegen ähnlicher Delikten hinter Gitter. Konkrete Informationen darüber, was diesen Kollegen zur Last gelegt wurde, bekam Karl-Heinz Werner nicht, wie übrigens niemand in der VVB (außer dem Sicherheitspersonal).

3. Vorangegangenes

3.1 Die „Steckenpferdbewegung“⁹

Die Schuhindustrie, wie die gesamte Leichtindustrie, galt in der Nachkriegszeit im Osten als besonders entwicklungsbedürftig, flossen doch zunächst die großen Aufwendungen in den Wiederaufbau der Schwerindustrie. Außerdem gab es keinen Marshall-Plan wie in Westdeutschland, der Investitionen mit amerikanischem Kapital zuließ. Auch sind größere Schuhfirmen, wie „Carl Tack“ in Burg (später „Roter Stern“) Reparationsleistungen an die Sowjetunion zum Opfer gefallen. Die Amerikaner verzichteten ja auf diese Art von „Wiedergutmachung“.

In den 50er Jahren war in den Schaufenstern der DDR-Schuhgeschäfte dieser Missstand besonders deutlich zu spüren. Der damalige Wirtschaftsminister Heinrich Rau beabsichtigte mit der sogenannten Steckenpferdbewegung einen gewissen Entwicklungsausgleich herzustellen. Demzufolge flossen größere Valutabeträge des Ministeriums für Leichtindustrie auch in die Schuhfertigung. Junge Betriebe sollten dabei mit neu eingekauften Importmaschinen, wie z. B. „Banner des Friedens“ Weißenfels, eine gewisse Vorreiterrolle spielen. Dabei wurde diese Import-Besonderheit offiziell nicht erwähnt.

In diesem Kontext entwickelte sich Weißenfels mit der dazugehörigen Verwaltungszentrale zum Zentrum der DDR-Schuhindustrie.

In der Schuhfabrik „Banner des Friedens“ wurde die Produktion auf die Fertigung von Kinderschuhen ausgerichtet. In den übrigen volkseigenen Betrieben strebte die Hauptverwaltung Schuhe eine Produktionssteigerung durch Spezialisierung der Betriebe an.¹⁰

Natürlich benötigte diese zentrale Leitungs- und Schaltstelle eine erstklassige „Mannschaft“, die sich sowohl fachlich als auch politisch vom Durchschnitt

⁹ Quelle: Schilderung von Dietrich Haase

¹⁰ aus: Wilfried Schreier: Das deutsche Schuhgewerbe, ARPS-Verlag, Weißenfels, 2002, S. 74

der „unterstellten“ Betriebe abhob. Absolventen einer Hochschule bzw. einer Universität galten zu dieser Zeit als besonders rar und waren deswegen besonders herzlich willkommen. So auch der 1965 „frische“ Diplom-Ingenieur Karl-Heinz Werner.

In kurzer Zeit erarbeitete er sich durch seine überdurchschnittlichen fachlichen Kenntnisse und seine besondere Aura ein gutes Ansehen. Nur mit dem sogenannten Klassenstandpunkt hatte Karl-Heinz Werner anfänglich seine Probleme, stammte er doch aus einem „kleinbürgerlich-klerikalem“ Elternhaus (so die damalige Bezeichnung). Er erkannte relativ schnell, dass die berufliche Karriere sich nur dann voranbringen ließ, wenn er sich politisch systemkonform verhielt. Dazu gehörte der Eintritt in die Partei des Staates – die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Ohne diesen Schritt wäre er niemals Direktor, jedenfalls nicht in diesem Kombinat, geworden und hätte wohl auch nie eine Dienstreise in das nur aus dem Fernsehen bekannte NSW – in die freie Welt – starten dürfen. Diese Reisen waren bei DDR-Bürgern höchst begehrt, durfte doch ein normaler Bürger erst mit Eintritt in das Rentenalter „rüber“ fahren.

Karl-Heinz Werner verbog, wie so viele, nach außen hin seine Grundhaltung und ließ sich auf das „Geschäft mit dem Teufel“ ein. Dies tat er in der Annahme, dass er nicht nur in den Genuss von Erlebnissen hinter dem Stacheldraht- und Minenzaun kam, sondern er glaubte auch daran, dass er durch sein Handeln etwas Positives für den Industriezweig bewirken könne. Als guter Fachmann und Mensch mit loyalen Auftreten zweifelte er nicht an der Erfolgsaussicht seiner Strategie. Keinesfalls dachte er daran, im Westen zu bleiben. Schon aus familiärer Sicht nicht. Gelegenheit dazu hätte es genügend gegeben.

Die Aufgaben des Direktors für Forschung und Technik konzentrierten sich hauptsächlich auf die schuhtechnologische Forschung, Instandhaltung Modernisierung und Erweiterung des gesamten Maschinen- und Anlagenparks der Vereinigten Volkseigenen Betriebe in der Schuhindustrie. Dazu gehörten in den 70er Jahren:

- 40 Schuhbetriebe verteilt über die gesamte DDR
- 5 Lederherstellende Betriebe (Weida, Hirschberg, Coswig (bei Dresden), Stadttilm, Berlin)
- 1 Ingenieurschule (Weißenfels)
- 1 Berufsschule „Junge Garde“ (Weißenfels)
- 1 Forschungsinstitut (Weißenfels)
- 1 Leistenwerk (Erfurt-Möbisburg)
- 1 Betrieb des Schuhmaschinenbaus „Compart“ (Weißenfels)

- 1 Rationalisierungsbüro (Weißenfels)
- 1 Gummiwerk „John Schehr“ (Schönebeck)
- 1 Lederfaserwerk (Siebenlehn)
- 1 Betrieb des Metallbaus (Arnstadt)
- 1 Betrieb der Schuhchemie (Leipzig/Mölkau)

Die interessanteste Aufgabe bestand zweifelsfrei im NSW-Import, denn diese Aufgabe verschaffte die eben erwähnten interessanten Gelegenheiten, für einen Moment dem grauen und fadem DDR-Alltag zu entweichen, spannenden Gesprächsstoff und nicht zuletzt Anregungen für die eigene fachliche Arbeit mitzubringen.

Nach Aussagen von Herrn Werner importierte die VVB Schuhe in der ersten Hälfte der siebziger Jahre Maschinen und Ausrüstungen in einem Wertvolumen von etwa 125 Millionen Valuta Mark aus dem NSW und realisierte ein Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 1,2 Milliarden Mark der DDR.

Im Vergleich zu anderen Bereichen der Leichtindustrie war dieser Wertumfang ungewöhnlich hoch. Diese für das kleine Land enorme Höhe resultierte aus der Besonderheit der technischen Anforderungen im Industriezweig. Der halbjährliche Wechsel der Schuhkollektionen mit sich stets verändernden Formen und Materialtypen setzte eine hohe Dynamik der innerbetrieblichen Prozesse voraus. Diese Dynamik konnte die DDR-Zulieferindustrie beim besten Willen nicht leisten. Das Modebewusstsein der Bevölkerung und auch jenes der politischen Elite richtete sich im starken Maße nach westlichen Standards mit dem dort üblichen Entwicklungstempo. Man musste, wollte man den Modeanforderungen gerecht werden, sich auf diese schwer zu tragende volkswirtschaftliche Last der Importe gegen harte Devisen einlassen. Es gab zu dieser Handlungsweise keine Alternative.

Das Thema Importe wurde in den Medien und in den öffentlichen Diskussionen kaum behandelt, dagegen stand das Thema Export in übergroßen Lettern mit sämtlicher politischer Prominenz oft im Blickpunkt des Geschehens. Die Leistungskraft der DDR-Wirtschaft musste ständig demonstriert werden. Gewiss war es für ein so kleines Land schon eine Genugtuung, zu den 10 führenden Industrienationen zu gehören, aber dass dieser Erfolg zum größten Teil auf Pump mit westlichen Know How eingekauft war, das wurde freilich nicht erwähnt.

Vielleicht trug die so gestaltete Informationspolitik dazu bei, dass jene „Wirtschaftskapitäne“, die für Importe zuständig waren, auch etwas überschwänglich wurden und glaubten, aus dem „Vollen“ schöpfen zu können. Die tatsächlichen Zahlen der sich entwickelnden Verschuldung waren ja bestenfalls nur im Politbüro bekannt.



Dokument 2: aus „Das Fließband“, Betriebszeitung für die Weißenfelser Schuharbeiter, September 1967 (Stadtarchiv Weißenfels)

Um so wichtiger war es für das MfS genau jene „Kader“ zu kontrollieren, die an Schlüsselstellungen agierten. Hier erhoffte man sich konkrete Informationen, was im Einzelnen mit dem „Klassenfeind“ lief. Ja, man hoffte nicht nur auf Informationen, man bekam sie auch. So berichtete der Abteilungsleiter im Direktionsbereich Forschung und Technik, als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, über seinen Direktor:

, den 2.5.1973

BSU
000146

Bericht

WERNER Karl-Heinz ist mir seit 1965 persönlich bekannt. Damals kam er von Arnstadt als Konstrukteur zur VVB. Aus persönlichen Gesprächen ist mir bekannt, dass seine Eltern eine Fleischerei haben und WERNER Karl-Heinz materiell unterstützen. So erhielt er zuerst einen PKW F 5 und später den PKW Wartburg von seinen Eltern. Zu seinen Eltern hat er enge Bindungen und führt oftmals über die Wochenenden zu seinen Eltern in Zella-Mehlis. Dort wohnt noch ein Bruder von ihm, der gleichfalls als Fleischer tätig sein soll. Seine Ehefrau arbeitete zum Zeitpunkt des Kennenlerns in Suhl als Mannequin. Jetzt ist sie nicht berufstätig. Bereits 1965 als einfacher Mitarbeiter war zu bemerken, dass WERNER Karl-Heinz es verstand, die Arbeit zu verteilen und im Hintergrund die Fäden zu ziehen und somit die große Linie mit zu verfolgen. Er entwickelte sich dementsprechend relativ schnell und wurde nach kurzer Zeit Direktor für Strukturpolitik und ist jetzt Direktor für Wissenschaft und Technik. Er hat einen wesentlichen Anteil daran, dass HANKE Dietrich nicht Direktor in der VVB sondern Leiter des Ingenieurbüros wurde. Seit diesem Zeitpunkt bestehen Spannungen zwischen beiden Personen. Auch in seiner Tätigkeit als Direktor ist zu verzeichnen, dass WERNER Karl-Heinz die Linie macht, die Kleinarbeit durch andere erledigen lässt. Dabei ist bemerkend, dass er keine Widersprüche gegen seine Festlegungen duldet und sich konsequent durchsetzt. Bedingt durch den Einsatz Dr. EBERTS in Buhl wurde WERNER als Hauptverantwortlicher für das PUR - Programm und gleichzeitiger Leiter des FIS eingesetzt. Entsprechend seinen Vorstellungen unterstehen ihm gleichzeitig die Bereiche Forschung und Importe des Direktorates Forschung und Technik der VVB. Mit dieser Entscheidung ist WERNER mehr als zufrieden. Wollte er doch schon immer, dass das FIS einmal seinen Direktorat unterstellt wurde. Zum anderen bin ich der Meinung, dass er auch deshalb mit dieser Entscheidung einverstanden ist, da WERNER nicht, dass die 7 Projekte im Industriezweig wofür er als Direktor für Wissenschaft und Technik verantwortlich wäre, nicht voll kommen. Dafür ist jetzt [redacted] verantwortlich und hat nur das FIS-Programm zu erfüllen. Die Lösbarkeit sieht er und er will sie auch durchsetzen. Nach seinen Einlassungen hat er die Vorstellung nach Lösung dieser Aufgabe vorerst im FIS zu bleiben, um zu promovieren. Um diese Aufgabe gut zu lösen, will er sich jetzt den Mitarbeiter der Forschung HANKE und den Mitarbeiter WEINHARDT unterstellen.

Dokument 3: Bericht mit handschriftlichen Ergänzungen des Betroffenen (BSU, MfS, ZA, AOP 12245/79, Bl. 146, 147 - OV „Igel“)

- 2 -

BSU
000147

Insgesamt gesehen kann WERNER als typischer Manager mit einem hohen Geltungsbedürfnis bezeichnet werden. Dies wird auch dadurch bestätigt, dass er sich selbst mehrfach äußerte, ich will als Direktor beachtet werden.

Dementsgegen steht, dass er selbst vereinzelt Gesetzen - und Disziplinarverstöße duldet.

So z.B. hatte er Kenntnis, dass ich mir vom Leiter der Firma Albeke ein Transitor-Kassettengerät schenken ließ.

Seine Meinung dazu war, dass er davon nichts offiziell wisse. Gleichzeitig stellte er jedoch mir gegenüber die Forderung, dass ich ihm gleichfalls ein Kassettenbandgerät beschaffen solle.

Im Monat März habe ich ihm auf der gleichen Weise ein dergleichen Gerät beschafft.

In gesellschaftspolitischer Hinsicht nahm er 1965 zuerst eine ablehnende Haltung ein. Er erwähnte damals voller Stolz, dass er auf der Universität noch nicht einmal Mitglied der FDJ war. Deshalb kam für mich überraschend damals seine Aufnahme als Kandidat der SED.

Besonders seit der Zeit seines Einsatzes als Direktor tritt er offiziell immer positiv auf und hat sich z.B. niemals über Sendungen des Westfernsehen äußern lassen.

Mir ist bekannt, dass WERNER mit der Familie ERSTTUCHOWIDAK sowie [redacted] guten Verbindungen unterhält und z.B. gegenseitige Besuche durchgeführt werden.

Über Westverbindungen ist mir lediglich bekannt, dass er 1972 anlässlich einer Dienstreise in die BRD in Frankfurt/Main versuchte sich telefonisch mit einer Schulfreundin in Verbindung zu setzen.

Die Verbindung kam damals jedoch nicht zu stande, da sie sich zu diesem Zeitpunkt zu Besuch in der DDR aufhielt.

Dieser Bericht entspricht meinen mündlichen Ausführungen.

* Reine mit HANKE
nach [redacted]

Leider lagen bei der Recherche nur wenige IM-Berichte aus dem Vorfeld der Verhaftung vor. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass das MfS sehr genau wusste, was sich im Bereich Forschung und Technik der „VVB Schuhe“ und natürlich an anderen Stellen sowohl menschlich, als auch fachlich abspielte.

Kurioserweise wurde jener IM, der vorstehenden Bericht verfasste, ein Jahr früher verhaftet, als Karl-Heinz Werner.

3.2. Die Orientierung der Schuhindustrie gen Westen

Vor 50 Jahren, am 17. Juni 1953, erhob sich das Volk der DDR, nachdem auf der 13. Tagung der SED vom 13.–14.05.1953 der Beschluss gefasst wurde, die Arbeitsnorm um mindestens 10 % zu steigern. Basis dieses Beschlusses waren die Schlussfolgerungen des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 vor über 1.000 Delegierten. Dort verkündete er den weiteren Aufbau des Sozialismus. Die Folgen dieser zunehmenden „Sowjetisierung“ wurden mit einer schweren Ernährungskrise und dem Rückgang der industriellen Produktion bezahlt. Viele Bewohner reagierten mit Protest oder „Republikflucht“. Die SED-Führung wurde in der Konsequenz der Geschehnisse um den 17. Juni 1953 zu einer moderateren Politik gezwungen, die in der nachfolgenden Zeit mit der Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems“ (NÖS) der Planung und Leitung der Volkswirtschaft endete. *Mit Hilfe eines komplizierten Instrumentariums aus ökonomischen Hebeln und Kennziffern sollte unter Ausnutzung marktwirtschaftlicher Elemente bewiesen werden, dass die sozialistische Planwirtschaft in einem Industriestaat europäischer Tradition dem Kapitalismus überlegen sein könnte.*¹¹

Von dieser Zeit an öffnete sich die Schuhindustrie in Richtung Westen, denn das Modebewusstsein der Ostdeutschen orientierte sich ausnahmslos dorthin. Verkauft wurde es der ostdeutschen Bevölkerung wie eingangs erwähnt mit der „Steckenpferdbewegung“.

Zahlreiche Dienstreisen waren seitens der DDR-Ingenieure nötig, um die „Lage zu peilen“, machbare Technologien zu begutachten, um sie auf die hiesigen Verhältnisse anzupassen. Ableitend daraus erfolgte der dringend nötige Maschineneinkauf. (siehe Dok. 4, S. 18ff., hier: 1. abgebildetes Blatt)

In den „Westen“ durften auserwählte Kader reisen, zu denen auch Karl-Heinz Werner gehörte. Schritt für Schritt entwickelten sich beständige Partnerschaf-

¹¹ Carl-Heinz Janson: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, S. 30

ten und zum Teil Freundschaften, die aber offiziell nicht erlaubt waren. Auf den NSW-Reisekaderschulungen wurde den DDR-Spezialisten nicht nur untersagt, menschliche Kontakte zu knüpfen, sie mussten auch dafür unterschreiben und es gab auch dafür entsprechende Gesetze, die natürlich an der Wirklichkeit vorbei gingen, denn ein langfristig-seriöser Handel bedingt nun einmal eine gewisse menschliche Nähe, die tief, nicht nur in der deutschen Kultur verwurzelt ist. *Jedes Geschäft muß künstlerisch behandelt werden, wenn es sicher und dauernd und durchaus zweckmäßig gelingen soll.*¹² So standen die Fachleute der ostdeutschen Schuhindustrie stets in einem Zwiespalt. Einerseits mussten die Geschäfte laufen, dies bedurfte auch der guten Kontakte zu den westdeutschen Partnern, andererseits musste eine gewisse Kühle an den Tag gelegt werden, um in inoffiziellen Berichten geahnter IM-Begleiter nicht negativ aufzufallen.

Das war wohl eine der schwierigsten Gratwanderungen, die ein ostdeutscher NSW-Kader zu absolvieren hatte. Die westdeutsche Seite hatte dafür zunehmend Verständnis, waren doch auch ihre Geschäfte von diesem Zustand abhängig und so gab es auch entgegenkommende „Solidarität“, wie es nachfolgender Ausschnitt aus eben abgebildeten Reisebericht vom April 1967 belegt. (siehe Dok. 4, S. 18ff., hier: 2. abgebildetes Blatt, S. 19)

Diese entgegenkommende Haltung einiger westdeutscher Firmen setzte natürlich Zeichen für weitere Verhandlungen.

Interessant waren für die ostdeutschen Experten die Techniken des Anspitzens und Anschäumens von Schuhböden, waren es doch jene Verfahren, die in der Bodenmontage der Schuhherstellung eine größere Effizienz mit sich brachten, vor allem aber Arbeitskräfte einsparten und die Sohlenhaftfestigkeit auf ein Maximum steigerten. Obwohl die Technik diesbezüglich im Westen noch nicht 100%ig ausgereift war (wie im nachfolgendem Bericht beschrieben) stand man unter großem Erfolgsdruck. Wenn es gelänge, diese Technik relativ zeitlich parallel auch in der DDR einzuführen, so hätte man im internationalen Konkurrenzkampf mithalten können.

Von allen ausgestellten und in der DDR getesteten Maschinen erwiesen sich zunehmend die Produkte der Firma DESMA aus Achim bei Bremen als die besten der Welt. Dieser Fakt spielte bei den Ermittlungen des MfS eine besondere Rolle.

Obwohl der frühzeitige Einsatz neuentwickelter westlicher Technik ein Risiko beinhaltete, war er zur zügigen Entwicklung von Schuhtechnologie und Rationalisierung strategisch unbedingt erforderlich.

¹² aus: Novalis: Aphorismen, IV Teplitzer Fragmente, Nr. 44, INSEL-Verlag, Frankfurt am Main und Leipzig, 1992

BSU
000004
4

Gesamtbericht

Über den Besuch der VIII. Internationalen Schuh-, Leder- und Maschinenmesse in Pirmasens vom 22. - 27. April 1967

0. Delegationsteilnehmer

- Richter, Gerhard - VVB Schuhe
Direktor für Technik
Delegationsleiter
- Herrmann, Martin - Ministerium für Leichtindustrie
- Estler, Helmut - VEB Schuhfabrik "Roter Stern",
Burg
Betriebsdirektor
- Schott, Erich - VEB Lössnitzer Schuhfabrik
Direktor für Technik
- Spira, Ferdinand - VVB Lederwaren, Halle
Abteilungsleiter
- Dr. Werner, Wolfg. - Institut für die Lederverarbeitende Industrie, Weissenfels
Institutsdirektor
- Haase, Dietrich - VVB Schuhe
Abteilungsleiter
im Auftrag des AHU Unitechna,
Berlin

000005

5

1. Delegationsarbeit allgemein
1.1. Zusammenarbeit der DDR-Delegation

Die Delegation des MfL hat ihre Arbeit während der Messe mit den Mitgliedern anderer Delegationen aus der DDR koordiniert, um bereits anlässlich der Messtage eine komplexe Lösung der Aufgaben zu erreichen. Dies trifft auf Mitglieder nachfolgender Delegationsorgane zu:

- a) Außenhandelsunternehmen Unitechna, Exportkontor Karl-Marx-Stadt (4 Kollegen),
- b) Außenhandelsunternehmen Unitechna, Import-Kontor Berlin (2 Kollegen),
- c) DIA Textil Berlin (1 Kollege),
- d) DIA Union (2 Kollegen).

Die politische und fachliche Zusammenarbeit der Delegationsmitglieder wird als gut bezeichnet und gab zu keinerlei Beanstandungen Anlaß. Seitens der Aussteller wurden alle Delegationsmitglieder korrekt und ohne politische Diskriminierung behandelt. Bei der Ausstellungstafel des AHU DIA Chemie wurde angedroht, die vorhandene Standbeschriftung "Deutscher Innen- und Außenhandel, DIA Chemie, Berlin, DDR" gewaltsam so zu verändern, daß die Bezeichnung "DDR" in Wegfall kommen sollte. Die Mitglieder der DDR-Delegation wandten sich entschieden gegen eine derartige Provokation und fanden auch Unterstützung bei maßgeblichen westdeutschen Ausstellern, wie z. B. bei der Fa. Schön, Pirmasens, Fa. Deema, Achim, u. a. Auf Grund dieser konsequenten Haltung und der Einsprüche westdeutscher Aussteller konnte diese Provokation vereitelt werden. Insbesondere ist das konsequente Auftreten der Standleitung des fraglichen Außenhandelsunternehmens anzuerkennen.

2.2.5.2. Spritzgußtechnik

Das Angebot von Maschinen zur Herstellung von Gummi- oder PVC-Schuhen im Spritzgußverfahren bzw. zum Anspritzen von Gummi- oder PVC-Sohlen an Schäften hat sich gegenüber der letzten Messe außergewöhnlich gesteigert. Einmal waren zahlreiche neue Hersteller solcher Maschinen hinzugekommen, zum anderen hatte sich das Angebot der einzelnen Hersteller vergrößert. Eine einheitliche Tendenz war jedoch bei dieser Maschinengruppe nicht erkennbar. Bezüglich der Dimension und Ausstattung verlief die Entwicklung in beide Extrem. So wurden sowohl die großen viestelligen Rundkammeraggregate zum Teil mit mehreren Einspritzstellen für erweiterten Anwendungsbereich weiter entwickelt (z. B. Dema 734, Stübbe Drehtischanlage A 10-4), als auch die kleinen ein- bis zweistelligen Extruder zum Anspritzen der Sohlen im Interesse eines möglichst niedrigen Preises bzw. für eine kleine Produktionsmenge "zurückentwickelt". Welches Aggregat im Einzelfall geeignet ist, hängt u. a. von Art und Menge der zu fertigenden Schuhproduktion sowie des Einsatzwerkstoffes ab.

Es bleibt zu erwähnen, daß die chemische Industrie begonnen hat, neuartige gummiähnliche gut spritzfähige Thermoplaste (ohne Vulkanisationsnotwendigkeit - z. B. Thermorubber von Shell u. K.), zum anderen auch Polyurethane anzubieten, die sich in relativ einfacher Weise an Schuhschäfte als Sohlen anließen lassen. So deutete die Firma Stübbe bereits eine solche Verfahrensweise an, und die Firma Dema zeigte sogar ein hierzu geeignetes Aggregat, was jedoch nicht

vorgeführt wurde.

Tatsächlich befinden sich derartige Verfahren zum Anspritzen von Schaum-Polyurethan an Schuhschäfte erst im Entwicklungsstadium, und es wird noch längere Zeit intensiver Entwicklungsarbeit, sowohl bei dem Polyurethan- als auch bei den Maschinenherstellern, bedürfen, bis ein derartiges Verfahren zu wirtschaftlich günstigen Ergebnissen führt. Unbeschadet dessen, ist dieser Entwicklung große Beachtung zu schenken, da Polyurethan wegen seiner günstigen physikalischen Eigenschaften einen vorzüglichen hoch abriebfesten Schlemerstoff darstellt, und zum anderen die scheinbare Dichte durch geeignetes Schäumen, auch für Schuhsohlen, sehr niedrig gehalten werden kann. Die Verarbeitung dürfte gegenüber dem bisher bekannten Verfahren zum Anspritzen der Sohlen weniger aufwendig sein, da das Einbringen von Polyurethan in die Formen im Gegensatz zum Spritzguß in kalter flüssiger Form nahezu drucklos erfolgen kann.

Carl-Heinz Janson, ein ehemaliger und langjähriger Abteilungsleiter beim Zentralkomitee (ZK) der SED (Wegbegleiter des Wirtschaftssekretärs des Politbüros Günter Mittag) beschreibt in seinem 1991 erschienenen Buch sehr machtnah und kritisch jene Prozesse, die hauptsächlich von Günter Mittag gesteuert wurden und die die Volkswirtschaft Schritt für Schritt in den Abgrund führten. Seine Kommandowirtschaft stalinistischer Prägung, die fernab von jedweden Realitäten Entscheidungen herbeiführten, waren Grund dafür, dass Innovationen stets unterdrückt wurden. Kluge Entscheidungen hätten in Richtung Marktwirtschaft gehen müssen und das widersprach zutiefst der ausgerufenen Planwirtschaft.

Ein schlimmes Kapitel der Kommandowirtschaft ist das willkürliche Eingreifen von Parteiorganen in Wirtschaftsprozesse. Auf allen Ebenen mussten es sich die verantwortlichen Wirtschaftsleiter gefallen lassen, dass andere sich in ihre ureigensten Befugnisse einmischten. Funktionäre ohne fachliche Kompetenz erhoben ideologischen Vorurteilen entstammende Forderungen. Entgegen aller wirtschaftlicher Vernunft hatten Fachleute Maßnahmen zu realisieren, nur weil Parteileitungen es so wollten. Rationalität, ökonomisches Rechnen und gesunder Menschenverstand konnte sich dagegen nicht durchsetzen.¹³

Kritischer Geist wurde ständig durch gemgesehene Liebedienerei ersetzt, wie nachfolgendes Dokument exemplarisch belegt.

¹³ Carl-Heinz Janson: Totengräber der DDR ..., S. 147

Zentralkomitee
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Generalsekretär
Genossen Erich Honecker

Berlin

Weißenfels, den 1. März 1977

Lieber Genosse Erich Honecker!

In Vorbereitung auf die Wahlberichtsversammlung unserer Grundorganisation führten wir heute die Wahlversammlung unserer Parteigruppe durch. Wie es für Kommunisten selbstverständlich ist, haben wir uns gründlich auf diese Versammlung vorbereitet.

Mit großem Interesse haben wir auch das Interview studiert, welches Du dem stellvertretenden Chefredakteur der "Saarbrücker Zeitung" gegeben hast und welches ein starkes internationales Echo gefunden hat.

Wir sind sehr beeindruckt von der konstruktiven Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Der Standpunkt der Bürger der DDR zu den Beziehungen zur BRD und insbesondere der verstärkten antisozialistischen Kampagne und den wiederholten Provokationen wurden realistisch, offen und klassenbewußt dargelegt. Dabei wurde ein weiteres Mal das intensive Bemühen unseres Staates zur Verwirklichung der Schlusssätze von Helsinki und die zielgerichtete Politik des Friedens und der Sicherheit, des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern deutlich gemacht.

Damit hast Du uns allen aus dem Herzen gesprochen! Es erfüllt uns mit Stolz, daß wir Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind!

Deshalb ist es auch Ehrensache für uns, daß wir alles in unseren Kräften stehende tun, die Aufgaben unseres Bereiches mit hoher Einsatzbereitschaft und Verantwortung durchzuführen, um unseren Staat der Arbeiter und Bauern weiter zu festigen und zu stärken und somit den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution würdig vorzubereiten.

Mit sozialistischen Gruß

Horst Bretschneider
Horst Bretschneider
im Auftrage der Genossen der Partei-
gruppe Technik und Erzeugnisentwicklung
der VVB Schuhe Weißenfels

Dokument 5: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, Bestand VVB Schuhe Weißenfels, Nr. 1658, Bl. 116

3.3. Der VIII. Parteitag der SED 1971

Der VIII. Parteitag im Juni 1971, bei dem Erich Honecker seinen Siegeszug gegenüber Walter Ulbricht antrat, beschloss die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Diese Beschlüsse sollten das „materielle und kulturelle Lebensniveau“ der Bevölkerung anheben. Die SED beabsichtigte, wirtschaftliche Fehlschläge der Vergangenheit zu beheben, außerdem sollte dieser Parteitag den neuen „König“ des SED-Staates mit Vorschusslorbeeren schmücken und seine Machtlegitimation begründen.

Es wurden danach die Arbeiterlöhne angehoben, die Renten erhöht, die Arbeitszeit verkürzt, mehr Mittel für die Konsumtion bereitgestellt und der Wohnungsbau voran getrieben. Mittelständische halbstaatliche und private Betriebe wurden enteignet bzw. in Kombinate überführt.

Obwohl der Lebensstandard in dieser Zeit tatsächlich anstieg, waren diese Erfolge nur Scheinerfolge. Durch steigende Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt (Ölkrise) fehlte einerseits der rohstoffarmen DDR das Geld für notwendige Investitionen und andererseits gab es durch den zerschlagenen „Mittelstand“ immer weniger Gebrauchsgüter. Auch die wachsenden Kreditaufnahmen im westlichen Ausland konnten einen Zusammenbruch der zum großen Teil desolaten DDR-Industrie in den 80er Jahren nicht abwenden. Die Verwaltung des Mangels wurde zur Regel.

Nettoauslandsverschuldung der DDR¹⁴:

1970	2,2 Milliarden Valutamark
1975	11,0 Milliarden Valutamark
1980	25,3 Milliarden Valutamark
1985	30,0 Milliarden Valutamark
1987	34,7 Milliarden Valutamark

Die in dieser Recherche dargestellten Ereignisse spielen hauptsächlich in die Zeit nach dem VIII. und IX. Parteitag der SED. In dieser Phase wurde die Rolle der Generaldirektoren der Kombinate gestärkt. *Sie sollten weitgehend selbstständig arbeiten und keinen Vorgesetzten über sich haben außer dem zuständigen Minister. Alle Entscheidungen innerhalb ihrer Kombinate sollten sie selbst treffen. Die Generaldirektoren kamen in die Kadernomenklatur des Sekretariats der SED. Die Kombinate sollten auf dem Markt präsent sein und erhielten eigene Außenhandelskompetenzen. Dies war umstritten, weil es unterschiedliche Auffassungen über das Außenhandelsmonopol des Staa-*

¹⁴ ebenda, S. 65

tes gab, was auch dazu führte, dass die Rechte der Kombinate auf diesem Gebiet nie eindeutig definiert wurden.¹⁵ In diesem damals rechtlich umstrittenen Raum hatte das unkontrollierte MfS einen sehr geeigneten Spielraum, sich aufs Intensivste auszutoben. Ausgestattet mit dem Auftrag der SED-Führung unbedingt zu ermitteln, warum die DDR-Wirtschaft nicht so recht funktionierte und uneffektiv arbeitete, wartete man nur auf eine passende Konstellation bzw. ein Paradebeispiel. Profilneurosen im eigenen Interesse, Neid und folglich Hass gegenüber privilegiierteren NSW-Reisekadern waren Motivation, sich Fälle zu konstruieren und in stalinistische Schauprozesse münden zu lassen. Kleine Fehltritte der Reisekader waren zudem der willkommene Aufhänger für das Streben nach Erfolgserlebnissen von Spitzeln und Schreibtisch-Tätern.

3.4. Die SED – obligatorischer „Gast“

Eine der letzten großen Dienstberatungen, die Karl-Heinz Werner in der VVB Schuhe miterlebte, beschäftigte sich mit Problemen, die weitab von jenen Fakten standen, für die er in der Zeit der U-Haft jede Menge Verhöre über sich ergehen lassen musste.



Das „Weiße Haus“ – u. a. Sitz des Generaldirektors des Kombinats Schuhe im Jahre 1990, Weißenfels, Novalisstr.



Blick in die „Schaftmontage“ der Schuhfabrik „Banner des Friedens“

Die Dienstberatungen fanden kontinuierlich unter Leitung des Generaldirektors, zu dieser Zeit Dr. Schmidt statt. Dr. Schmidt löste 1976 den wegen einem Herzleiden zurückgetretenen fachlich anerkannten Generaldirektor Wolfgang Bethe¹⁶ ab.

¹⁵ ebenda, S. 114/115

¹⁶ Wolfgang Bethe ließ in einem Telefonat am 22.11.2003 verlauten, dass seiner Ansicht nach gerade die Macht dieser kleinen, zumeist völlig an der Realität vorbei denkenden Parteifürsten, die Industrie mehr behinderten, als die Staatssicherheit. Anm. des Autors: beide Erscheinungen waren mit Sicherheit die zwei Seiten einer Medaille.



Das ehemalige „Banner“-Mehrzweckgebäude Markwerbener Straße, in dem vor Errichtung des „Weißen Hauses“ in der Novalisstraße größere Beratungen stattfanden. (Aufnahme: November 2003)

Dr. Schmidt galt in Leitungskreisen als nicht besonders kompetent und verursachte eine gewisse Stagnation der Schuhindustrie, hatte er doch, wie so viele, nicht den Mut, sich gegen die Parteibürokratie und das Machtstreben der regionalen Partei-Bonzen zur Wehr zu setzen.

Nach dem Motto eines Liedes „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht“ (festgeschriebener Führungsanspruch, definiert durch Lenin) erlaubte sich der an der Dienstberatung teilnehmende Beauftragte des Zentralkomitees das „Hauptwort“ und die „Marschroute“ festzulegen. Dass dabei zumeist nur Phrasen gedroschen und bereits Gesagtes wiedergekaut wurde, worüber die Anwesenden offiziell nicht schmunzeln durften, zeigte das Auseinanderdriften von Anspruch und Wirklichkeit. Der Generaldirektor hatte lediglich die Machtausstattung, den Parteifürsten Reinsperger (Beauftragter des ZK) in den Grundfesten zu zitieren. Diese protokollierte Beratung ist typisch für so viel andere.

Die Festlegungen dieser Dienstberatungen waren für die Direktoren unmittelbare Arbeitsgrundlage. Jeder musste im Einzelnen dafür sorgen, dass die Weisungen umgesetzt wurden. Wie das im Einzelnen geschah oblag den Möglichkeiten, dem Geschick und Improvisationsvermögen des einzelnen Leiters. Oftmals ließen sich die Vorgaben mit dem geltenden Arbeitsrecht und den betrieblichen Möglichkeiten nicht durchsetzen. Aber das Improvisationsvermögen der „Wirtschaftskapitäne“ vollbrachte hin und wieder kleine Wunder.

Vereinigung
Volkseigener Betriebe
S c h u h e
- Generaldirektor -

Weißenfels, den 11.8.1977

NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH !

12. Aug. 1977

4740/77

PROTOKOLL

Über die gemeinsame Sitzung der Partei- und staatlichen Leitung
der VVB Schuhe am 1. 8. 1977

<u>Teilnehmer:</u>	Genosse Dr. Schmidt	Genosse Schäfer
	Genosse Reinsperger	Genossin Müller
	Genosse Niemann	Koll. Dr. Grunl
	Genosse Lezoch	Genosse Janovsky
	Genosse Werner	Genossin Nowakowski
	Genosse Meisl	Genossin Kircher
	Genosse Kuhl	Kollege Lailach
	Genosse Dr. Richter	Genosse Endt
	Genosse Teitsen	Genosse Hülßner
	Genosse Polzin	Genosse Fiedler
	Genosse Bethé	Genosse Uhlig
	Genosse Harnisch	Genosse Löber
	Genosse Burschberg	Kollege Tiedtke
		Genossin Reichelt

Tagesordnung:

Mit welchen konzeptionellen und leitungseitigen Maßnahmen der Kampf zur allseitigen Planerfüllung bis Jahresende 1977 in konkreten Formen zu gewährleisten ist.

Von den Berichterstattern wurde in den Darlegungen auf folgende Schwerpunkte hingewiesen:

1. Genosse Polzin

Es wird eingeschätzt, daß die Erfüllung der Staatlichen Auflage in den Betrieben

- Seiffenherdorf, Eppendorf
- Roßwein, Goldpunkt und "Banner d. Friedens"

nicht in vollem Umfang gewährleistet ist, wobei als absoluter Schwerpunkt "Banner des Friedens" und Seiffenherdorf anzusehen sind.

117

- 2 -

2. Genosse Dr. Richter

Es wird vorgeschlagen, durch die Organisierung von 2 bzw. 4 Sonderschichten in den Schwerpunktbetrieben die eingetretenen Planrückstände zu beseitigen. Durch die Nichtrealisierung des geplanten Kooperationsumfanges im 2. Halbj. 1977 - 150 TP Schäfte Ausfall VR Polen.

Dies ist ursächlich zurückzuführen auf eine Fehleinschätzung des Leistungsvermögens durch die polnischen Partner, sowie einer Überschreitung der geplanten Zeitsumme. Die Zielstellungen in der Schafthkooperation SFRJ, VRR und Indien werden im wesentlichen gesichert.

Die Schafteigenleistung betrug per 30.6.1977 kumulativ 56 %. Der Ausfall von Opanken infolge Verarbeitungssperre durch das ASMW soll aus Eigenproduktion in sozialistischer Hilfe zur Sicherung der Mengenproduktion kompensiert werden (Zusatzproduktion Clogs in Lössnitz und "Banner des Friedens").

3. Genosse Kuhl

Es wurde dargelegt, daß die Situation auf materialwirtschaftlichem Gebiet im 2. Halbj. 1977 durch die Probleme bei der Umsetzung der zentralen Entscheidungen gekennzeichnet ist. Ausgelöst durch die Entscheidung des MAH über Importe kann die zeitgerechte Sicherung bei Oberleder aus Importen infolge der verspäteten Mittelfreigabe nicht gesichert werden.

Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Versorgung mit Gambiten in den Monaten Juli und August operativ gelenkt werden muß, da der VEB Vogtl. Kunstlederfabrik Tannenbergethal nicht in der Lage ist, den Bedarf der Schuhindustrie im vollen Umfang abzudecken.

4. Genosse Beyer

Durch einen verstärkten Bedarf an dicken Ledern kommen ca. 64 Tqm Rindsoberlederspalte im VEB Lederwerk Rudolstadt zum Ausfall. Betroffen sind Verträge mit "Banner des Friedens", Storkow, SFRJ. Zum Ausgleich dieser Mengen werden Lösungsvarianten erarbeitet.

5. Genosse Teitsen

Es wurde darüber informiert, daß ca. 600 TP in der Versorgungs- Bilanz nicht gesichert sind. Dazu wird ein Maßnahmenplan erarbeitet und Beratungen mit den Betrieben zur Sicherung dieser Menge durchgeführt. Vorrangig sind die Mengen bei Kinder-, Damenhalbschuhen und -stiefeln zu sichern. Erforderlichenfalls sind das MAH, HfL und ZWK Schuhe und Lederwaren einzuschalten. Durch die gezielte Durchführung von Verkaufreisen wird gesichert, daß die noch offenen Mengen der Staatl. Auflage NSW Export gedeckt werden.

6. Genosse Werner

Folgende Arbeitelinie wurde zur Beschleunigung des Leistungszuwachses durch wiss.-techn. Maßnahmen vorgelegt:

1. F/E-Tempo beibehalten und ständig Konsultationen mit Betrieben führen, die bei der Realisierung von F/E-Themen Rückstände aufweisen;
2. Aufgaben aus dem Gegenplan unter gesonderte Kontrolle stellen;
3. Kooperationsbeziehungen zu anderen Industriezweigen intensivieren;
4. stärkere ökonomische Durchdringung des PWT in Verbindung mit Weltstandsvergleichen;
5. Verbesserung der Nachweisführung;
6. progressivere Gestaltung der Arbeitelinie des FIS;
7. Verbesserung der Zusammenarbeit auf wiss.-techn. Gebiet mit sozialistischen Ländern

Die Neuererbewegung als wichtigstes Bindeglied zwischen Produktion und technischen Bereichen ist weiter zu fördern. Dabei ist davon auszugehen, daß der ökon. Nutzen durch Neuerungen gestiegen ist, die Zahl der Neuerer jedoch stagniert. Um effektivere Grundfondsauslastung zu erreichen, werden verstärkt Kontrollen in den Betrieben durchgeführt.

Durch den Genossen Reinsperger wurde folgende Einschätzung gegeben:

Es muß eingeschätzt werden, daß es eine nützliche Beratung war, weil eine Reihe analytischer Überlegungen gesagt worden sind, die es wert sind, in die Organisation des Kampfes um die Planerfüllung 1977 und die Schaffung der Voraussetzungen zur Planerfüllung 1978 einfließen zu lassen.

Wenn aus den einzelnen Diskussionen und Berichten nur irgendwie eine Richtung mit anklang, daß eine Reihe objektiver Probleme uns an der Planerfüllung hindern, war das keine gute Beratung. Es geht nach wie vor darum, daß wir zum Zeitpunkt 1. August alles tun, um den Plan und die Versorgung wie vorgesehen durchzusetzen. Es geht nicht, daß wir eine Beratung machen und uns gegenseitig nachweisen, 600 TP Schuhe bleiben am Jahresende Planschulden. Das ist zu wenig. Nach wie vor müssen wir den Kampf um den Plan führen. Das Fehlen von Arbeitskräften ist kein Argument, das ist uns ja bekannt. Nicht umsonst hat uns die Partei gelehrt, es geht um die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, um eine hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Hier müssen wir noch mehr tun, da reicht das Tempo nicht aus.

Erste Schlußfolgerung: Wir müssen das Tempo noch erhöhen und eine stärkere kämpferische Position beziehen und noch konsequenter unsere eigene Verantwortlichkeit wahrnehmen. Das Verweisen auf irgendwelche objektive Problematik usw. hilft uns in dieser Position nicht weiter, weil es uns nichts nützt, wenn wir feststellen, daß eine Anzahl Arbeitskräfte fehlen.

Es ist notwendig, daß wir in den Schwerpunktbetrieben gründlicher analysieren müssen. Es kann nicht sein, daß wir dieselben Schwerpunktbetriebe 1 1/2 Jahr mir uns herumschleppen. Insofern geht es um die Wirksamkeit unserer bisher eingeleiteten Maßnahmen. Was ist die Ursache, daß wir über Monate mit Arbeitsgruppen arbeiten und die Lage sich in den Betrieben nicht verändert, z. B. Radebeul, Roßwein, Eppendorf. Es geht darum, die gesamte Leitung der Produktionsdurchführung zu qualifizieren. Wir sind dafür, daß auftretende Schwerpunkte rechtzeitig erkannt werden und wir erwarten, daß von der staatlichen Leitung wirksam an der Lösung der Schwerpunktaufgaben gearbeitet wird.

Es geht um eine exakte Analysentätigkeit (positive und negative Wirkungen ganzer Ursachenkomplexe). Das bedingt, daß eine hohe Qualität der Voreinschätzungen zum Planverlauf erreicht wird, immer unter dem Aspekt der politisch-ideologischen Verhaltensweisen, was heute zu wenig herausgekommen ist.

Insofern müssen wir gemeinsame Kampfpositionen ausarbeiten.

Wir empfehlen, die Vorbereitung und Durchführung der Plandiskussion eng zu verbinden mit der Stabilisierung der Planerfüllung 1977.

Der Erfahrungsaustausch der fortgeschrittenen Betriebe mit den Rückstandsbetrieben sollte vorangetrieben werden. Dabei geht es um die Festlegungen im Beschluß der Mitgliederversammlung vom 13.12.1976.

In dieser Hinsicht würden wir empfehlen, daß die heutige gemeinsame Leitungssitzung in den Parteigruppen ausgewertet wird. Insgesamt reichen die Anstrengungen nicht aus, um eine allseitige Planerfüllung 1977 zu erreichen.

Genosse Dr. Schmidt:

Die zusammengefaßten Bemerkungen des Genossen Reinsperger mögen ausreichen, daß jeder noch einmal eine Wertung der heutigen Beratung vornimmt.

Die Zusammenfassung der Beratung durch Genossen Reinsperger gilt als generelle Linie und Orientierung für alle aufgeworfenen Fragen der weiteren Arbeit.

Diese Grundsatzorientierung, die übereinstimmt mit der Orientierung der Partei- und Staatsführung ist an die Spitze bei der Auswertung in den Bereichen und Parteigruppen zu stellen.

Um zu einigen konkreten Schritten zu kommen, schließe ich mich an die Vorschläge, die von den Genossen Berichterstattem unterbreitet wurden an.

Alle erforderlichen Aktivitäten zur Sicherung der Planerfüllung 1977 und des Planes 1978 sind vordergründig zu sehen mit den einzelnen Maßnahmen des Beschlusses vom 1.4.1977.

Diese Beratung ist der erste Teil dieses Beschlusses.

Um konkret auf einige Hauptschwerpunkte einzugehen, schlage ich folgende

Festlegungen

Vor:

1. Entsprechend des Vorschlages des Genossen Teetzan sind ab 2.8. Rapporte mit den Schwerpunktbetrieben durchzuführen, wobei so verfahren werden sollte, daß bei "Banner des Friedens" die vorliegende ausführliche Analyse in gestraffter Form dem Parteisekretär und Generaldirektor bereitgestellt wird (getrennt nach Schuhen und Schäften).

Gesiebt, entsprechend den jeweiligen Schwerpunkten müssen nach einem feststehenden Plan in dieser Woche Rapporte geführt werden:

VEB Schuhkombinat "Banner des Friedens", Weissenfels
VEB Schuhfabrik "Roter Stern", Burg
VEB Schuhkombinat "Paul Schäfer", Erfurt
VEB Meißner Schuhfabrik
VEB Hadebeuler Schuhfabrik
VEB Schuhfabrik "Kranich", Eppendorf
VEB Gummiwerk "John Schehr", Schönebeck.

Diese Rapporte sind unter Leitung des Produktionsdirektors und Direktors für Ökonomie, teilweise mit Unterstützung des 1. Stellvertreters durchzuführen. Voranzustellen ist eine Ablaufkonzeption und die Klärung der Position mit dem Direktor für Absatz.

Zwischen Direktor Produktion und Direktor Absatz ist abzustimmen, inwieweit eine Abstimmung mit dem ZWK Schuhe und Lederwaren erforderlich ist.

Verantwortlich: Direktor für Ökonomie
Direktor für Produktion

Termin: 15.8.1977

2. In Ergebnis der Rapporte ist eine Abstimmung mit dem Ministerium für Leichtindustrie erforderlich.

Verantwortlich: Direktor für Produktion
Direktor für Ökonomie
Direktor für Absatz

Termin: sofort - nach Rapportberatungen

3. Im Ergebnis der heutigen Beratung und der zielgerichteten Arbeit der Hauptprobleme unter Berücksichtigung der von Genossen Reinsperger genannten generellen Orientierung ist die zusammengefaßte Übersicht des LB Ökonomie zu korrigieren.

Verantwortlich: Direktor für Ökonomie

Termin: sofort

4. Bis Mitte August sind mit dem Ministerium für Leichtindustrie klare Fronten zu schaffen und Entscheidungen herbeizuführen. Es ist so zu verfahren, daß in der Produktionsleitung eine solche Arbeitelinie durchzusetzen ist, daß die Hauptpositionen, die Hauptrückstandsbetriebe anhand der Tagesmeldung täglich kontrolliert werden und nötigenfalls davon Gebrauch gemacht wird, Sonderrapporte anzusetzen.

5. Es ist erforderlich, daß die Schaffverorgung durch den Bereich Produktion (staatliche Auflage, Eigenertrag) entsprechend der festgelegten Arbeitelinie präzisiert wird. Die gesamte Eigenproduktion muß unter Kontrolle gebracht werden, es ist Klarheit zu schaffen mit allen offenen Positionen.

Verantwortlich: Direktor für Produktion

Termin: sofort

5. Zur materiellen Sicherung der Produktion ist ab sofort durch den Direktor für Materialwirtschaft/Vorstufenproduktion die Sicherung des jeweiligen Monats durch Protokollierung vorzunehmen, wobei sichtbar zu machen ist, welche Positionen noch offen sind und wie daran gearbeitet wird. Durch den Direktor für Vorstufen ist zu klären, wie die Vertragsrückstände Brandsohlen abgebaut werden.

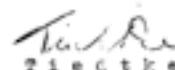
Verantwortlich: Direktor für Materialwirtschaft
Direktor für Vorstufenproduktion

Termin: sofort

7. Die Kontrolle der Realisierung der getroffenen Festlegungen und der wöchentlichen Rapporte zur Plandurchführung werden unter die Leitung des 1. Stellvertreters des Generaldirektors gestellt.

Verantwortlich: 1. Stellv. des GD

Für das Protokoll:


Tietke

In einem Buch, das die Grundzüge der Funktionsweise der DDR-Wirtschaft beschreibt, werden die Wirtschaftsfunktionäre etwas übertrieben, aber trefflich wie folgt beschrieben:

*Es herrschten strenge Gesetze, die aber nur von Fall zu Fall galten. Die Bürokratie erließ zahllose Anordnungen und Weisungen, deren strikte Einhaltung die Volkswirtschaft binnen kurzem ruiniert hätte, aber es gab ungeschriebene Regeln, die niemand ungestraft verletzte. Obwohl ein riesiger Apparat mit all seinen Schwerfälligkeiten regierte, wurde bisweilen vollkommen unbürokratisch an ihm vorbei gehandelt. Nichts galt so, wie es auf dem Papier stand: Weder Theorie, Gesetze, Unterordnungsverhältnisse noch gar Planziffern und Statistik. Trotzdem nahmen sie die Funktionäre ungeheuer wichtig, ...*¹⁷

Die eigentliche Arbeit geschah allerdings in den unteren Reihen der Hierarchie. *Gelegentlich sprach man im Westen von der Starrheit des planwirtschaftlichen System. Dies war, bezogen auf die Alltagspraxis und deren Protagonisten, mehr als ungerecht. Die sozialistische Wirtschaft glich vielmehr einem bunten Jahrmarktsbudenzauber mit Seiltänzern, Jongleuren, Entfesselungskünstlern, Gauklern und Taschenspielern jeglicher Art. Es gab einen Plan, trotzdem regierte die Improvisation. Es existierte eine Theorie der politischen Ökonomie ... Doch kein Mensch nahm diese Ausarbeitungen ernst.*¹⁸

Weiterhin war zu beobachten, dass in den zugänglichen Dienstprotokollen vor und nach der Verhaftung Probleme mit NSW-Importen nicht vorkamen. Offenbar wurden diese Sachfragen in strengerer Vertrautheit behandelt.

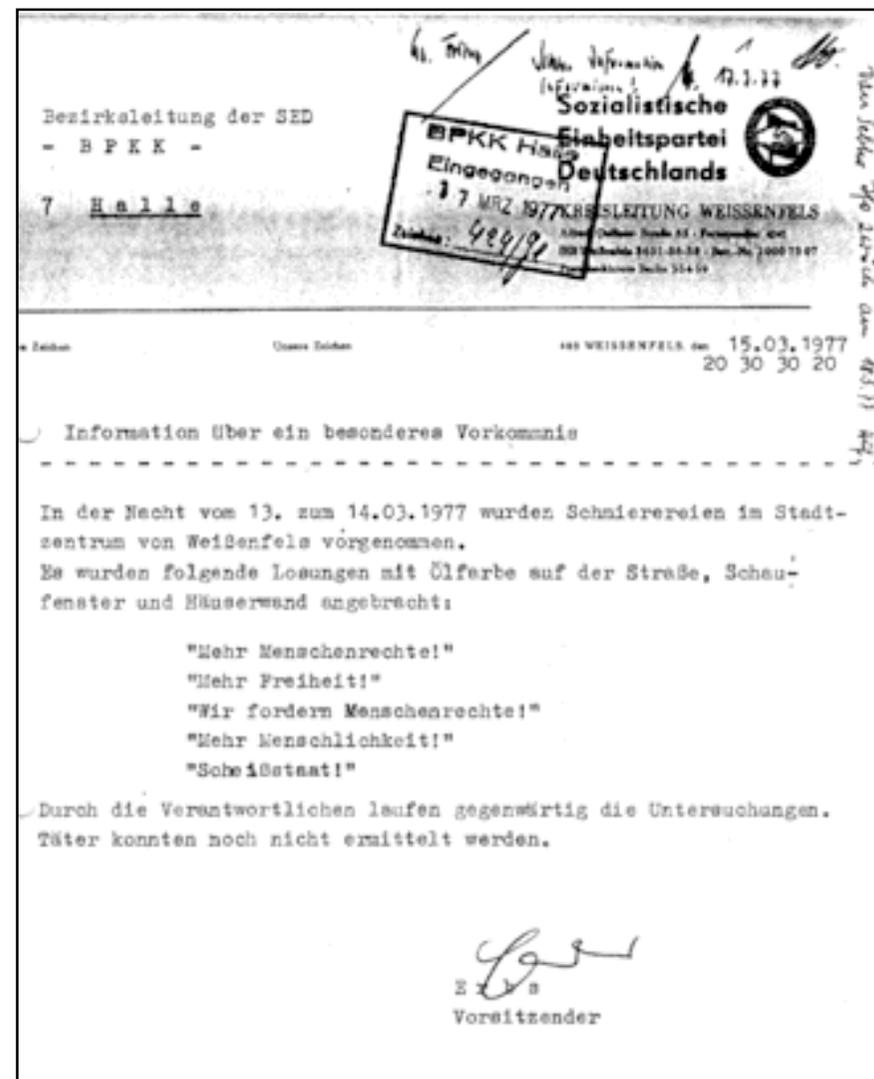
Die Verhaftung von Karl-Heinz Werner und Dietrich Haase wurde natürlich kurz nach dem Verhaftungsakt auch auf der Sitzung der Parteikontrollkommission des Kreises Weißenfels besprochen und die Tat verurteilt. Aber auch folgende Information aus dem Jahre 1977 bewegte die Gemüter und lässt die „andere Seite“ des DDR-Daseins durchblicken, das sowohl öffentlich artikuliert, als auch im „stillen Kämmerlein“ ausgesprochen wurde.

Die Orientierung gen Westen vollzog sich unbewusst wie bewusst in allen Ebenen der Gesellschaft. Die Wirtschaft holte sich von dort die modernsten Maschinen, die Partioberen in Wandlitz besorgten sich für ihren Einkaufsshop Glitzerprodukte von dort und der einfache Mann auf der Straße hatte

¹⁷ Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Ch. Links Verlag, Berlin, 1998, Fünfter Teil, Kapitel II: Wirtschaftspolitik der SED, S. 189

¹⁸ ebenda

Sehnsucht nach den Menschenrechten (Reisefreiheit, demokratische Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit), die die „Oberen“ für sich gepachtet hatten. So war im gleichen Jahr in den Protokollen der Parteikontrollkommission folgender Auszug zu lesen:



Dokument 7: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, SED-BL Halle, IV/D-2/4/259, Bl. 25

Die Verzweigung über die unlösliche wirtschaftliche Situation wurde auch in folgendem Gebet sichtbar, dass in den oberen Führungsetagen gern unter der Hand ausgetauscht wurde:

Ökonomisches Pater Noster

Vater unser, der du uns vorgesetzt bist,
geheiligt sei deine Planaufgabe,
wie im Kombinat, so auch in den Betrieben.
Unsere wöchentliche Planerfüllung gib uns heute
und vergib uns unsere Untererfüllung,
wie auch wir vergeben unseren Zulieferern.
Und Führe uns nicht vor das Vertragsgericht,
sondern storniere unsere Aufträge,
denn dein ist der Plan und die Preise
und die Änderung beider.
In Ewigkeit.
Amen

3.5. Die Verhaftungen 1976

1976 wurden Ferdinand Spira (im Januar) und Helmut Herkner (im November) verhaftet. Beide NSW-Reisekader zogen das große Interesse des Ministeriums für Staatssicherheit übergebühlich auf die Schuhindustrie.

Ferdinand Spira, der seit Januar vom MfS in einer OPK¹⁹ bearbeitet wurde, war besonders geschäftstüchtig. Seine IMs konnten notieren, dass er sich bei zahlreichen Firmen so beliebt gemacht hatte, dass auch daraus intensivere persönliche Kontakte entstanden. Angeblich bevorzugte er die Firma SCHÖN aus Pirmasens. Das ging natürlich zu weit! Er wurde als inoffizieller Vertreter der Firma SCHÖN gehandelt, bekam auch Provision für durch ihn zustande gekommene Lieferverträge und richtete sich dafür ein Konto im „Westen“ ein. Seine damalige Frau bestätigte dies. Insgesamt hatte er (vor 1970, während seiner Beschäftigung im VVB Lederwaren Halle) ca. 10.000,- DM damit verdient.

Bei einer Hausdurchsuchung wurde bei Ferdinand Spira eine intakte Pistole P 38 mit 4 Patronen aus Beständen der Deutschen Wehrmacht gefunden. Dieser Sachverhalt war zu DDR-Zeiten strengstens verboten, zudem auch kein Waffenschein vorlag.

¹⁹ OPK: Operative Personenkontrolle, aktive Erfassungsart auf der Grundlage einer registrierten Akte

Analog zu Karl-Heinz Werner wurde Ferdinand Spira ebenfalls unterstellt, dass dieser unerprobte Maschinen importierte, die dann in der ostdeutschen Industrie durch die dort gesammelten Erfahrungen zur Serienreife geführt werden sollten. Auch warf man ihm vor, dass er durch den Kauf von Maschinen der Firma SCHÖN die lederverarbeitende Industrie der DDR von dieser Firma abhängig machen wollte. Dass aber jeder Student in der DDR beigebracht bekam, maximale Typenreinheit zu organisieren (besseres Ersatzteil-Management) wurde ihm freilich nicht zu Gute gehalten.

Dieser Fall „Spira“, beginnend mit unerlaubtem Waffenbesitz, wurde Aufhänger und Ausgangspunkt für das Vorgehen des Geheimdienstes gegen Verantwortliche der Schuhindustrie. Endlich hatte das MfS Halle, geführt von der zuständigen Hauptabteilung Berlin, eine geeignete Situation gefunden, um das Wirken des „Klassenfeindes“ in der DDR-Industrie zu konstruieren. Ferdinand Spira wurde in unzähligen erpresserischen Vernehmungen zur Selbstanklage gebracht, in deren Folge Helmut Herkner, Karl-Heinz Werner, Dietrich Haase und Karl Stöckl ein ähnliches Schicksal erlitten.

Ferdinand Spira, der 1983 aus der Haft entlassen wurde, kam mit seinem Leben „danach“ nicht mehr klar. Seine Ehe scheiterte, er landete im Alkoholismus und richtete sich im Dezember 1989 schließlich selbst hin. (siehe Dokument 8, S. 36ff.)

Karl Eichentopf, einst Fachberater für Nähmaschinen im „Banner“, einer der unmittelbaren Arbeitskollegen von Ferdinand Spira schilderte in einem Telefonat am 24.11.03 diesen als sehr geltungsbedürftig. Er richtete sich mit organisierten West-Ersatzteilen ein heimliches Lager ein und konnte bei Bedarf auf Störungen schnell reagieren. Natürlich wollte er gern gefragt sein. Karl Eichentopf versicherte, dass Ferdinand Spira daraus keinen materiellen Vorteil für sich organisierte, er lediglich an einer heftigen Profilneurose litt, aber letztendlich nur Gutes für den Betrieb bewirkte.

Herr Eichentopf, der auch Karl-Heinz Werner, Dietrich Haase und Helmut Herkner gut kennt, bezeichnete die ganzen Vorgänge als Sieg der Arroganz und Dummheit gegen die Intelligenz und Geschicklichkeit im Industriezweig. Solche fähigen Menschen, wie Werner, Haase, Spira und Herkner hätten es nicht verdient, so behandelt und ausgegrenzt worden zu sein. (siehe Dok. 9, S. 40)

Der Ingenieur und Abteilungsleiter Helmut Herkner wurde im November 1976 verhaftet. Diesem Fall kommt besondere Brisanz zu, hat er doch schon vor seiner Inhaftierung Berichte an das MfS über Karl-Heinz Werner geliefert. Aber selbst diese Tätigkeit schützte ihn nicht vor den übergeordneten Strategien

Weißenfels, den 11.02.1976
Bau/Ra.

A b s c h l u ß b e r i c h t

zur VAO "Prokurist" - VIII 60/76

Im Ergebnis der zielgerichteten op. Durchdringung des
Schwerpunktbereiches AWB des VVB Schuhkombinates "Banner des
Friedens" Weißenfels und der VVB Schuhe Weißenfels konnte
erarbeitet werden, daß die Schuhindustrie der DDR, besonders
im Bereich der Maschinenimporte und Ausrüstungen zu 80 -85%
von NSW, insbesondere der BRD, abhängig ist.
Übereinstimmend wurde durch mehrere IM der DS sowie IM der HA
XVIII/3 eingeschätzt, daß bei bewußter und vorsätzlicher
Störung der BRD-Firmen im Bereich der Schuhindustrie und hier
besonders auf dem Sektor der Ersatzteillieferung, die Schuhindustr.
der DDR zum großen Teil zum Erliegen kommen kann.

Im Ergebnis der op. Durchdringung und Analyseierung der mittleren
leitenden Kader in diesem Schwerpunktbereich wurde am 21.01.1975
zur Person des

geb. am [redacted] in [redacted]
wh.: [redacted]
Beruf: Schuhingenieur
besch.: VVB Schuhkombinat "B.d.Pr." WSfle.
als verantw. Sachbearbeiter für Maschinenausrüstungen
Mitglied der SED
keine Vorstrafen

eine OPK angelegt.

Das Ziel der Bearbeitung dieser OPK bestand in der Sicherung
und Aufklärung der Person, die aufgrund ihrer beruflichen
Stellung und op. bedeutsamer Merkmale, Eigenschaften und Verbindungen,
vor allem zu BRD-Firmen und Österreichischen Firmen
durch den Gegner mißbraucht werden konnte.

Die Aufgabe der Bearbeitung bestand in der Aufklärung dieser
aktiven Verbindungen ins NSW und ihres Charakters sowie in der
Erarbeitung von Hinweisen für schwerwiegende Schäden, die der
S. dem Betrieb, Industriezweig bzw. der Volkswirtschaft zufügen
kann.

Dokument 8: BStU, Ast. Halle, AOP 261/77, Band 1, Bl. 257-260

Abkürzungen im Dokument 8: VAO: Vorlaufakte Operativ – Vorstufe der Bearbeitung von Personen in einem OV, AWB: Auswertungsbereich – mit Zahlen kombinierte interne Kennung mit Zielkontrollauftrag, StGB: Strafgesetzbuch der DDR, EV: Ermittlungsverfahren, VPKA: Volkspolizeikreisamt

Im Zuge der Bearbeitung der OPK und durch die Bestätigung der
erarbeiteten op. bedeutsamen Fakten und Hinweise konnte in
Abstimmung mit der Abt. XVIII der BV Halle das Material zur
OVA entwickelt werden.

Die Zielrichtung der Bearbeitung der OVA wurde auf den Nachweis
von Handlungen des S. gen. § 172 StGB, mit Prüfung des § 104
StGB ausgerichtet.

Durch die Aufdeckung krimineller Handlungen des S. wurde
der Einleitung eines EV durch die Abt. K des VPKA Weißenfels
zugestimmt.

In der Hausdurchsuchung und Erstvernehmung ergaben sich op.
Hinweise und Fakten auf Tatbestandsmerkmale des § 172 StGB
und der Verdacht auf eine Stützpunkttätigkeit.

An op. bedeutsamen Fakten wurde herausgearbeitet, daß der
S. schon mehrere Jahre als Schuhingenieur in der VVB Leder-
waren Halle und der VVB Schuhe Weißenfels beschäftigt war und
sich hier sehr gute Fachkenntnisse aneignen konnte.

In seiner gesamten Tätigkeit und in der Funktion eines Hauptmechanikers,
eines Verantwortlichen für Maschinenausrüstungen in der
HA Investition des VVB Schuhkombinates "Banner des Friedens"
Weißenfels und der unterhaltenen Verbindungen in den VVB-en
konnte sich der Spira zu einem anerkannten Fachmann entwickeln,
der für seine Leiter unentbehrlich war und deshalb durch diese
stets gefördert wurde.

In den von ihm ausgeübten Funktionen unterhielt er enge Beziehungen
besonders als NSW-Reisekader - zur Durchführung kommerzieller
Probleme zu Vertretern verschiedener NSW-Firmen, besonders in
der BRD.

Er orientierte stets auf den angeblich hohen Entwicklungsstand
des Schuhmaschinenbaues in der BRD und bereitete seinen Vorgesetzten
entsprechende Entscheidungen für Importe auf dem
genannten Sektor aus der BRD vor.

In Überprüfung dieser Fakten konnte festgestellt werden, daß
S. mindestens seit 1960, aber insbesondere seit 1966, enge
Beziehungen zu den BRD-Firmen SCHÖN, KOCHS & ADLER, FORTUNA,
ALBSCO, RIESCHER und BISECAR unterhält.

Diese auf dem kommerziellen Bereich angebahnten Beziehungen
breitete der Genannte bis 1975 in sehr enger Art auf seine
private Sphäre aus:

Da S. im Betrieb teilweise zu den obengenannten fachlichen
Problemen als Betreuer für eingereiste westdeutsche Monteure und
Vertreter eingesetzt wurde; nutzte er diese offiziellen Möglichkeiten,
um sich auf "privater Ebene" bei den Einreisenden aus
der BRD zu engagieren.

Er verwendete sich für die BRD-Monteure und Vertreter und bot
sich an bei der Beschaffung von Quartieren (besonders im
Interhotel "Stadt Halle") führte in seiner Wohnung Treffen mit
ihnen durch und gewährte sogar für diese Unterkunft.

Unter dem Deckmantel "Privatbesuche" durchzuführen, nahm er
bei Messen in Leipzig, bei Ausstellungen im SW, Verbindung mit
BRD-Vertretern und Vertretern Österreichs auf.
Er nutzte jede Möglichkeit, um mit diesem Personenkreis in Kontakt
zu kommen; mit dem Ziel, sich "Kenntnis" zu verschaffen über
den neuesten Stand von Maschinen und Ausrüstungen im NSW.

Herausgearbeitet werden konnte, daß der S. stets zu solchen Kadern der BRD-Firmen Verbindung suchte, die entsprechende Entscheidungsbefugnisse hatten (z.V. Verkaufstellenleiter, Prokuristen und Inhaber dieser Firmen). Es konnte herauskristallisiert werden, daß er besonders enge Verbindungen zur Person [REDACTED] der BRD-Firma SCHÖN unterhielt.

Diese Verbindungen erstreckten sich auf gemeinsame Gaststättenbesuche und gingen bis zu engsten familiären Verhältnissen, unter Einbeziehung der Ehefrau des S. [REDACTED] wurde sogar zur Hochzeit des [REDACTED] eingeladen.

Über diese Beziehungen, insbesondere zum genannten [REDACTED], erhielt der S. im Verlaufe der Jahre sogenannte Repräsentationsgeschenke, dabei u.a. Tonbänder, Kassettenrecorder, ein Absauggerät, Radio und andere techn. Artikel und Genußmittel der BRD in größeren Umfang.

Darüberhinaus erhielt er im wiederholten Falle durch den [REDACTED] und andere Vertreter der BRD-Firma SCHÖN Bargeld in der Währung der BRD. Diese Geldbeträge beliefen sich in einer Höhe von [REDACTED] -- bis [REDACTED] -- Westmark. Damit kaufte der S. und seine Ehefrau verschiedene Artikel im Intershops ein.

Es wurde weiterhin herausgearbeitet, daß der S. ab 1966 die BRD-Firma Schön gegenüber anderen NSW-Firmen bevorzugte. Entsprechende Absprachen erfolgten dazu mit dem damaligen Vertreter dieser Firma, Herrn [REDACTED]. Er gab dazu den [REDACTED] und später den [REDACTED] Vorinformationen, über die im VVB Schuhkombinat anstehenden Bedarfsmfälle von Spezialausrüstungen. Für derartige Informationen wurden dem S. durch die Fa. Schön pro Importvertrag eine Provision von 1% des Vertragswertes gewährt.

Für den S. wurde dazu ein Konto auf den Namen seiner in der BRD lebenden Cousine, [REDACTED] wohnhaft in [REDACTED] eingerichtet und geführt.

S. verfügte über diese Geldbeträge zunächst als NSW-Reisekader bei Aufenthalten in der BRD selbst, später über die genannte Cousine und den [REDACTED].

Auf diesem Wege erhielt er stets die neuesten Kontenauszüge und beschneigte Einkünfte auf der Bank in der BRD zur Einsichtnahme und Verbleib.

(Dazu wurden bei der Hausdurchsuchung Unterlagen sichergestellt und beschlagnahmt).

Nach Aussagen des S. hatte dieses Konto in der BRD einen Stand von [REDACTED] DM.

Zum Motiv seiner Handlungen konnte erarbeitet werden, daß er sich dadurch größere materielle Vorteile verschaffen und persönlich bereichern wollte.

Seine innere negative Einstellung zur Entwicklung in der DDR ist jedoch in diesem Zusammenhang unbedingt mit zu betrachten: Obwohl S. Mitglied der SED war, trat er nach Außen hin stets loyal auf und vertrat nicht konsequent die von der Partei geforderte politische Linie eines Genossen.

Seine ständige politische Unklarheit machte erforderlich, daß ihm in 2 Fällen eine Parteistrafe auferlegt werden mußte.

Er verherrlichte in "internen Kreisen" die Entwicklung in der BRD und äußerte sein "Misfallen" über die ökonomische Entwicklung in der DDR. Positiv äußerte sich der S. nur dann, wenn er wußte, daß sein Gesprächspartner von der Funktion her oder aus seiner positiven Grundeinstellung heraus, eine politisch positive Haltung zur DDR einnahm.

Weiterhin wurde herausgearbeitet, daß der S. mit Hilfe der erhaltenen BRD-Technik Gespräche mit seinem Vorgesetzten und andere wichtige, den Industriezweig betreffende Probleme, aufzeichnete.

Das Motiv seiner Handlung und der Verwendungszweck dieser Aufzeichnungen wurde noch nicht bekannt.

Im Prozeß der Bearbeitung konnten im aus dem Bereich - auch aus der VVB Lederwaren Halle - mehrfach festgestellt, daß der S. jede Gelegenheit suchte, möglichst in alle Unterlagen und besonders solcher, die nicht unbedingt in sein Kompetenzbereich fielen, Einsicht zu nehmen, um sich damit einen Überblick über das Importgeschehen des VVB Schuhkombinat "B.d.Pr." und der VVB Schuhe Weißenfels zu verschaffen.

Dem S. selbst war bekannt, daß er seit 1966 "inoffiz. Vertreter" der Fa. SCHÖN war.

Bis 1968/69 vermittelte er dieser Firma 4 - 5 Verträge und erhielt dafür eine Provision von [REDACTED] -- DM, die durch Überweisung auf das bereits angeführte BRD-Konto nachgewiesen wurden. Von dieser Firma erhielt er darüberhinaus weitere [REDACTED] DM für die Vermittlung von Exportgeschäften mit der DDR-Schuhindustrie. S. wurde durch diese BRD-Firma als ein schlauer und zuverlässig Außenhandelspartner der DDR dargestellt.

Aufgrund dieser politisch-operativen Hinweise wurde die OVA "Prokurist" am 30.01.1976 durch die Abteilung IX der Bezirksverwaltung Halle übernommen.

Es wurde ein BV gem. §§ 158 Abs. 1, 162 Abs. 1 Ziff. 1 und § 167 Abs. 1 StGB eingeleitet und der S. in U-Haft genommen.

Leiter der Kreisdienststelle

Rieger
Rieger
Oberstleutnant

Bauer
Bauer / Lt.

VEB Schuhkombinat
Banner des Friedens «

Kombinatsdirektor
VEB Schuhkombinat „Banner des Friedens“
485 Weißenfels, Markwebaner Straße 24

VEB Schuhkombinat „Banner des Friedens“
485 Weißenfels, Markwebaner Straße 24

Eingang
Kriminalpolizei
Datum 26. 01. 76
Tgb. Nr. 31/96

BS:J
060011

Bitte bei Antwortschreiben unser Zeichen angeben
Unser Zeichen Tag
KBD-1106/3310 26. 1. 1976

Betrifft:

In Ergebnis einer durchgeführten VS-Kontrolle im Stambetrieb des Schuhkombinates wurden bei dem Sachbearbeiter für Ausrüstungen im Direktionsbereich Technik, MA-Investitionen, Koll. S. [REDACTED], Ersatzteile in erheblichem Umfang festgestellt.
Kollege Spira hat lt. betrieblicher Ordnung keine Berechtigung ein eigenständiges Lager zu führen.
Von mir ist eine Expertengruppe, unter Leitung des Direktor für Technik, Gen. Malt, sofort beauftragt wurden, den Umfang (Menge und Wert) und den Zeitraum des Entstehens festzustellen.
Als verantwortlicher Leiter des Kombinates bitte ich um Unterstützung bei der Klärung des Sachverhaltes.

Mit sozialistischem Gruß
Küpper

Dokument 9: Anzeige des Betriebsdirektors (BS:U, Ast. Halle, AU 2620/79, Band 1, Bl. 11)

seines Dienstherrn. Auch ihm wurde hauptsächlich zur Last gelegt, dass er angeblich unerprobte Maschinen importierte. Den Nachweis konnte das MfS, wie bei Karl-Heinz Werner, nie eindeutig liefern. Karl-Heinz Werner bekam vor seiner Verhaftung 1977 als Direktor nie zu erfahren, warum Helmut Herkner verurteilt wurde. Hätte er es gewusst, hätte es mit Sicherheit einen anderen Verlauf der damaligen Geschehnisse gegeben. Alles in Nebel zu hüllen war die Stärke des MfS – aber die Schwäche des Systems.

000082 074

Berlin, den 16. 11. 1977

Schlußbericht

Der Beschuldigte

HERKNER, Helmut
geb.am: [REDACTED] in [REDACTED]
Schulbildung: [REDACTED]
Beruf: Ingenieur für Schuhtechnik
zuletzt: Abteilungsleiter Maschinen und Ausrüstungen der VVB Schuhe Weißenfels
wohnhaft: [REDACTED]
Familienstand: [REDACTED], 2 Kinder ([REDACTED] und [REDACTED] Jahre alt)
Staatsbürgerschaft: DDR
Nationalität: deutsch
Parteizugehörigkeit: SED von 1956 bis August 1977
Massenorganisationen: [REDACTED]
Vorstrafen: keine

in dieser Sache seit dem 16. 11. 1976 in Untersuchungshaft

hat es mit Ziel, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR zu schädigen, unternommen, die planmäßige Entwicklung des Industriezweiges Schuhe zu durchkreuzen und zu desorganisieren.

Dokument 10: BS:U, MfS, ZA, AU 545/80, Band 2, Bl. 82, 83, 92

Im arbeitsteiligen Zusammenwirken mit den Vertretern des kapitalistischen Wirtschaftsunternehmens SCHÖN & CIE, Maschinenfabrik Pirmasens (BRD) - [REDACTED] und [REDACTED] - mißbrauchte er seine berufliche Stellung als Mitarbeiter des Direktionsbereiches Technik und als Abteilungsleiter für Maschinen und Ausrüstungen der VVB Schuhe Weißenfels, um unter Umgehung der sich aus diesen Funktionen ergebenden Pflichten in der Zeit von Mitte 1968 bis zu seiner Inhaftierung Festlegungen und Beschlüsse der Regierung der DDR auf dem Gebiet der Abgrenzung der Volkswirtschaft der DDR vom kapitalistischen Wirtschaftssystem der BRD und Grundsätze des staatlichen Außenwirtschaftsmonopols der DDR zu unterlaufen, indem er

- den Import unerprobter, für den geplanten Verwendungszweck konstruktiv nicht ausgereifter und störanfälliger Maschinen und Ausrüstungen der Firma SCHÖN & CIE unter Mißachtung von in der DDR vorhandenem wissenschaftlich-technischen Vorlauf und gegebenen eigenen Produktionsmöglichkeiten herbeiführte,
- den Einsatz von Maschinen und Ausrüstungen der Firma SCHÖN & CIE in Betrieben der VVB Schuhe zum Zwecke der kostenlosen technisch-technologischen Know-How-Erlangung im Rahmen von Versuchs- und Erprobungsarbeiten unter Produktionsbedingungen und zur Erringung einer Monopolstellung dieses Unternehmens in der Schuhindustrie der DDR veranlaßte.

stellte er unter anderem dar, daß "zu viele partei- und Staatsfunktionäre in der Wirtschaft der DDR Machtpositionen inne hätten" und daß eine "völlige Starrheit" dieses Wirtschaftssystems eintreten würde. Andererseits verherrlichte er die sogenannte freie Marktwirtschaft in der BRD. Der Beschuldigte identifizierte sich mit diesen feindlichen Auffassungen, wobei die Herausbildung seiner eigenen feindlichen ideologischen Grundposition durch das Verfolgen von Sendungen des BRD-Fernsehens verstärkt wurde. Mitte 1968 gelangte der Beschuldigte zu einer ausgeprägt feindlichen ideologischen Einstellung zu bestimmten Teilen der Politik von Partei und Regierung der DDR.

So war er überzeugt, daß das System der Perspektiv- und Jahresplanung der Volkswirtschaft ein "starrer Mechanismus" sei, der vor allem die technische Entwicklung, z.B. im Industriezweig Schuhe hemme. Des Weiteren vertrat er die Auffassung, daß die zentralen Beschlüsse und Festlegungen der Regierung der DDR hinsichtlich der Sicherung der Volkswirtschaft der DDR vor Einflüssen des kapitalistischen Systems falsch waren und die Schuhindustrie der DDR nur im Zusammenwirken mit Unternehmen des kapitalistischen Auslandes zu einem leistungsfähigen Partner der Volkswirtschaft der DDR entwickelt werden könne. Darüber hinaus sah er im staatlichen Außenwirtschaftsmonopol der DDR für den Bereich der Schuhindustrie einen Hemmschuh und war der Überzeugung, daß dessen Praktizierung nur administrative Wirkungen habe.

Aus Gründen persönlicher Sicherheit war der Beschuldigte bestrebt, seine feindliche Position nach außen zu tarnen, indem er den Anschein erweckte, als identifiziere er sich mit der Politik von Partei und Regierung.

4. Beispiele von Untersuchungen vor der Verhaftung

4.1. Wanzen im Telefon

Bevor Karl-Heinz Werner verhaftet wurde installierte das MfS durch den damaligen Sicherheitschef des „Banners“ IM „Hasso Henze“, alias Horst Weißmantel, an dessen Telefon eine Abhöranlage. Leider lassen sich anhand der bis jetzt zugänglichen Akten keine aufgezeichneten oder festgehaltenen Gespräche auffinden, die eine Auswertung bzw. nähere Betrachtung zulassen. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass alle Gespräche, die Herr Werner am Telefon und im Büro führte, detailgetreu noch „irgendwo“ schlummern. (siehe Dok. 11, S. 45f., und Dok. 12, S. 47)

4.2. Ermittlungen im RGW

Das MfS war zumindest offiziell der Ansicht, dass ein großer Teil der im NSW importierten Maschinen auch im SW hätte eingekauft werden können. Um dies aufzuklären gab es einige Besuche mit vielen Befragungen leitender Ingenieure in einschlägigen Schuhmaschinen-herstellenden Betrieben. Das Ergebnis war insofern unbefriedigend, als dass es tatsächlich diese Möglichkeit gab, aber nur pro forma. Beim besten Willen erfüllten diese Maschinen nicht jene Leistungsparameter und Qualitätsanforderungen, die die ostdeutsche Schuhindustrie benötigte. Insbesondere hatten die beweglichen Aggregate der Spritzgussmaschinen keine absolute Präzision während des Einspritzvorganges, so Dietrich Haase. Die Genauigkeit im rhythmischen Bewegungsablauf einer Spritzgussmaschine kann nur über eine „Malteserkreuz-Steuerung“ des Rundläufers erzielt werden. Dieses Patent besaßen die westlichen Hersteller und hüteten sich wohlweislich davor, es zu verkaufen.

Wäre es beispielsweise möglich gewesen, solche Maschinen effizient zu bauen, so wäre es gewiss geschehen und die UdSSR hätte nicht Hunderte von DESMA-Spritzgussautomaten in der damaligen BRD gekauft, so Karl-Heinz Werner. Auch auf diesem Sektor litt der RGW an einem Kapazitätsproblem.

Entgegen den Plänen des MfS, den Fall „DDR-Schuhindustrie“ zu einer Diversion gegen den RGW (UdSSR, ČSSR, Ungarn) hochzustilisieren, und damit tschekistischen Ruhm zu erlangen, beteiligten sich die Geheimdienste dieser Länder an dieser Kampagne nicht.

28.6.77

Bericht in T. mit 145 „H. Henze“

BSU
000309

Im Vorbereit. d. Einsatzes d. Not. 26
(17+3) am Dreiecksplatz d. Wäner
u. H. wurde d. 145 wie folgt missioniert
in: beauftragt:
Am Hand von Besatzmannampel im
Wahrdienst d. St. 3470. Soll der 145
absofort während d. Abend-Insol
Wahrdienst. Kennt an d. einzelnen
Teilen d. St. 145 / 145 / 145 mit
übernehmen für die Überholung des
einheiten an d. Nacht v. 7. zum
8.7.77)

Am Abend d. 7.7.77 22⁰⁰ soll d.
145 die Wache am Lempaster (vor
d. Fehände 5 d. VVB Schule) bis
03⁰⁰ h. übernehmen.
Während dieser Zeit übernimmt 145
überprüft d. 145 a. d. 145 Komposition
die Schlüssel der Zi. 31415
201112 sowie d. Schlüssel des
Punkterings d. Pasauke

lew.

Dokument 11: BStU, Ast. Halle, KD Weißenfels, Reg.-Nr. VIII 2945/61, Teil II, Band 3, Bl. 309, 310

Die Rückgabe d. Schlüssel erfolgt am
gleichen Wege a. d. 14 direkt.
Die Trupp. d. 14 besteht weiter aus
alle Pers. d. während dieser Zeit
d. VVB betreten wollen dann zu
hinden si. erst zum DH d. VVB zu
verweisen. Nachdem d. Angewandten
Pers. d. Ort verlassen hat, sofort die
App. Nr. 256 Besache in Anwesenheit
n. d. Klingelzeichen 5 mal er-
lösen lassen. Damit ist der im
Flur d. B. ^{im Pförtner} besetzt si. dabei
müht d. Befehl besetzt si. kann
sonst keine Arbeit schaffen.

Als nächst. Auftrag erhält d. 14 die
Wachung am Hof n. d. geplante Be-
mattenzentrum mit PK zu erlö-
schen.

Kärntner T. Mittwoch, d. 6.7.77
1800h

BStU
 000310

Weißenfels, den 6.7.1977

279

Treffbericht

BStU
 000316

Treff mit	:	IMS "Hasso Henze"
Treffzeit	:	6.7.1977 von 10.00 - 10.45 Uhr
Treffort	:	BdF
Treffdurchf.	:	Hptm. Richter Ltn. Jurczok

Der Treff fand vereinbarungsgem. statt. Die Zielstellung bestand
darin, den IM detailliert in seine Aufgabe im Rahmen der Reali-
sierung der Maßnahmen A und B zur Bearbeitung der IM OV "Igel"
erfaßten Person WERNER, Karl-Heinz, Dir. f. P.u.B. der VVB Schuhe,
einzusweisen und zu instruieren.

Der IM besetzt am 7.7.77 22.00 Uhr das Pförtnerhaus am COMPART-
tor, wobei er die Tatsache ausnutzt, daß gegenwärtig Pförtnerplan-
stelle llen unterbesetzt sind.

Aufgaben für den IM:

- Besetzen des Pförtnerhauses: 22.00 Uhr
- Übergabe der Zimmerschlüssel/Haus II gegen 22.30 Uhr an
Gen. Richter
- Abfangen aller möglicherweise von einer Dienstreise ein-
treffenden Mitarbeiter der VVB und verweisen an den Dienst-
habenden der VVB (IMS "Flora")
- In diesem Fall sofort den App. 256 / VVB anrufen und 5 x
klingeln lassen.
- Nach Abbruch der Aktion wird der IM (App. 212) angerufen und
zur Übernahme der Schlüssel aufgefordert.

Jurczok/Ltn.

Dokument 12: BStU, Ast. Halle, KD Weißenfels, Reg.-Nr. VIII 2945/61, Teil II, Band 3, Bl. 316



MfS-Minister Mielke (links) Mitte der 80er Jahre an einem DESMA-Automaten. In der Mitte der Nachfolger von Karl-Heinz Werner, Wolfgang Leitloff. Dahinter Generaldirektor Jochen Lezoch. (BStU, Ast. Halle, Abt. OT/Fo 80, Bild 25)

Dieses makabere Foto zeigt Minister Mielke in seinem Volkskammer-Wahlkreis Weißenfels, bei dem ihm genau jene Spritzguss-Automaten als Spitzentechnik vorgeführt wurde, für deren Import die verhafteten Verantwortlichen der Schuhindustrie Hunderte quälende Vernehmungen ertragen mussten und für viele Jahre der Freiheit beraubt wurden. (siehe Dok. 13, S. 49ff., und Dok. 14, S. 53)

Die Ermittlungen in der ČSSR wurden in einer sehr aufwändigen Weise geführt. Es wurden etwa 8 leitende Ingenieure und Funktionäre danach befragt, welche Liefermöglichkeiten jener Anlagen an die DDR bestehen, die die VVB Schuhe aus dem NSW bezog. Es gab durchaus berechnete Ansatzpunkte, dass verschiedene Anlagen bei genauer Prüfung von der ČSSR hätten geliefert werden können. Folgender Hinweis soll dies belegen: (siehe Dok. 15, S. 54)

Allerdings erbrachte dieser Hinweis von IM „Reiner Winkler“ nicht die Lieferung auch nur eines einzigen Verpackungsautomaten an die DDR-Schuhindustrie.

Es ist heute schwer einzuschätzen, welcher geringen Anteil die tschechische Seite hätte wirklich liefern können.

48

Hauptabteilung IX
Hauptabteilung XVIII

Berlin, den 19. 7. 1977
3 Expl. 3: Ausf./Dr
551 177

BStU
000057

V o r s c h l a g

Über die Zusammenarbeit und das abgestimmte Vorgehen mit den Bruderorganen der UdSSR, CSSR und VR Ungarn gegen die wegen ökonomischer Störtätigkeit gegen die Schuhindustrie der DDR und die RGW-Staaten angefallenen BRD-Wirtschaftsunternehmen DESMA - Achin bei Bremen und Schön u. Cie - Pirmasens

Entsprechend der Aufgabenstellung im Bericht vom 17. 5. 1977 wurden durch die an der Aufklärung von Staats- und schweren Wirtschaftsverbrechen im Bereich der Schuh- und Lederwarenindustrie der DDR beteiligten Dienststellen - Hauptabteilungen IX/3 und XVIII/3, Abteilungen IX und XVIII der BVfS Halle und KD Weißenfels - die notwendigen operativen und untersuchungsmäßigen Beweisführungsmaßnahmen mit der Zielsetzung des Abschlusses der Untersuchung im IV. Quartal 1977 festgelegt.

Schwerpunkte dieser Beweisführungsmaßnahmen auf der Grundlage der Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens gegen den ehemaligen Abteilungsleiter der VVB Schuhe, [REDACTED], und des Operativvorganges "Igel" zur Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen über das strafrechtlich und politisch-operativ-wirksame Vorgehen gegen die belasteten Personen WERNER, Karl-Heinz - Direktor für Forschung und Technik der VVB Schuhe und [REDACTED] - Leiter des Ingenieurbüros für Rationalisierung der VVB Schuhe sind die im Auftrage und in Absprache mit den Leitern der "Ost-abteilungen" der Firmen DESMA, [REDACTED], und Schön u. Cie, [REDACTED], angewandten Mittel und Methoden zur:

Dokument 13: BStU, MfS, ZA, Abt. X, Nr. 500, Band 1, Bl. 57-60

- Durchkreuzung der wissenschaftlich-technischen Zusammen-
arbeit zur Entwicklung und Fertigung von Automaten zur
Verarbeitung von PVC- und PUR-Hilfsstoffen mit den CSSR-
Betrieben EPS und Svit Gottwaldov seit 1965,
- Einschaltung der Firma DESMA als Lieferanten von PVC-
Spritzgüßautomaten für das auf der Grundlage des Regierungs-
abkommens zwischen der DDR und UdSSR vom 22. 3. 1974
errichtete Vorhaben "Freizeit und Hausschuhe" in Bendery/
Moldauische SSR unter Täuschung der sowjetischen Vertrags-
partner über die Liefermöglichkeiten der CSSR und die ab
1975 durch DESMA mittels der Anlieferung nicht funktions-
tüchtiger Anlagen ausgelübten Störungen,
- Unterstützung der Firma Schön und Cie beim Eindringen in die
VR Ungarn mittels Lizenzvergabe für Stanz- und Präge-
Schuhmaschinen an das Unternehmen KAV Budapest und die
Gestaltung der Kooperationsbeziehungen durch leitende Kräfte
der Firma Schön und Cie zur ökonomischen Schädigung der VR
Ungarn und der Störung der Zusammenarbeit der RGW-Staaten auf
dem Gebiet des Schuhmaschinenbaues.

Die zu diesen Komplexen vorliegenden Beschuldigtenaussagen
und Sachbeweise wurden eingehend analysiert, in Dokumentatio-
nen zusammengefaßt und die zu ihrer Überprüfung und zur allsei-
tigen Aufklärung der Verbrechen in der UdSSR, CSSR und VR Ungarn
zu prüfenden Fragenkomplexe erarbeitet.

Für das weitere sich stufenweise notwendig machende Vorgehen
zum Abschluß der Untersuchung und operativen Bearbeitung der
Sabotage-Verbrechen in der Schuhindustrie der DDR und zur
Durchführung offensiver, mit der UdSSR, CSSR und VR Ungarn
abgestimmter und koordinierter Maßnahmen gegen die ERD-Wirt-
schaftsunternehmen DESMA und Schön und Cie wird vorgeschlagen:

1. Übergabe der Dokumentation über die ökonomische Störtätig-
keit leitender Kräfte der ERD-Firmen DESMA und Schön und Cie
gegen die Leichtindustrie der DDR, UdSSR, CSSR und VR Ungarn
an das Komitee für Staatssicherheit der UdSSR.
Nach operativer Abklärung der erarbeiteten Fragenkomplexe
und beim Vorliegen des Einverständnisses des sowjetischen
Bruderorgans Durchführung einer gemeinsamen Beratung von
Vertretern der Hauptabteilung IX und XVIII mit den sowjeti-
schen Genossen zur Festlegung der für die Prüfung der bestehen-
den Verdachtsgründe gegen [REDACTED] und [REDACTED] sowie die DDR-Bürger
[REDACTED], [REDACTED] und WERNER notwendigen und möglichen Maßnahmen
zur Sicherung von Sachbeweisen und Zeugenaussagen in der UdSSR.
Entsprechend den operativen und Untersuchungsergebnissen
machen sich diese Maßnahmen in den Bereichen des Außen-
handelsunternehmens Technopromimport Moskau und in der Moldau-
ischen SSR - im Projektinstitut "Moldwestpromprojekt" und
in der Produktionsvereinigung "Floare" Bendery - erforderlich.
2. In Abstimmung mit der Abteilung X persönliche Übergabe der
erarbeiteten Dokumentationen durch Vertreter der Hauptabtei-
lung IX und XVIII über die Angriffsrichtungen, Mittel und
Methoden der genannten Personen gegen die Bereiche des Schuh-
maschinenbaues der CSSR und VR Ungarn an die dortigen Bruder-
organe mit dem Ziel, die vom MfS getroffenen Feststellungen zu
erläutern und das weitere Vorgehen für die Realisierung not-
wendiger Überprüfungs- und Beweisführungsmaßnahmen zu beraten.
Das betrifft in der CSSR die Bereiche der Schuhmaschinenbau-
betriebe EPS und SVIT Gottwaldov, deren Tätigkeit auf den
Gebieten der Entwicklung und Fertigung von Spritzgüßmaschi-
nen zur Verarbeitung von PVC und Polyurethan für die Schuh-
industrie der RGW-Staaten durch HERBER, RAASE und WERNER
in Abstimmung mit HERR behindert und hintertrieben wurde.
Die Überprüfungen in der VR Ungarn sollten vornehmlich durch
operative Maßnahmen erfolgen, da nach den vorliegenden Be-
schuldigtenaussagen der für die zum Nachteil der VR Ungarn

gestaltete Kooperation zwischen der Firma Schön und Cie und dem Unternehmen KAEV Budapest Verantwortliche, [REDACTED] durch Vertreter der BRD-Firma in erheblichem Umfang bestochen und vom Leiter der "Ostabteilung" der Firma, [REDACTED], als Interessenvertreter des Unternehmens in der VR Ungarn und gegenüber anderen RGW-Staaten charakterisiert wurde.

3. Realisierung der sich im Ergebnis der Beweisführungsmaßnahmen in der DDR und den genannten sozialistischen Ländern ergebenden strafrechtlichen Maßnahmen gegen WERNER und [REDACTED] sowie politisch-operativen Maßnahmen zu weiteren belasteten Personen im IV. Quartal 1977.
4. Durchführung der gerichtlichen Hauptverhandlung Ende 1977 in der Hauptstadt der DDR gegen [REDACTED] wegen Sabotage im Zusammenwirken mit Vertretern der BRD-Firmen Schön und Cie und DESMA unter Teilnahme von Vertretern der Bruderorgane der sozialistischen Staaten mit dem Ziel, ein abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen gegen diese Wirtschaftsunternehmen und deren Vertreter zu erreichen und einen grundsätzlichen Erfahrungsaustausch zu den Angrifferichtungen, Mitteln und Methoden von Konzernen, Unternehmen und Einrichtungen imperialistischer Staaten gegen die Volkswirtschaften der RGW-Länder und der sich zu deren Abwehr ergebenden Erfordernisse für die Zusammenarbeit der Bruderorgane durchzuführen.

Leiter der MA XVIII

Leiter der MA IX

Kleine
Oberst

Pietz
Oberst

Verteiler:

1. Expl. - Gen. Minister
2. Expl. - Gen. Generalmajor Mittag
3. Expl. - Leiter Abt. X

EINGANG

TELEGRAMM

(Nichtstrafendes Verhalten)

AUSGANG

Dringlichkeit

AUSNAHME

OKS OVS VVS

Fu/PS-Nr.

BSIU

Absender: MfS Berlin - Der Minister -

Empfänger: Minister des Innern der CSSR - Gen. Dr. OSZINA - Prag

000040

Berlin, den 09.7.

1977

Warter Genosse Dr. Oszina!

In einem Vorgang des MfS werden DDR-Bürger bearbeitet, die im Zusammenwirken mit den BRD-Wirtschaftsunternehmen

DESMA - Achin bei Bremen und
SCHÖN u. Cie - Firmasens

eine ökonomische Störtätigkeit gegen die Schuhindustrie der DDR und der RGW-Staaten durchführten.

Im Interesse einer schnellen Aufklärung derartiger Staats- und schwerer Wirtschaftsverbrechen im Bereich der Schuh- und Lederindustrie, die auf eine Störung der zwischen den RGW-Staaten auf diesem Gebiet getroffenen Vereinbarungen gerichtet sind, erachte ich eine koordinierte Bearbeitung dieses Vorganges als dringend notwendig.

Zwecks Übergabe bereits durch das MfS erarbeiteter Materialien sowie Führung von erforderlichen Absprachen beabsichtige ich, die Mitarbeiter des MfS

Gen. Major FICKERT
Gen. Hauptmann WANN
und Gen. Oberleutnant FINGEL

nach Prag zu entsenden.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn den genannten Genossen baldmöglichst eine Absprache mit kompetenten Mitarbeitern Ihres Ministeriums ermöglicht werden könnte und danke Ihnen bereits im voraus für Ihre Rückäußerung.

Mit sozialistischen Gruß

Mielky

11 10

Jr. 04.177

Durchschlägt/Durchschriften:

Soch. Geschrieben:

Gesehen:

Eingangsdatum:

Uhrzeit:

Anfang:

Ende:

Nochr.-Schreibb.

Dokument 14: BStU, MfS, ZA, Abt. X, Nr. 500, Band 1, Bl. 40, ähnliche Telegramme gingen auch nach Ungarn und Polen

Anlage 4.4
Blatt 9a3-7

HA-WAO/WTP

Weißenfels, den 30. 9. 1976
SEK-3120/Pet

SSIU
000020

20

Kurzinformation

Über die durchgeführte Dienstreise vom 26. - 29. 9. 1976 zum n. p. Svit Gottwaldov - CSSR

Anlässlich dieser Dienstreise hatte ich die Möglichkeit, in n. p. Svit die Herstellung der Einzelpaarkartons zu beobachten. Dabei werden unterschiedliche Technologien angewendet. n. p. Svit erzeugt mit Klebautomaten, die in Zruc (CSSR) produziert werden, sowohl Kartons als auch Deckel für die Einzelpaarverpackung. Das Prinzip der Automaten entspricht dem des Verpackungsautomaten der Fa. Schön, der in VEB "Roter Stern" Burg im Einsatz ist.

Es ist die Möglichkeit zu prüfen, ob solche Automaten für die Einzelpaarkartonnfertigung aus der CSSR importiert werden können, um dadurch Importe aus dem NSZ abzulösen.

Pöhler
Pöhler
HA-Leiter WAO/WTP

Dokument 15: BStU, Ast. Halle, AU 2622/79 (EV), Band 9, Bl. 20

Aussagen wie folgende, dass zwar die technische Möglichkeit bestand, aber für die betreffende Maschine kein Hersteller gefunden wurde, waren keine Seltenheit. Die Vermutung liegt nahe, dass die ČSSR die gleichen (oder ähnliche) Kapazitätsprobleme hatte wie die DDR, was sich durch die konformen Wirtschaftssysteme erklären lässt.

Anlage 155

101

Übersetzung aus dem Tschechischen

Untersuchungsverwaltung
Staatsicherheit

SSIU
000105

ZEUGENVERNEHMUNGSPROTOKOLL

In Gottwaldov wurde am 9. 9. 1977 um 8.00 Uhr vernommen:

Ing. [REDACTED], geb. [REDACTED] in [REDACTED]
w. [REDACTED]
FA-Nr. [REDACTED]

Der Obengenannte wurde in der Strafsache des Beschuldigten [REDACTED] vernommen, zu dem er in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis steht.

Danach erfolgte die Belehrung des Zeugen und er erklärte sich zur Aussage bereit.

Zu Beginn meiner Aussage möchte ich anführen, daß ich mich allein über 17 Jahre speziell mit der Problematik der Konstruktion von Maschinen zur Bearbeitung von Polyurethanmaterialien beschäftige. Auf Grund meines Berufes kann ich nur allgemeine Informationen geben, soweit es um andere Spezialisierungen in der Schuhindustrie geht. Des weiteren möchte ich anführen, daß nur ein DDR-Bürger [REDACTED] nicht bekannt ist, ich kenne auch keine weiteren Vertreter bzw. leitende Mitarbeiter im Komplex VEB Schuhe. Selbstverständlich habe ich, soweit das meine Spezialisierung betrifft - Maschinen zur Bearbeitung von Polyurethangemischen - einige Mitarbeiter vom selben Beruf aus der DDR kennengelernt. Ich habe in der genannten Problematik auch an einigen Verhandlungen teilgenommen, soweit es um die Zusammenarbeit zwischen der Schuhindustrie der CSSR und der DDR geht, und zwar überwiegend mit Genossen vom Forschungsinstitut FIS Weißenfels.

Zur BRD-Firma DESMA und ihren Vertretern bzw. Geschäftsvertretern kann ich sagen, daß mir als Konstrukteur bekannt ist, daß die Erzeugnisse dieser Firma Weltspitze darstellen und für uns als Konstrukteure und Produzenten von Maschinenanlagen zur Bearbeitung von PUR-Gemischen dienen die Maschinen dieser Firma zum Qualitätsvergleich für die eigenen Maschinen. Vertreter der genannten Firma kenne ich persönlich nicht und ich habe auch an keiner Verhandlung mit ihnen teilgenommen.

Dokument 16: BStU, Ast. Halle, Reg.-Nr. VIII 1589/77, Bl. 105-108

Auf der vorgelegten Fotodokumentation mit Fotos von 6 Männern erkenne ich niemanden.

Wie ich bereits oben angeführt habe, kann ich zu den Fragen, die nicht direkt meine Spezialisierung betreffen, nur allgemein antworten. In diesem Zusammenhang ist mir die Existenz des sogenannten PORCEMATIC-Systems bekannt, das zur Herstellung von geschäumten PVC-Sohlen angewandt wird. Ich persönlich habe mich weder mit der Forschung noch Entwicklung der Maschinenanlage für das genannte System befaßt. Ich kann also nicht fundiert zu der mit diesem System zusammenhängenden Problematik sprechen, ebensowenig zur Zusammenarbeit zwischen der Schuhindustrie der CSSR und DDR.

Zur Problematik der CUASY-Maschinen, die aus der DDR in den VEB SVIT Gottwaldov eingeführt worden sind, kann ich sagen, daß es sich um eine verhältnismäßig verbreitete Maschine handelt, die bis jetzt zur Herstellung von Absätzen benutzt wird. Der Nachteil dieser Maschinen ist die Mehrdruckform, die man beim Auswechseln ziemlich arbeitsaufwendig einrichten muß. Die Entwicklung geht in Richtung der Anwendung von Einzweck-Druckautomaten, deren Bedienung leichter ist.

Die Maschinen und Anlagen zur Bearbeitung von Polyurethan für die Schuhproduktion wurden im VEB SVIT seit 1964 entwickelt. Die Entwicklung wurde in ihrer 1. Etappe, d. h. Inbetriebnahme der ersten Maschine, 1972 beendet, als im VEB SVIT die regelmäßige Produktion von PUR-Sohlen auf einer Linie eigener Produktion eröffnet wurde. Die im VEB SVIT entwickelten Maschinen besitzen auch im Vergleich mit den besten Maschinen, die auf den Weltmärkten zugänglich sind, Spitzenqualität. Ob die Initiative zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bearbeitung von PUR von seiten der DDR oder CSSR ausgegangen ist, weiß ich nicht. Fakt ist, daß es zu einer Zusammenarbeit gekommen ist und im Grund kann man sagen, daß diese Zusammenarbeit bis jetzt besteht. Den VEB SVIT haben einige Delegationen von der Schuhindustrie der DDR besucht. Während dieser Besuche hatten sie die Möglichkeit, die Produktionsanlagen für die Herstellung von PUR-Sohlen im VEB SVIT zu besichtigen und nachfragen zu diesem Problem mit den Mitarbeitern der technischen Entwicklung der VEB SVIT zu diskutieren. In dieser Zeit hatten die Schuhbetriebe der DDR mindestens eine Anlage zum Direktaufspritzen von PUR-Sohlen von der Firma DESMA bereits gekauft. Den Mitarbeitern der DDR, denen die Produktionsanlage gefiel, wurde mitgeteilt, daß es in der CSSR keine Produktionskapazitäten gibt, die eventuell die genannte Anlage für die DDR herstellen könnten. Soweit mir bekannt ist, wurde der Verkauf der Lizenz für die Lackierlinie zum Lackieren von PUR-Sohlen realisiert und diese Linie sollten sie sich in der DDR selbst herstellen. Die weitere Zusammenarbeit beruhte insbesondere darauf, daß auf den Maschinen tschechoslowakischer Produktion Proben des PUR-Systems gemacht wurden, das im FIS Weissenfels entwickelt worden war. Die aus

diesem Material hergestellten Sohlen hatten jedoch nicht die Qualität, die die Betriebsnorm des VEB SVIT verlangte, und deshalb wurde die Lizenz für diese Rezeptur nicht gekauft. In dieser Zeit war im VEB SVIT bereits eine eigene Rezeptur entwickelt worden.

Wie ich bereits angeführt habe, hat der VEB SVIT Gottwaldov eigene Maschinen zur Bearbeitung von PUR, und zwar eine komplette Maschinenlinie von der Rohstoffvorbereitung bis zum Lackieren der Sohlen, und zwar seit 1972. Die Frage, ob die Zeit unserer Entwicklung der genannten Maschinenanlage durch eine wirksame Zusammenarbeit mit den DDR-Fachleuten hätte verkürzt werden können, kann ich objektiv nicht beurteilen. Allgemein kann festgestellt werden, daß sich jede Zusammenarbeit mit Fachleuten in der vorliegenden Problematik in einer Verkürzung der Forschung und Entwicklung äußern kann.

Die Kapazität der Linie vom VEB SVIT beträgt 200 - 260 Paar Sohlen pro Stunde, was von der Kapazität her mindestens gleichwertig ist mit der Anlage von der Firma DESMA.

Zur Frage, ob die CSSR darüber in Kenntnis gesetzt worden war, daß in der VVB Schuhe vor allen Dingen die PUR-Gußanlage von der Firma DESMA geprüft wird, kann ich angeben, daß ich nicht weiß, ob und in welcher Weise die CSSR offiziell in Kenntnis gesetzt worden sein sollte, aber es ist allgemein bekannt, daß es in der DDR andere Maschinenanlagen für das PUR-System als von der Firma DESMA nicht benutzt werden. Daraus ergibt sich auch die Antwort auf die Frage betr. der Motivierung der Zusammenarbeit der DDR-Schuhindustrie mit der Firma DESMA. Ich kann verantwortlich erklären, daß die tschechoslowakische Anlage zur Bearbeitung von PUR unvergleichlich effektiver für den Schuhproduzenten ist, und zwar sowohl von der betriebstechnischen Seite her, als auch von der ökonomischen, soweit es um die Kosten zur Anschaffung der Linie für die Bearbeitung des PUR-Systems geht. Hier muß allerdings betont werden, daß seit Beendigung der 1. Etappe der Entwicklung dieser Maschinenanlage im VEB SVIT bis jetzt vergeblich ein Produzent gesucht wird, nicht nur in der CSSR; sondern auch in den anderen RGW-Staaten. Damit ist bis zu einem gewissen Maße die Notwendigkeit der DDR-Schuhindustrie, die Maschinenanlagen zur Bearbeitung des PUR-Systems von der BRD-Firma DESMA anzukaufen und anzuwenden, erklärbar. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an einige Verhandlungen von Vertretern der DDR-Schuhindustrie, insbesondere mit Vertretern unseres Betriebes und des Betriebes EPS Gottwaldov, wo die Genossen aus der DDR die Lieferung unserer Maschinenanlage verlangten, da aber bis jetzt kein Hersteller vorhanden ist, konnte dem nicht entsprochen werden.

Zu dem vorgelegten Teil der Aussage von [REDACTED] vom 26. 4. 1977 kann ich zusammenfassend sagen, daß er im wesentlichen den Tatsachen entspricht, bis auf den Absatz, in dem er anführt, daß die CSSR das

- 4 -

8310
 000108

Aggregat zum Verschäumen für ihre entwickelte Maschinenanlage von einer Firma aus Österreich eingeführt haben soll. Dazu möchte ich präzisieren, daß bei der Entwicklung bez. Forschung unserer Maschinenanlage ursprünglich die Mischmaschine von der Firma HENNECKE aus der BRD benutzt wurde, die während der Forschung völlig abgeschrieben wurde und daraufhin haben wir selbst unser eigenes Verschäumungsaggregat entwickelt, das ein Teil der Produktionslinie und tschechoslowakisches Patent ist. Ansonsten entspricht der protokollierte Teil der Aussage von [REDACTED] vom 26. 4. 1977 betr. des PUR-Systems den Tatsachen.

Das ist so alles, was ich zur Sache anführen kann. Am Schluß möchte ich bemerken, daß im VEB SVIT Cottwaldov in der Abteilung technische Entwicklung die offiziellen Protokolle und Vermerke von den Verhandlungen in der vorliegenden Problematik mit den Partnern der DDR zur Verfügung stehen und man mit ihnen die einzelnen Verhandlungen präzisieren und konkretisieren kann.

Mehr kann ich zur Sache nicht angeben. Nach Durchlesen des Protokolls und nach der Belehrung über das Recht zu seiner Ergänzung oder Berichtigung erkläre ich, daß das Protokoll mit meiner Aussage übereinstimmt und ich weder eine Ergänzung noch Berichtigung verlange.

Abgeschlossen am 9. 9. 1977 um 10.30 Uhr. Der Zeuge macht seinen Anspruch auf Zeugengeld nicht geltend.

Untersuchungsführer der Staatssicherheit: gez. Oltz. Holba	Protokollant: gez. Wachtmeister [REDACTED]	Zeuge: gez. [REDACTED]
--	--	---------------------------

Übersetzt: [REDACTED]
Gef. 2 Explf

Auch die weiteren Kontakte und Vernehmungen des MfS in der ČSSR, der UdSSR und Ungarn zur Unterstützung der Diversionsstrategie durch Minister Mielke endeten in einem eindeutigen Scheitern.

Mit der absolutistischen Arroganz der Macht wurden die geplanten Verhaftungen in der DDR trotzdem umgesetzt. Im Dezember 1978 musste das MfS zähneknirschend alle Schuldkonstruktionen im Zusammenhang mit Maschinen der Firma DESMA fallen lassen. Damit waren 90 % aller konstuierten Anklagepunkte annulliert.

5. Die Haft

5.1. Untersuchungshaft

Gleich zu Beginn der Untersuchungshaft im Halleschen „Roten Ochsen“ wurde Karl-Heinz Werner vernommen und ihm wurden dabei Vorwürfe dargelegt, an die er nicht einmal im Entferntesten gedacht hatte.

Dass er absichtlich gegen die Volkswirtschaft der DDR vorgegangen wäre wies er kategorisch von sich, räumte aber ein, dass ihm als Direktor unbewusst Fehler unterlaufen sein könnten. (siehe Dok. 17, S. 60)

5.2. Haftbeschwerde

Am Anfang seiner U-Haft glaubte er noch an einen für sich glimpflichen Ausgang „der Dinge“ – war er sich doch überhaupt keiner Schuld bewusst. Er hatte deshalb sogar den Mut, Haftbeschwerde einzulegen. (siehe Dok. 18, S. 61)

In diesem Fall, der zu Mielkes Chef-Sache wurde, hatte verständlicherweise eine Haftbeschwerde kaum Chancen. (siehe Dok. 19, S. 62)

Es lässt sich denken, dass Karl-Heinz Werner in der Untersuchungshaft keine besonders guten Aussichten hatte, die Freiheit bald wieder zu sehen.

5.3. Die Feindstrategie

In der Untersuchungshaft traf Karl-Heinz Werner eine Besonderheit, die damals wohl typisch für ähnlich gelagerte Fälle gewesen sein dürfte.

Ein Mithäftling (Karl Sippmann), der mit ihm ab 15.12.1977 die Zelle (Verwahrraum) teilte und einige Erfahrungen mit Prozessen dieser Art hatte, offerierte Karl-Heinz Werner, dass es nur eine reale Chance gäbe, hier wieder heraus zu kommen. „Man muss sich eine Feindkonzeption gegen sich selbst ausdenken und mit der Stasi kooperieren.“ So die fest haftende Erinnerung von Karl-Heinz Werner. „Anderenfalls wird man das Sonnenlicht nie wieder sehen.“ Er, Karl Sippmann, hätte da schon Erfahrungen gesammelt und einige Häftlinge wären nur durch diese Kooperation überhaupt wieder in die damalige „Freiheit“ gekommen.

Karl Sippmann begründete dies mit dem Systemanspruch des Freund/Feind-Denkens. Der alte stalinistische Leitspruch: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“ zog sich nahezu durch alle DDR-Lebensbereiche, war doch diese Land kein sozialistisches, sondern ein, wenn auch

000078

Frage: Ihnen wird hiermit mitgeteilt, daß gegen Sie ein Ermittlungsverfahren wegen strafbarer Handlungen gegen die Volkswirtschaft der DDR eingeleitet wurde. Nehmen Sie dazu Stellung!

Antwort: Ich habe zur Kenntnis genommen, daß gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen strafbarer Handlungen gegen die Volkswirtschaft der DDR eingeleitet wurde. Die Belehrungen hinsichtlich meiner Rechte als Beschuldigter gemäß der Strafprozeßordnung habe ich verstanden. Ich möchte zu der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen mich wegen strafbarer Handlungen gegen die Volkswirtschaft der DDR aussagen, daß ich mir in keiner Weise bewußt bin, in irgend einer Art gegen die Interessen der Volkswirtschaft der DDR und hierbei speziell des Industriezweiges Schuhe vorgegangen zu sein. Ich möchte dazu weiter feststellen, daß ich mich in meinen Entscheidungen als Direktor für Forschung und Technik der VVB Schuhe immer wieder von den Interessen der Volkswirtschaft der DDR leiten ließ. Ich habe alles an meinen Kräften stehende getan, um meine Verantwortung für die technische Politik des Industriezweiges Schuhe in der Artwerksunternehmen, daß die Interessen der Schuhindustrie der DDR gewahrt werden. Dies trifft meiner Einschätzung insbesondere im Umgang meiner Person mit Vertretern des kapitalistischen Auslandes zu. Insbesondere in diesen Kontakten war ich stets bestrebt, nur nach den mir vorgegebenen Direktiven und im Interesse des Industriezweiges Schuhe zu handeln. Ich möchte allerdings in diesem Zusammenhang einräumen, daß mir bei der Wahrnehmung meiner Verantwortung als Direktor für Forschung und Technik der VVB Schuhe Fehler unterlaufen sein können. Hinsichtlich meiner Fehler, die mir unterlaufen sein könnten, möchte ich noch feststellen, daß ich diese insbesondere darin sehe, daß ich Entscheidungen Vertrauen entgegengebracht habe und es an den notwendigen Kontrollen fehlen ließ. Weitere Aussagen möchte ich dazu gegenwärtig nicht machen. Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen. Es entspricht in allen seinen Teilen den von mir gemachten Aussagen. Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.

Karl Heinz Jansen
.....
Oberleutnant

Dokument 17: BStU, Ast. Halle, Reg.-Nr. VIII 1589/77, Bl. 78

000018

1977

*An den
Kreisdirektor Halle
Halle/Saale,
Dem mit zur Last gelegten Vorwurf meines
Funktions als Direktor für Forschung und Technik der
VVB Schuhe, Verstoßes im Sinne dessen, daß ich
bestrebt und gezielt meine Arbeit zum Schaden der
Schuhindustrie der DDR durchgeführt habe, muß ich
entgegenstehen. Ziel meines Bestrebens war es gewesen,
eine schnelle und prägnante Entwicklung der
Schuhindustrie unserer Republik mit zuverleihen.
Im Auftrage kapitalistischer Länder habe ich nicht
gearbeitet.
Mir ist klar, daß meine Tätigkeit mit Fehlern behaftet
war, die insbesondere auf unzureichende Kräfte
beruhten und darin, daß ich mit geringen
Erfahrungen auf dem produktiven Gebiet der Schuhindustrie
beraht, die zu sehr auf Vertrauen beruht und zu wenig
auf exakte Kontrolle ausgerichtet war. Diese Fehler erkannte
ich ein führender mich zu volkswirtschaftlichen Schäden.
Gleichzeitig werde ich berücksichtigen, daß bei mir geringes
wie technisches und inventarisches Kräftepotential in den
Jahren 1972 bis jetzt gegenüber den 60er Jahren etwa
8-fache Proportionen auf was. haben und Inzuchtgebiet
in der Schuhindustrie benötigt werden müßten.
Unter diesen Aspekten werde meine Hoffschwerte zu bewerten.*

Karl Heinz Jansen

Dokument 18: BStU, Ast. Halle, AU 2622/79 (EV), Band 1, Bl. 18

Bezirksgericht Halle
1. Strafsenat
1 BSR 76/77

UHA Halle, Am Kirchtor 20a
Halle, 14. 12. 1977
77

BStU
000020

B e s c h l u s s

In der Ermittlungssache
g e g e n Karl-Heinz Werner,
geboren am 27. September 1939 in Zella-Mehlis,
wohnhaft in Weissenfels, Heuweg 104,
- seit dem 6.12.1977 in U.-Haft, UHA Halle, Am Kirchtor 20 a -
w e g e n Vertrauensmissbrauch
wird die Beschwerde des Beschuldigten gegen den
Haftbefehl des Kreisgerichts Halle - Stadtbezirk
West vom 5. Dezember 1977, ~~WAS 118/77~~ - als
unbegründet
z u r ü c k g e l a s s e n .

G r ü n d e :
Die auf Grund der Beschwerde durchgeführte Überprüfung hat ergeben,
dass der vorgenannte Haftbefehl unter Beachtung der gesetzlichen
Bestimmungen ergangen und unumgänglich ist (§ 123 StPO).
Das Kreisgericht hat den Beschuldigten nach dem vorliegenden Er-
mittlungsergebnis schuldig der im Haftbefehl bezeichneten Straf-
tat nach § 165 Abs. 1 und 2 StGB für dringend verdächtig befunden.
Die Anordnung der Untersuchungshaft hat es zutreffend auf § 122
Abs. 1 Ziff. 2 StPO gestützt.
Da die Beschwerde, mit der die Straftat bestritten wird, nicht
geeignet ist, die Aufhebung des Haftbefehls zu begründen, war
sie gem. § 308 StPO als unbegründet zurückzuweisen.

gez. Galuschka Oberrichter	gez. Skorubski Oberrichter	gez. Richter Richter
-------------------------------	-------------------------------	-------------------------

Ausgefertigt:
Halle, 19. 12. 1977
Hering, Sekretär



mit Kenntnis genommen:
Karl-Heinz Werner, 01.02.78

gemäßigtes, stalinistisches Land. Im Gefängnis natürlich war von dieser Mäßigung keine Spur und als quasi Beschuldigter, dem wirtschaftliche Vergehen im Auftrage des „Klassenfeindes“ angelastet wurden, hatten brüderliche Gefühle keine Chance. Im Gegenteil. Karl-Heinz Werner wurde als Feind der DDR abgestempelt und hatte nach Karl Sippmann nur Chancen glimpflicher „wegzukommen“, wenn er sich selbst beschuldigte.

Diese Argumentation konnte Karl-Heinz Werner mit all seinen DDR-Erfahrungen nachempfinden und ging diesen Weg zumindest teilweise, wenn er auch nie ein ökonomisches Schadensgeständnis ablegte oder vorgab, ein Feind des Sozialismus zu sein.

Dies ist im nachfolgendem Dokument, das die taktische Grundlinie der Vernehmung umreißen soll, erkennbar. Dort heißt es:

Werner war ab der Erstvernehmung am 06.12.1977 bis zum 19.12.1977 in keiner Weise geständig, legte Haftbeschwerde ein und betonte, dass er in jeder Weise unschuldig sei sowie stets ein klassenbewusster leitender Wirtschaftsfunktionär gewesen zu sein.

Die Aussagen wurden bewusst in kurzer Form protokolliert. Ab 19.12.1977 gab er diese Taktik völlig auf und machte erste Aussagen über seine ideologische negative und feindliche Einstellung und Position zu wesentlichen Seiten der Wirtschaftspolitik von Partei und Regierung der DDR.

Karl-Heinz Werner vermutete²⁰, dass Karl Sippmann als „Zellenspringer“ einen „besonderen Auftrag“ hatte, denn er war auch ein Jahr zuvor Zellenspringer bei Helmut Herkner und er sah ihn auch später wieder in Bautzen II – dem Gefängnis, in dem Karl-Heinz Werner den großen Teil seiner Haft verbringen musste und dort u. a. Rudolf Bahro kennen lernte.

Karl Sippmann, der als einziger U-Häftling ein Schachspiel hatte, und Zeitschriften lesen durfte, war durchaus kein normaler Fall.

Auch wenn Karl Sippmann ein IM „im besonderen Dienst“ gewesen sein muss, so ist heute Karl-Heinz Werner über die Einhaltung seines Ratschlages nicht unglücklich – war es vielleicht die einzige Chance aus dem Gefängnis einigermaßen unbeschadet herauszukommen.

Sippmann konnte von Karl-Heinz Werner aufgrund dessen Unschuldsbewusstsein nichts Negatives in Erfahrung bringen. Im Gegenteil erwarb er, wie nachfolgendes Dokument belegt, dessen Vertrauen.

²⁰ Bisher konnten in den BStU-Akten leider keine konkreten Informationen zu Karl Sippmann gefunden werden.

Dokument 19: BStU, Ast. Halle, AU 2622/79 (EV), Band 1, Bl. 20

Termin der Vorbereitung der komplexen Beweisführungsmaßnahmen

Mitte Januar 1978

Dabei wird ein enges Zusammenwirken mit der HA IX/3, Abt. XVIII und KD Weissenfels gewährleistet.
Das Zusammenwirken mit der HA XVIII/3 hängt von deren Bereitschaft und konkretem Engagement ab.

II. Zu Werner, Karl-Heinz

1. Zielstellung der Beschuldigtenvernehmungen sowie taktische Grundlinie

Werner war ab der Erstvernehmung am 6.12.1977 bis zum 19.12.1977 in keiner Weise geständig, legte Haftbeschwerde ein und betonte, daß er in jeder Weise unschuldig sei sowie stets ein klassenbewußter leitender Wirtschaftsfunktionär gewesen zu sein.

Die Aussagen wurden bewußt in kurzer Form protokolliert. Ab 19.12.1977 gab er diese Taktik völlig auf und machte erste Aussagen über seine ideologische negative und feindliche Einstellung und Position zu wesentlichen Seiten der Wirtschaftspolitik von Partei und Regierung der DDR. Aufbauend auf dieser globalen Aussagebereitschaft des Werner sind mit ihm unter Beachtung der abgesprochenen Grundlinie der Beweisführung durch die einzusetzende Gutachterkommission Vernehmungen zu folgenden Schwerpunktkomplexen vorzubereiten und durchzuführen:

- Einfluß und Bedeutung dieser feindlichen ideologischen Grundposition, die entsprechend der Aussagen des Werner schon mit Eintritt in die VVB Schuhe im Jahre 1965 vorhanden war, auf Inhalt und Charakter der sich ab 1966 anbahnenden Kontakte zu leitenden Mitarbeitern von Unternehmen des NSV, insbesondere der Firmen Schön und Domsa.

Dokument 21: BStU, Ast. Halle, AU 2622/79, Band 12, Bl. 222

Der Nachweis der feindlichen Einstellung verlief in den Akten recht simpel. Mit diesem Prinzip hätte man bei jedem DDR-Bürger diese Einstellung nachweisen können. Irgend einen kleinen schwarzen Fleck gab es bei jedem im Verhältnis zur ideologischen Vorgabe. Es war eine Art Inquisition. Nachfolgende Fragen, die im Vernehmungsplan aufgestellt wurden, ließen dem U-Häftling Karl-Heinz Werner keine Chance der Interpretation. In den ganzen Verhören wurde nicht eine einzige Frage nach einer möglichen positiven Motivation gestellt, beispielsweise danach, ob er denn etwas Positives für die DDR erreichen wollte, bzw. was er erreicht hat und warum er überhaupt

5. Weiterhin ist zu beachten, daß sich gegenüber Werner während Untersuchungszeit eine inoffizielle Quelle dekonspiriert hat

Dokument 20: BStU, MfS, ZA, AOP 12245/79, Bl. 11

nicht in den „Westen“ wollte. Stets wurden seine Fehler vom „Mückenstadium“ ins „Elefantendasein“ gehoben. Hieran konnten die MfS-Mitarbeiter ihre Wichtigkeit ableiten – begründete es doch ursächlich das MfS seine Existenzberechtigung und Aufgeblähtheit, denn keiner in der DDR konnte bzw. durfte aufgrund der ideologischen Ausrichtung etwas dagegen haben.

Hier hatten Sie den „tatsächlichen Klassenfeind vor sich sitzen“ und dieser ist mit an der schlechten wirtschaftlichen Situation in der DDR Schuld und dieser durfte zudem noch in den „Westen“ reisen. Nicht einmal ein normaler MfS-Mitarbeiter durfte das, obwohl er sich das insgeheim wünschte!

ESTECI. 20
14

Vernehmungsplan Vernehmung zum Komplex Einstellungen

BStU
000164

Frage: Sie sagten in vorangegangenen Vernehmungen über Ihren Entwicklungsweg u.a. hinsichtlich Ihrer Oberschulzeit grundsätzlich darüber aus, daß Sie bereits zu diesem Zeitpunkt eine ablehnende Einstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR hatten. Sagen Sie jetzt darüber aus, worin diese ablehnende Einstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR im einzelnen besteht?

- grundsätzliche Darstellung der Einstellung von W zu den gesellschaftlichen Verhältnissen
- dabei insbesondere Beachten Rolle der soz. PV Fragen der Staatsmacht, DDF, führende Rolle der Partei Entwicklungstendenzen des soz. Staates
- wie fest waren diese Einstellungen entwickelt

Frage: Wie kam es unter diesen Umständen zu Ihrer Wahl als FDJ-Sekretär?

- Wahl als FDJ-Sekretär ist Ausdruck der Tarnung der negativen Einstellung
- gegenüber welchen Kräften und wie mußte er sich tarnen, welche Mittel und Methoden wandte er dabei an
- weshalb wurden unter seiner Leitung als FDJ-Sekretär keine Aktivitäten in gesell. pol. Richtung entwickelt Ausdruck der ablehnenden Einstellung?
- gab es mit ihm Auseinandersetzungen hinsichtlich seiner ablehnenden Einstellung, offenbarte er sich gegenüber best. Personen über seine Einstellung

in der weiteren Vernehmung sind folgende Probleme zu beachten:

- wie ordnet sich das illegale Verlassen der Eltern in die ablehnende Einstellung von W. ein
 - . weshalb verließ er nicht ebenfalls die DDR
 - . weshalb kehrte er von den Besuchen der Eltern in der BRD in die DDR zurück
- welchen Einfluß hat das ungesetzliche Verlassen der DDR durch die Freundin auf die Einstellung von W.
- welche Bedeutung hat die Aufnahme des Studiums an der TU für die Einstellung
 - . tarnen W. seine Einstellung im Rahmen des Aufnahmeverfahrens
- wie wurde die Einstellung von W. von welchen Personen zu dieser Zeit eingeschätzt
 - . sind diese Einschätzungen Ausdruck der Tarnung der Einstellung von W.

5.4. 280 Verhöre und „x“ Zeugenvernehmungen

In den 30 Gerichtsbinden zu dem Ermittlungsverfahren „Werner“ sind 8.000 Seiten überwiegend mit Verhören und zahlreichen Zeugenvernehmungen enthalten. Karl-Heinz Werner musste in 280 Verhören detailliert zu allen Belangen seiner Arbeit und seiner Person bis zur Selbstanschuldigung Auskunft geben.

Das MfS hatte großes Interesse daran, den Fall ausführlich aufzurollen, vermutete man doch zusätzlich Verbindungen zum BND. Feindliche Aktivitäten wurden in jeden zweifelhaften Fakt hineininterpretiert. Jeder weiß, dass jedes wirtschaftliche Handeln durch Menschen geschieht, diese Menschen natürlicherweise auch Fehler machen. Das MfS hatte einen geschärften Sinn für die Fehler der Menschen, auch für die kleineren und besonders für die „menschlichen“. Dieser Spürsinn rechtfertigte gerade die eigene Existenz. Gewiss wurden auch Fehler aufgedeckt, die unbedingt einer Korrektur bedurften (auch aus wirtschaftlicher Sicht). Aber das MfS hatte eben großes Interesse, die Rückkopplung zur Ausgangslage zu unterdrücken, denn daraus erwuchs neues Konfliktpotential für die Aufklärung und das Spiel mit dem selbstinszenierten Feindbild. Das war nach heutigem Jargon „arbeitsplatzfördernd“. Hätte beispielsweise Karl-Heinz Werner durch eine entsprechende Öffentlichkeitswirkung über die Ursachen der Verhaftung von Helmut Herkner und Ferdinand Spira erfahren, würde er sich, und auch viele andere, ver-

ständlicherweise anders d. h. im Sinne des Dienstes nach Vorschrift, verhalten haben. Ob jedoch damit eine Flexibilität bei Importen möglich gewesen wäre und ein Aufschwung der Schuhindustrie, ist zu bezweifeln. Wirtschaftliche Erfolge sind wohl immer im Grenzbereich der Gesetze angesiedelt. Das war damals so und diese eigentümliche Erfahrung dürfte heute auch noch gelten.

Da die Angeklagten voll in der Macht der „Sicherheitsorgane“ standen, waren diese im Prinzip wider alle Vernunft zum Spielball der einseitigen Argumentationen geworden. Der augenscheinlich angerichtete Schaden wurde auch nicht gegen den eingetretenen Gewinn gerechnet, sondern der Schaden blieb „Todsünde“ und war durch nichts zu rechtfertigen.

Wer als Zeuge auftrat hatte mit den MfS-Methoden und den damit verbundenen Ängsten ausschließlich den Blick auf die Schattenseiten technischer Prozesse zu richten.

Als Beispiel soll hier ein Auszug aus dem Protokoll der Vernehmung des Zeugen H. A. aus der Schuhfabrik „Banner des Friedens“ stehen. Nach seinen Angaben richtete das MfS keinen Druck auf seine Aussage, fragte jedoch nach allen nur möglichen Details von Reparaturen, Störungen und Schwierigkeiten. Nach seiner Erinnerung mussten zwangsläufig diese Störungen auftreten, war doch der Einsatzzweck der beschriebenen Maschinen nicht identisch mit dem tatsächlichen Zweck ihrer konstruierten Funktion. Ohne Zweifel ein möglicher Fehler des Einkäufers. Aber – hätte man diese Maschine(n) nicht eingekauft, gäbe es wohl keine für diesen Anwendungszweck im „Banner“. Insgesamt sagt H. A. heute, liefen später die Maschinen ohne größere Probleme. Das MfS hat auch hier aus der Mücke einen Elefanten gemacht.

Glücklicherweise waren die ostdeutschen Fachleute Künstler im Improvisieren. H. A. gehörte dazu. Seine (und auch andere) „goldenen Hände“ standen in Bewunderung der westdeutschen Experten. Verständlicherweise gab es hier einen Lernprozess westlicherseits, den allerdings das MfS in eine Ecke steckte, die niemandem etwas nützte. Hätte das MfS sich diesbezüglich um eine offene Zusammenarbeit bemüht, wäre das im Sinne eines wirtschaftlichen Zusammenwachsens beider Seiten sehr förderlich gewesen. Das stand aber zu dieser Zeit noch längst nicht auf der Tagesordnung, bestenfalls in den Köpfen und mitunter im Handeln der Fachleute. Bei weitem aber nicht in den Köpfen der Mitarbeiter des MfS – rekrutierten sie doch ihren „Broterwerb“ aus der getrennten Situation und waren folglich daran interessiert, die Trennung zu maximieren und gegenläufige Tendenzen zu kriminalisieren.

Der beschriebene Stanzautomat Typ 2072 D/HF wurde im Jahr 1968 importiert, damals hatte Karl-Heinz Werner noch keinen Einfluss auf Maschinenimporte in der Schuhindustrie.

46

Abschrift BSTU
000653 Weissenfels, den 25.1. 1979
Beginn der Vernehmung 9.00 Uhr
Ende der Vernehmung 13.00 Uhr
Expl. _____

Vernehmungsprotokoll
des Zeugen

Familienname _____ Vorname _____
geboren am _____ in _____
Beruf _____ **KLEINERS-Techniker**
Arbeitsstelle VEB Schuhkombinat "Banner des Friedens" Weissenfels
Wohnanschrift _____
Staatsangehörigkeit DDR
ausgewiesen durch PA Nr. _____

Der Zeuge wurde entsprechend §§ 25 ff. der Strafprozeßordnung über seine Aussagepflicht, sein Aussageverweigerungsrecht sowie über die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Aussage belehrt und zur Wahrheit ermahnt.

502. _____
Unterschrift des Zeugen

Sie werden hiermit durch das Untersuchungsorgan in Kenntnis gesetzt, daß Sie im Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Direktor Forschung und Technik der VVB Schuhe Weissenfels, Karl-Heinz Werner wegen Straftaten gegen die Volkswirtschaft der DDR als Zeuge vernommen werden.

502. _____

Dokument 23: BSTU, Ast. Halle, AU 2622/79 (EV), Band 3, Bl. 53–55

Frage: Ist Ihnen der ehemalige Direktor für Forschung und Technik in der VVB Schuhe Weißenfels, Karl-Heinz Werner, persönlich bekannt?

Antwort: Der ehemalige Direktor für Forschung und Technik in der VVB Schuhe Weißenfels, Karl-Heinz Werner ist mir nicht persönlich bekannt. Ich weiß lediglich, daß Werner in dieser Funktion in der VVB Schuhe tätig war. Ich hatte zu Werner weder dienstlich noch privat Kontakte und es bestehen auch keinerlei verwandtschaftliche Beziehungen zu ihm.

Frage: Seit wann sind Sie als EMSR-Techniker im VEB Schuhkombinat "Banner d. Friedens" Weißenfels tätig?

Antwort: Ich bin bereits seit 1963 im VEB "Banner d. Friedens" (BdP) tätig. Anfangs arbeitete ich als Dreher und später absolvierte ich einen Meisterlehrgang.

Im Freizeitbereich beschäftigte ich mich mit der Problematik der Elektrotechnik/Elektronik. Etwa im Jahre 1970 oder 1971 wurde es notwendig, im "BdP" einen EMSR-Techniker einzusetzen und da der damalige Direktor für Technik des BdP meine Freizeitbeschäftigung bekannt war, wurde ich nach entsprechenden Aussprachen und Prüfung meiner Eignung als EMSR-Techniker eingesetzt. Die Notwendigkeit, einen EMSR-Techniker einzusetzen, ergab sich aus dem Einsatz eines Stanzautomaten mit HP-Schweißeinrichtung vom Typ 2072 D/HP in der Produktion der BdP, der im Jahre 1970 von der BRD-Firma Schön und Cie, Pirmasens, importiert wurde. Weder die im Betrieb vorhandenen Schlosser noch die Elektriker waren damals in der Lage, Reparaturen an dem Stanzautomaten durchzuführen bzw. die wiederholt auftretenden Störungen zu beseitigen. Auf Grund meiner Kenntnisse auf maschinentechnischen und elektronischen Gebiet war ich in der Lage, meine neue Tätigkeit wahrzunehmen. In der Folgezeit wurden dann im BdP weitere Stanzmaschinen und andere Schuhmaschinen zum Einsatz gebracht, die fast ausnahmslos mit elektronischer Steuerung versehen sind.

gez. [Redacted]

Frage: Welche Störungen traten an der von Ihnen genannten Stanzmaschine 2072 D/HP auf?

Antwort: Bereits mit Beginn des Einsatzes der Stanzmaschine 2072 D/HP traten wiederholt Störungen an der Hydraulikanlage und an der HP-Ausrüstung auf. Es waren Havarien am Magnethauptschieber zu verzeichnen, weiterhin gab es Funktionsstörungen in Folge von Durchschlägen im HP-Teil, durchgebrannten Anpassklappen und Fehlern im elektromechanischen Teil der Maschine. Es fielen Relais und Schütze aus. Aus den umfangreichen Ausfällen und Störungen ergab sich die Notwendigkeit, diese Maschine an die Herstellerfirma zurückzuführen. Nach meiner Kenntnis wurde diese Maschine nur zur Erprobung im BdP und nach ihrer Rückführung kam im Jahre 1971 ein weiterentwickelter Stanzautomat mit HP-Schweißeinrichtung vom Typ 2074 D/HP der Fa. Schön in unseren Betrieb zum Einsatz. Die Zusammenhänge der Erprobung des 2072 D/HP und dessen Rückführung wie auch der Kauf der nächsten Maschine sind mir im einzelnen nicht bekannt. Auch an der Stanzmaschine 2074 D/HP traten von Beginn des Einsatzes an umfangreiche Störungen und Mängel auf.

Frage: Welche Mängel und Störungen traten an der Stanzmaschine des Typs 2074 D/HP auf und worin lagen die Ursachen für die Störungen?

Antwort: Auch bei dieser Maschine traten Störungen am HP-Teil und am Hydraulikteil der Maschine auf, die zu Produktionsverlusten führten.

Im wesentlichen traten folgende Störungen an der 2074 D/HP auf:

- Ausfall der Zeitelektronik
- Bruch von Stützisolatoren
- Wegbrennen von Siebkondensatoren
- Ausfall des HP-Generators
- Durchschläge beim Schweißvorgang
- Durchbrennen der Wicklungen von 3 Lüftermotoren des HP-Generators
- Ausfälle des Magnethauptschiebers.

gez. [Redacted]

5.5. Anklage zu „DESMA-Importen“ – Hauptziel des MfS

Wie unter Punkt 3.3. beschrieben erlebte die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED in den 70er Jahren einen spürbaren Aufschwung, allerdings wurden private Unternehmungen zerschlagen und in Volkseigene Betriebe überführt. Diese gravierende Fehlentscheidung bekam das Volk in besonderem Maße zu spüren. Wer sich bei dem Prozess des Eigentumsentzugs wehrte, bekam Schlimmes zu spüren. Die Sozialpolitik wurde über die Wirtschaftspolitik gestellt. Die Wirtschaftspolitik wurde unter Günter Mittag und Erich Honecker immer mehr zur Kommandowirtschaft umfunktioniert. In den Kommunen hatten die SED-Kreisleitungen, in denen alle volkswirtschaftlichen und kommunalen Ressorts vertreten waren, den Führungsanspruch an sich gezogen. Wer sich gegen Anweisungen von dieser Stelle wehrte (selbst wenn er eine klügere Entscheidung parat hatte), bekam erhebliche politische Probleme. Dennoch ging es wirtschaftlich nicht voran und ohne Kredite aus dem NSW wäre das Land nicht lebensfähig gewesen, jedenfalls nicht auf dem beschlossenen Niveau.

Ein großer Teil aller Leitungskader der SED-Zentrale besaß für seine Funktion eine ungenügende fachliche Ausbildung und das Volk schämte sich, wenn einer dieser Vasallen (von einigen wohltuenden Ausnahmen abgesehen) eine öffentliche Rede hielt oder einen Kommentar zu fachlichen Fragen abgab. Oft genug wurde gebetsmühlenartig Parolen und Wortverbindungen benutzt, die alles andere als bekömmlich waren und in vielen Witzen ihren Niederschlag fanden.

Um den Führungsanspruch zu sichern, nutzte die SED-Führung die Mittel der Verunsicherung und Angst. Gemachte Fehler wurden generell dem Klassenfeind unterstellt. Auf diese Weise blieb die „Weste“ formell rein und legitimierte den Führungsanspruch auch weiterhin.

Das MfS hatte von der SED die Aufgabe bekommen, diesen Prozess zu unterstützen und zu sichern. Jeder in Frage kommende Mensch (vor allem in Schlüsselpositionen) wurde freiwillig oder erpresserisch diesem Ziel untergeordnet, z. B. als IM.

Dieser Zusammenhang erklärt im Besonderen das gezielte Vorgehen bei der DESMA-Anklage, der stellvertretend für zahlreiche ähnliche Prozesse von der Insel Rügen bis zum Thüringer Wald stand.

Noch im September 1978 wurde das Verfahren gegen Karl-Heinz Werner auf § 104 Sabotage erweitert, doch bereits im Dezember 1978 fiel das gesamte Lügengebäude in sich zusammen.

Nachfolgendes Dokument belegt die ursprüngliche These des MfS über die ungerechtfertigte Verausgabung von 22 Millionen Valutamark – ein Indiz dafür, welche Gewalt hinter dieser Anschuldigung steckte.

Information 38

zur Inhaftierung der Personen

H....., Dietrich
geb. am
Beruf: Schuhfacharbeiter / Ingenieur
tätig als *Leiter des Technischen Büros Rationalisierung / VRS Schuh*
wohnhaft: *W. Beuth*
SED seit 1956

H....., Karl-Heinz
geb. am
Beruf: Diplomingenieur
tätig als *Leiter für Forschung u. Technik d. VRS Schuhe*
wohnhaft: *W. Beuth*
SED seit 1968

S....., Karl
geb. am
Beruf: Außenhandelsökonom
tätig als *Tourist/Kaufmann FUB Unif. Potsdam*
wohnhaft: *10118 Berlin*
SED seit 1958

am 6. Dezember 1977.

Zu den genannten Personen liegen umfangreiche Beweismittel vor, die den dringenden Tatverdacht von Verbrechen gegen die Volkswirtschaft im schweren Fall gemäß § 165 Abs. 1 und 2 StGB in objektiver und subjektiver Hinsicht erfüllen.

Dokument 24: BSTU, Ast. Halle, AU 2622/79, Band 1, Bl. 38–41 (alte MfS-Zählung)

In der weiteren Bearbeitung des Ermittlungsverfahrens ist vorgesehen, im entsprechenden Bearbeitungsstadium eine Erweiterung wegen des dringenden Tatverdachts von Straftaten gemäß § 104 StGB vorzunehmen.

Durch die Auslagen des Beschuldigten HERKNER, durch Sachverständigenüberprüfungen und -inschätzungen, durch Zeugenaussagen aus der DDR, der UdSSR und der CSSR, die im Rahmen von Rechtshilfeersuchen realisiert wurden, sowie durch eine Vielzahl von Sachbeweisen wurde nachgewiesen, daß diese Personen seit mindestens 1966 bis in die jüngste Zeit wirtschaftsschädigende Handlungen durchführten. Dabei handelten sie sowohl als unmittelbare Mittäter des Beschuldigten, als auch darüber hinausgehend in Abstimmung und im Zusammenwirken mit leitenden Kräften der BRD-Unternehmen DESMA und Schön & Cie.

Ihre Angriffe richteten sich gegen Bereiche und Objekte der Volkswirtschaft der DDR sowie gegen die Zusammenarbeit im Rahmen des RGW im Bereich der Schuhindustrie und des Schuhmaschinenbaues.

Die dadurch eingetretenen volkswirtschaftlichen Schäden und schädigenden Auswirkungen bestehen in der ungerechtfertigten Vorausgabung von mindestens 22 Millionen Valutamark, in der Herbeiführung von umfangreichen Störungen und Ausfällen im Produktionsprozeß durch Lieferung funktionsuntüchtiger Anlagen von den BRD-Unternehmen sowie darin, daß durch die genannten Personen in Abstimmung mit ihren Verbindungspersonen aus den Firmen DESMA und Schön Voraussetzungen und Möglichkeiten geschaffen wurden, diese kostenlos in den Besitz eines umfangreichen wissenschaftlich-technischen know-how der Schuhindustrie der DDR zu bringen, das im Rahmen der Erprobung und Herstellung der Funktionsfähigkeit solcher Anlagen erarbeitet worden ist.

Die festgestellten Handlungen stellen wesentliche Bestandteile der in den Ermittlungsverfahren gegen SPIRA und HERKNER nachgewiesenen DDR-feindlichen Zielstellungen der Leitungskräfte in den BRD-Firmen DESMA und Schön dar,

- die eigenständige und in Zusammenarbeit mit dem Maschinenbau geplante und durchzuführende Entwicklung und Fertigung von Anlagen und Ausrüstungen für die Schuhindustrie zu verhindern und zu desorganisieren,
- die Volkswirtschaft der DDR als Experimentierfeld durch die Anlieferung von pichterproben und technisch unausgereiften, funktionsuntüchtigen Anlagen und Maschinen zu mißbrauchen,
- unter Mißbrauch der Handelsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten die DDR-Schuhindustrie von den genannten BRD-Wirtschaftsunternehmen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen und dieses zur Auslösung von Produktionsstörungen auszunutzen,
- die Geltendmachung von gerechtfertigten Schadenersatzansprüchen und Regrexforderungen der DDR gegenüber diesen Unternehmen zu verhindern und
- eine umfangreiche Erkundung von Staats- und Wirtschaftsgeheimnissen, einschließlich des wissenschaftlich-technischen Potentials der DDR und der anderen sozialistischen Staaten, durchzuführen und zielgerichtet Wirtschafts- und technische Kader zum Zwecke der Kontaktierung, Abschöpfung und Einbeziehung in die Störmaßnahmen vorzunehmen.

Im Interesse einer exakten und gründlichen Aufklärung der gegen die Volkswirtschaft der DDR gerichteten

- 4 -

Handlungen, zur Verhinderung weiterer schädigender Auswirkungen und zur Beseitigung begünstigender Faktoren macht sich die Inhaftierung der genannten Personen unbedingt erforderlich.

Schwengner
Oberstleutnant

Die Unhaltbarkeit der Anschuldigungen bezüglich der DESMA-Importe kommt in einem Bericht der Berliner Hauptabteilung IX zum Ausdruck. Während der U-Haft fanden selbst „erfahrene Mitarbeiter“ des MfS keine Ansatzpunkte, um die Beschuldigungen diesbezüglich zu beweisen. Gründe dafür waren, dass die PUR-Anlagen der Tschechoslowaken zwar relativ ausgereift waren, aber eine Herstellung entsprechender Maschinen mit der nötigen Präzision nicht möglich war und die beschriebenen Störanfälligkeiten der bereits importierten Maschinen aus Achim bei Bremen tatsächlich unter der Rubrik „Anpassungsschwierigkeiten“ einzuordnen waren.

Anmerkung: Karl-Heinz Werner wurde letztendlich nicht wegen Bestechung lt. § 247 StGB angeklagt bzw. verurteilt.

Hauptabteilung IX/3
Berlin, den 18. 4. 1979
5 Expl. Ausf./Bd
25/79

BSIU
000128

B e r i c h t

Ober den Abschluß der durch die Abteilung IX der Bezirksverwaltung Halle bearbeiteten Ermittlungsverfahren gegen die ehemaligen Leitungskader in der VVB Schuhe Weißenfels, [REDACTED] und Karl-Heinz WERNER

Unter unmittelbarer Mitwirkung erfahrener Mitarbeiter der Hauptabteilung IX wurden die am 06. 12. 1977 auf der Grundlage operativen Vorgangsmaterials der Hauptabteilung XVIII/3, der Abteilung XVIII der Bezirksverwaltung Halle und der Kreisdienststelle Weißenfels eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen

Ingenieur
[REDACTED]
geb. am: [REDACTED]
zuletzt: [REDACTED] der
VVB Schuhe

und
Diplom-Ingenieur
WERNER, Karl-Heinz
geb. am: 27. 09. 1939
zuletzt: Direktor für Forschung und
Technik der VVB Schuhe

wegen Wirtschaftsverbrechen im schweren Fall (§ 165 StGB - Vertrauensmißbrauch) und Bestechung (§ 247 StGB) am 15. 03. 1979 abgeschlossen und dem Bezirksstaatsanwalt zur Anklageerhebung übergeben.

Zur allseitigen Prüfung und Aufklärung der operativ festgestellten Verdachtsgründe eines auf die Störung volkswirtschaftlicher Prozesse gerichteten Zusammenwirkens der Beschuldigten

Dokument 25: BStU, Ast. Halle, AU 2622/79, Band 14, Bl. 128, 136-139

Im Ergebnis der Untersuchung wurde zweifelsfrei festgestellt, daß die Firma DESMA auf dem Gebiet der Plastepritzmaschinen für die Schuhindustrie ab Anfang der 70er Jahre eine internationale Spitzenstellung nur durch die aufwendigen, ausschließlich in und zu Lasten der Volkswirtschaft der DDR erfolgten Maschinenerprobungen und -weiterentwicklungen gelangte. Hierbei besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zum störungsfreien Lauf der unter der Verantwortung des [REDACTED] in Schuhzentrum "Floare" in der Moldauischen Sozialistischen Sowjet-Republik 1975 eingesetzten DESMA-PVC-Spritzautomaten, da es sich bei diesem Maschinentyp um den in den Jahren 1963 bis 1965 in VEB Lunat Luckenwalde mit erheblichen finanziellen, materiellen und personellen Aufwendungen zur Funktionstüchtigkeit gebrachten handelt.

Nach dem Ausscheiden des [REDACTED] aus der VVB Schuhe setzte der Beschuldigte WERNER nach Übernahme der Funktion des Direktors für Forschung und Technik in der VVB ab dem Jahre 1970 die enge Zusammenarbeit mit dem [REDACTED] [REDACTED] schwerpunktmäßig auf dem Gebiet der Verarbeitung von Polyurethan (PUR) in der Schuhindustrie fort. Grundlage hierfür bildeten die von [REDACTED] dem Beschuldigten während der Leipziger Frühjahr- und Herbstmesse 1970 und während dessen Aufenthaltes bei der Firma DESMA im Jahre 1972 unterbreiteten Angebote, Maschinen zu Rezepturenentwicklungen und zur Verarbeitung von dem in VEB Synthesewerk Schwarzheide produzierten PUR für die Herstellung von Schuhwerk mit direktangelegenen Sohlen und von den international aufkommenden PUR-Sohlen zu liefern. WERNER sah hierin eine weitere Möglichkeit, den von ihm angestrebten Ausbau ökonomischer Beziehungen zu BRD-Wirtschaftsunternehmen voranzutreiben, weshalb er unter Einschaltung des Forschungsinstituts für Schuhtechnologie in Weissenfels und in Zusammenarbeit

mit den damaligen [REDACTED], den Zeugen [REDACTED], die materialseitigen Einsatzmöglichkeiten der DESMA-Technik auf der Basis des DDR-eigenen Rohstoffaufkommens schuf und danach ab 1971 die Maschinenimporte für die Produktionsbetriebe auslöste.

Die in einzelnen aufgeklärten Handlungen des WERNER, die von ihm gemollt auf eine Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Firma DESMA gerichtet waren, können jedoch auf Grund der seinerzeit objektiv vorliegenden Bedingungen strafrechtlich nicht erfaßt werden.

Diese detailliert geprüften Umstände bestanden in wesentlichen in folgendes:

- Zentrale staatliche Maßnahmen geboten im Jahre 1970, schnellstmöglich Verarbeitungsmöglichkeiten des in Schwarzheide produzierten PUR zu schaffen. Zum damaligen Zeitpunkt war es alleinig international die Firma DESMA, die einen PUR-Verarbeitungsmaschinentyp für die Schuherstellung anbot und anlässlich der Leipziger Frühjahrmesse 1970 zu Testversuchen auf dem Messestand zur Verfügung stellte.
- Während 1971 und 1972 die Verarbeitbarkeit von DDR-eigenen PUR-Rohstoffen auf den Maschinen der Firma DESMA erreicht wurde, schlugen die Versuche auf einer seit 1970 in VEB Plastechnik Greiz entwickelten Maschine ohne Eingriffe des Beschuldigten fehl.
- Die DDR verfügte im Jahre 1972 über eine in VEB SVIT Gottwaldov entwickelte und gefertigte PUR-Verarbeitungsanlage für Formsohlen auf der Basis von Rohstoffen des Bayer-Konzerns/BRD, war jedoch auf Grund nicht ausreichender Maschinenbau-Kapazitäten lieferunfähig, so daß die von [REDACTED] gegenüber dem Beschuldigten ausgesprochene Gefahr des

BSIU 113
000135

Verlustes der Lieferaufträge für die DDR-Schuhindustrie infolge der Maschinenentwicklung in der CSSR nicht eintrat und WERNER zu keinen zielgerichteten Handlungen, bezogen auf die CSSR, veranlaßt wurde.

- Die von der Firma DESMA an die DDR gelieferten PUR-Anlagen liefen im wesentlichen störungsfrei und es traten keine volkswirtschaftlichen Verluste ein.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die VVB Schuhe im Rahmen der Kombinatebildung im Industriezweig aufgelöst wurde und die in der Untersuchung angefallenen Personen keine Leitungsfunktionen einnehmen, ist vorgesehen, die gerichtlichen Hauptverhandlungen gegen [REDACTED] und WERNER wegen ihrer Straftaten in Verbindung mit der Firma Schön und Cie unter Teilnahme für die Schuhindustrie verantwortlicher Funktionäre des Ministeriums für Leichtindustrie und der betroffenen Kombinate durchzuführen. Damit wird das Ziel verfolgt, den bereits mit dem Gerichtsverfahren gegen [REDACTED] im Jahre [REDACTED] eingeleiteten Auswertungsprozeß zur vollen Durchsetzung des sozialistischen Rechts, der Staats- und Plandisziplin, der staatlichen Moralen und Grundsätze zur Unterbindung privater, prinzipienloser und unkontrollierter Kontakte zu Vertretern kapitalistischer Wirtschaftsunternehmen und der konsequenten Nutzung der in der Zusammenarbeit der RDR-Staaten bestehenden Voraussetzungen und Möglichkeiten zum weiteren Abbau der Abhängigkeitsverhältnisse der Produktionsbetriebe von BRD-Unternehmen fortzuführen.

Weiterhin wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der gerichtlichen Hauptverhandlung gegen den ehemaligen [REDACTED] - [REDACTED] in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Außenhandel und der Geschäftsleitung des AWU Unitechna Berlin geprüft, welche handelspolitischen Maßnahmen gegen die Firma

Schön und Cie trotz dortiger zwischenzeitlich getroffener Personalveränderungen im Firmen-Vorstand zum Erreichen von Schadenersatzleistungen durchgeführt werden können.

KOPIE BSIU
Fickert
Major

Vorteiler

1. Genosse [REDACTED]
2. Genosse Generalmajor Mittig
3. Leiter der MA XVIII
4. Leiter der MA IX
5. Leiter der SV Halle

Vorstehender Bericht belegt den Rückzug des MfS von den ursprünglichen Anschuldigungen. Von den 22 Mio. Valuta-Schaden blieben 1,1 Mio. übrig und das auch nur auf der Basis fingierter Schadensbetrachtungen von Maschinen der Firma Schön/Pirmasens. Aber man hatte einen „Schwarzen Peter“ und ein Zielobjekt für einen Schauprozess.

5.6. Das Gutachten

Bevor es zur Anklage kam ließen die Staatsanwaltschaft bzw. das MfS ein Gutachten zu den Importen der Hochfrequenztechnik (HF), der Brückenstanzen und des Kartonagenautomaten anfertigen. Nun fehlte der ganze Anklagepunkt der Firma DESMA.

Die Gutachter konnten in diesem Werk recht plausibel darlegen, dass diese Maschinen nicht hätten importiert werden müssen, allerdings ist die Frage zu stellen, ob hier nicht eine idealisierte Betrachtung angestellt wurde, die die Realitäten der Produktionsprozesse nicht einbezog. Nachfolgend einige Auszüge aus dem Gutachten, anschließend die handschriftliche Äußerung von Herrn Werner, die am Beispiel des Kartonagenheft- und Klebeautomaten verglichen werden sollen.

Die Gutachter waren während der gesamten Ermittlungszeit vom MfS einbezogen. Alle Gutachter waren IMs. Sie verfassten Berge von Papier mit verbalen Anschuldigungen. Nicht eine konkrete ökonomische Schadensberechnung konnten sie im Gerichtsverfahren vorlegen. Es blieb lediglich die Behauptung des Gerichts, dass ein *besonders schwerer wirtschaftlicher Schaden* verursacht worden sei.

000143

Halle, den 25. Jan. 1979

139

Gutachten

Über die von Diplomingenieur WERNER, Karl-Heinz in seiner Funktion als Direktor für Forschung und Technik der VVB Schuhe Weissenfels, im Zeitraum von Ende 1971 bis Mitte 1976 bei der Planung, Vorbereitung und Realisierung von Importen an Maschinen und Ausrüstungen von dem Wirtschaftsunternehmen der BRD

Schön & Cie. GmbH
Maschinenfabrik Pirmasens

für volkseigene Betriebe des Industriezweiges Schuhe begangenen Pflichtverletzungen und deren volkswirtschaftlich schädliche Folgen.

Das Gutachten wurde erarbeitet durch:

.....
BELITE, Lutz
Leiter der Abteilung Absatz

Dipl.-Ing. oec.
VEB Leuna-Werke
"Walter Ulbricht"

.....
WEBER, Detlef
Abteilungsleiter Technik

Diplomingenieur
VEB Chemiekombinat
Bitterfeld, DB Beschaffung und Absatz

.....
Dr. DÖRING, Erhard
Abteilungsleiter Anwendungs-
technik

Diplom-Chemiker
Forschungsinstitut für
Leder und Kunstleder-
technologie Freiberg/
Sachsen

KOPIE BSTU

000144 140 2

plm
JOHNS, Hartmuth
Abteilungsleiter

Dipl.-Ing. oec.
VEB Leuna-Werke "Walter
Ulbricht"
BD Caprolactam

.....
Gruppenleiter

Planungsingenieur
VEB Leuna-Werke "Walter
Ulbricht"
Bereich Kombinatentwicklung

KOPIE

Dokument 26: BStU, Ast. Halle, AU 2622/79 (EV), Band 4, Bl. 143, 144, 152, 175, 176, 252

Es folgen Inhaltsverzeichnis, Tätigkeitsbeschreibung, Berufsbiografisches und allgemeine Aussagen. Auf Seite 4 des Gutachtens wird es konkreter:

- 4 - 148

Forschungslinien verstanden hat, Schubbetriebe und Forschungsinstitut zu koordinieren und anzuleiten.

Aus einer Niederschrift über ein Kadergespräch des Generaldirektors der VVB Schuhe mit DI Werner vom 6. 1. 1970 (Anlage 1.16) geht hervor, daß er als Direktor für Wirtschaftsorganisation und Strukturpolitik eingesetzt werden sollte (Anlage 1.16). DI Werner äußerte gegen einen solchen Einsatz Bedenken, daß er sich in der Leitungstätigkeit für zu unerfahren hielt und die Ausübung der Funktion eines Direktors mit seinen persönlichen Plänen zur Aufnahme einer Promotion als nicht vereinbar ansah. Trotzdem wurde im Ergebnis des Kadergesprächs übereinstimmend vereinbart, daß DI Werner mit Wirkung vom 15. 1. 1970 als Direktor für Wirtschaftsorganisation und Strukturpolitik eingesetzt wird. Diese Vereinbarung trat mit dem Nachtrag zum Arbeitsvertrag vom 15. 1. 1970 in Kraft. (Anlage 1.17)

Im Zusammenhang mit Strukturänderungen innerhalb der VVB Schuhe wurde der DI Werner unterstehende Direktionsbereich - Wirtschaftsorganisation und Strukturpolitik - am 1. 7. 1971 in Direktionsbereich Forschung und Technik umbenannt. (Anlage 1.18)

Aus dem Schreiben des Generaldirektors der VVB Schuhe vom 1. 6. 1971 (Anlage 1.19) geht hervor, daß DI Werner ab diesem Zeitpunkt Mitglied der Gutachtergruppe auf dem Importgebiet der VVB Schuhe war, deren Aufgabe in der Sicherung des effektivsten Einsatzes von Valutamitteln bestand.

Seite 27 des Gutachtens, unten heißt es.

Zusammenfassend wird festgestellt, daß DI Werner als Direktor für Strukturpolitik bzw. für Forschung und Technik und Mitglied des zentralen Importgutachterausschusses folgende wesentliche Aufgaben und Pflichten hatte:

- Gewährleistung einer technischen Politik zur optimalen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Erreichung der Planziele im Bereich der VVB.

- 28 -

000176 172

- Bereitstellung von Ausrüstungen für die Schuhindustrie durch optimale Gestaltung des Produktionsprofils des eigenen Schuhmaschinenbaus und Gestaltung effektiver Importbeziehungen.
- Die Importbeziehungen sind so zu gestalten, daß durch langfristige Verträge mit dem SW Importe aus dem NSW abgelöst werden können.
- Entwicklung langfristiger Kooperations- und Spezialisierungsvereinbarungen mit dem SW im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit.
- Stellen von Entwicklungsforderungen an den eigenen Schuhmaschinenbau und an andere Industriezweige auf der Grundlage vorliegender Bedarfsforderungen und Trendeinschätzungen.
- Strikte Durchsetzung der gesetzlichen Anforderungen an die Vorbereitung und Durchführung von Importen aus dem NSW, insbesondere durch exakte Prüfung der Eigenfertigungsmöglichkeiten, des Bezugs aus dem SW und der Gewährleistung des ökonomisch-optimalsten Einsatzes von Importmitteln.

5.4 Eingetretene volkswirtschaftliche Schäden durch den Import eines Kartonenautomaten von der Fa. Schön/BRD

Im Abschnitt 4 des Gutachtens wurde im Ergebnis der Untersuchungen festgestellt, daß der Import der Kartonenfalt- u. Klebmaschine nicht gerechtfertigt war.

Es wurden Importmittel in Höhe von
111 000,-,- DM - VE

ungerechtfertigt verausgabt. (Anl. 4.9)

Durch den Import des Kartonenautomaten entstanden ferner Schäden durch

- zusätzlichen Aufwand durch überhöhten Ausschuß und
- zusätzliche Leistungen zum Ausgleich für nicht erreichte Produktion.

Die zusätzlichen Kosten sind in der "Ermittlung der beim Karton-Falt- und Klebeautomaten 4002 während des Erprobungszeitraumes aufgetretenen negativen ökonomischen Auswirkungen" vom 28. 10. 1977 mit

8439 M ausgewiesen (Anl. 5.17)

Karl-Heinz Werner argumentierte diesbezüglich dagegen:

Argumentation zur Schadenproblematik "Kartonenautomat" der Fa. Schön, geliefert an den VEB Rotestern Burg

Das Kartonenautomat wurde mit Übergabe/Übernahme 28/11/76 am 01.09.1976 (Anlage 4.10) durch den VEB Rotestern Burg übernommen (Notwendigkeit laut Ratifizierungspunkt im VEB 2-Stern).

Im Zeitraum bis zum 05.08.76 wurde das Automaten im o.g. Betrieb erprobt unter Einsatz 202-altes Kartonenpapier und Klebstoffe. Es entstanden erhebliche Probleme mit dem Automaten u. dem automatisierten Kartonieren.

Vom 09.08. bis 02.08.76 wurde im VEB Rotestern Burg ein 726 Test gefahren um dessen Ergebnis protokollarisch (4.25) neben Fortfahren zur Verarbeitung von Stapelkarton und zur Erhaltung des Standes der Vorarbeiten fortgehalten wurde: „Die von dem 726 Test festgestellten zu erwartenden Parameter wurden erfüllt.“

Erreicht wurde eine Leistung von 4706 Kartons pro Schicht und einer Ausbeutequote von 1,1% während des 726 Testes.

Im Zeitraum vom 16.08. bis 15.09.76 arbeitete das Kartonenautomat mit einer Schichtleistung von 4693 Kartons u. einer Ausbeutequote von 0,98%.

Im Abschlußbericht über die Erprobung des Kartonen-Falt- u. Klebeautomaten 4002 von der Fa. Schön vom September 1976, angefertigt von Ergibt. Ing. Pöschmann, VEB 2-Stern Burg (Anlage 4.15) wird unter den Bedingungen: Leistung 4500 Kartons pro Schicht
Ausbeutequote < 1%
mit einer Schichtleistung Einsatz 2

im protokollarischen Bericht vorgezeichnet und gegenüber der Alternativlösung des Einsatzes neuer NSW-Klassen festzumachen dem Einsatz 2 des Automaten der Vorrang gegeben! (Anlage 4.15)

Vom 15.09. bis 16.12.76 arbeitete das Automaten mit einer Leistung von 5706 Kartons pro Schicht und einer Ausbeutequote von 0,28% (Anlage 5.17), d.h. mit einer auf 10% gesteigerten Leistung mit einer um 72% niedrigeren Ausbeutequote.

es das mit einer positiven Bewertung erzielten ökonomischen

Dokument 27: BStU, Ast. Halle, AU 2622/79, Teil III, Bl. 21, 21R, 22, 24R (alte MfS-Zählung)

21 Rücke.

-2-

6. Zeit Aussagen des Zeugen Dohrmann und Thiel abgeleitet
des Kostengerätes mit einer Stückleistung von
6000 Kostons pro Ph mit einer Auslastungsquote von kleiner
als 0,5%. Das Automat befindet sich im zweischichtigen
Einsatz und ist m.E. in der Lage den gesamten Kostengerät
bedarf des VEB Rotes Stern bis auf Randsortimente wie z.B.
Stiftkosten voll abzudecken (siehe Zeugenaussage Thiel).

Chadenspotenziale

1. Einen entwärtigen Schaden in Höhe und Pfennig anzurechnen
gelang den Herren Gutachter trotz Bemühungen nicht. Das
ist m.E. auch ganz logisch da eine negative Einwirkung auf
Planerfüllung im VEB Rotes Stern Berg nicht gegeben war
ist. Selbst im Zeitraum vom 01.09.76 bis 05.09.76 ist diese
Feststellung gültig, da hier das Automat noch nicht in der Lage
gewesen des VEB Rotes Stern angefordert war und ab diesem
Zeitpunkt zunächst eine Stückleistung von 4500 Kostons,
später dann von 6000 Kostons stabil erreicht wurde
(siehe Pz 3, 4, 5 u. 6 auf S. 1 u. 2 dieser Ausarbeitung).

2. Projektziel im VEB Rotes Stern Berg und Leistung des Automaten:
Zeit Aussagen des Zeugen Thiel was von Anfang an eine
Kombination von Klammernschneidemaschinen und Kostengerät-
automaten aus VEB Rotes Stern Berg vorgesehen (S. 139 des
Protokolls der Hauptverhandlung).
Zielstellungen wie sie vom Zeugen Dohrmann in der Haupt-
verhandlung genannt wurden, nämlich in einer Schicht
die gesamte Kostengerätfestigung des VEB Rotes Stern (3000
pro Planjahr bzw. 12000 Kostons pro Schicht) über den
Kostengerätautomaten abzuwickeln sind aus den vorläufigen
Beweisunterlagen nicht zu entnehmen, technisch völlig
unsinnig, wie ich im Pfändersuch nachzuweisen werde und
widersprechen auch dem Protokoll zum F24-Test Anlage 4
und dem Abschlussbericht (Anlage 4.15).

-3-

Meine eigenen Vorstellungen zur damaligen Zeit waren, mit
einem Kostengerätautomaten in zwei Schichten eine Jahrespro-
duktion von 1,5 Mio Kostons zu realisieren (nichtverrechnungs-
protokoll zu meinen Gesprächen mit dem Protokollisten Brödel
des Fa. Schön), dabei konsequent einheimische Materialien
anzusetzen (Kostengerätzusätze, Leim) und Randsortimente
(Kostengeräte in geringen Stückzahlen) mit Klammernschneidemas-
chinen zu fertigen, da ausserdem zu hoher Umsatzzeiten am
Automaten aufsetzen würden.

Mit dem Kostengerätautomaten 4002 des Fa. Schön wurden
spätestens ab 15.11.76 die leistungsmäßigen Projektziele
des VEB Rotes Stern Berg (siehe Anlage 4.15 und 5.17) erreicht
bzw. stabilisiert überboten! Heute werden mit diesem Automaten
in 2-Schichtensatz und bei Fertigung des Randsortimente/Strap
Rotes Stern Berg benötigten Schutzkosten hergestellt. Das
Automat ist in der Lage 6000 Komplett Schutzkosten pro Schicht
bei einer Auslastungsquote maximal als 0,5% zu fertigen,
einheimisches Leim. Das Automat produziert stabil, da aus dem
mit zur Verfügung stehenden Unterlagen zu entnehmen ist, das
das letzte Kostonsersatz des Fa. Schön am 16.12.76 erfolgte,
und daß auch die Zeugenaussage von Ludwig Thiel zu entnehmen
ist.

Die Herstellkosten und praktische Leistung des Automaten ist fol-
gendes zu bemerken:

in der Reformrechnung des Fa. Schön vom 01.09.1975 (Anlage 4.9)
wird angegeben: "Die Maschine ist für eine max. Geschwindigkeit
von 66 Takts/min konstruiert."
Diese maximale Arbeitsgeschwindigkeit wird meines Wissens von
diesem Kostengerätautomaten auch erreicht, obwohl sie für
die spezifischen Einsatzbedingungen in der Betriebsweise
völlig bedingungslos ist.

Weitere vier Argumentationsseiten folgen, die Schlussbemerkung soll allerdings noch mit eingeflochten werden:

24. R

Zusammenfassungen

Die dargelegten Argumente und Bestimmungen zur Schadens-
 -statistik beruhen nicht auf meine Aussagen und Feststellungen
 zu meinen Pflichtverletzungen beim Import des Kastengerät-
 automaten.

Der VEB Rotes Stern Brief verfuhr, es kam ihm jedenfalls aus dem Munde
 des Zeugen Thomschlußfolgerungen, wofür über die modernste Kosten-
 festigung der DDR-Schuhindustrie. Die Gründe, warum Strifkassen
 nicht auf dem Automaten gefertigt werden sind nicht genau
 klar. Meiner Erwähnung kann das Automat mit einer entsprechenden
 Einrichtung ohne weiteres Strifkassen verarbeiten, erste Hindernis
 ist nicht zu schlechte Kostensituation qualitativ bzw. insbesondere
 lange Wartezeiten bei zu kleinen Serienprodukten.

An Beweisunterlagen weiterhin benötigt

- vom Gericht: Original des Anlage 9.15,
 "Ausführungsbericht über die Erprobung des
 Kastengerät- u. Klebeautomaten 4002 von
 des Fa. Schön" vom September 1976
- vom HGB-Kontrollamt: Zahlungsbedingungen lt. Vertrag
 Nr. 0555/6800/000
 oder beigefügt
 zu Originalverträgen
- vom VEB Rotes Stern: Abwicklungsbescheid zum Kastengerät-
 automaten vom 16.12.1976, Absprache zwischen
 dem VEB Rotes Stern und dem Fa. Schön

Auf diese Weise versuchte Karl-Heinz Werner alle Gutachteraussagen pro Maschine aus seiner Sicht darzustellen und zu entkräften. Doch diese Einwände sind nie mit in die Wertung gelangt. Das Gutachterurteil war letztendlich Grundlage für die Anklageschrift.

Aber auch die „ermittelten“ Erkenntnisse des MfS hinsichtlich der tatsächlichen Beweggründe der Schuhingenieure führten zur Anklage.

Der Beschuldigte HAASE, der infolge seiner politischen Haltung außer zu BRÜDEL noch zu weiteren NSW-Firmenvertretern vertrauliche persönliche Beziehungen unterhielt, schloß sich diesen Auffassungen an und verfolgte die Sicherung einer "einheitlichen technischen und technologischen Gestaltung der Schuhbetriebe in beiden deutschen Staaten", wobei er generell die westliche Technik verherrlichte, auftretende Schwierigkeiten im Bereich der VVB als Ausdruck der Unterlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft wertete.

Bezogen auf den Beschuldigten WERNER deckten sich die Auffassungen des BRÜDEL mit denen WERNER's über die "Notwendigkeit der Annäherung der Wirtschaftssysteme der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel, der Schaffung einer modernen Industriegesellschaft".

Das zentrale Planungs- und Bilanzsystem sowie das staatliche Außenhandelsmonopol der DDR bezeichnete er als Hemmnis der technischen und ökonomischen Zusammenarbeit mit der BRD-Industrie und der Entwicklung im Industriezweig.

5.7. Die Anklage

1. Ausfertigung 100004

DER STAATSANWALT DES BEZIRKES HALLE (SAALE)

Beck'sches
Exp. 25 APR 1979
Arch. C.1.11.11

Der Staatsanwalt des Bezirkes Halle (Saale)
401 Halle (Saale), Minna-Sternstraße 7

Bezirksgericht
1. Strafsenat

Halle H.S.A.L.L.E.

Ihre Zeichen: _____ Ihre Nachricht vom: _____ Unsere Nachricht vom: _____ Unser Zeichen: **111-16-79** Halle (Saale) **20.4.1979**
Halle (Saale) Th/Ge

Besuch: _____

Anklageschrift

Ich klage an:

den Dipl.-Ing. Karl-Heinz **W e r n e r**,
geb. am 27.9.1939 in Zella-Mehlis,
PKZ: 270939419550,
wohnhaft Weisenfels, Neuweg 104,
verheiratet, 2 Kinder,
Staatsbürgerschaft: DDR,
lt. Strafregisterauszug keine Vorstrafen,
in dieser Sache in U-Haft seit dem 6.12.1977,
z. M. UHA Halle, Am Kirchtor 20 a,

sich des Verbrechens des mehrfachen Vertrauensmißbrauchs schuldig gemacht zu haben.

Entsprechend seinen im Jahre 1970 in Absprachen mit dem Prokuristen der BRD-Firma Schön, [REDACTED], abgegebenen Zusicherungen, zur Verwirklichung der Profitinteressen der Fa. Schön

- diesen kapitalistischen Unternehmen durch Nichtprüfung der Eigenfertigungsmöglichkeiten in der DDR, den Verzicht auf den Import von Schuhmaschinen aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet und durch die Ausschaltung von Konkurrenzfirmen aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet einen stabilen Absatzmarkt in der DDR-Schuhindustrie zu gewährleisten,
- in den Betrieben der VVB Schuhe neuentwickelte und unerprobte Maschinen und Anlagen der Fa. Schön vor Serienfertigung unter Produktionsbedingungen zu erproben,
- die bei der Testung dieser Maschinen und Anlagen in DDR-Betrieben gesammelten Erfahrungen und technischen Verbesserungen kostenlos der Fa. Schön zur Verfügung zu stellen und
- bei nicht vertragsgerechter Lieferung und auftretenden funktionellen Mängeln und Störungen an diesen importierten Maschinen der Fa. Schön dafür zu sorgen, daß keine Schadensersatzansprüche und Vertragsstrafen über den zuständigen Außenhandelsbetrieb der DDR geltend gemacht werden,

Dokument 29: BStU, Ast. Halle, AU 2622/79 (EV), Band 10, Bl. 4, 5, 6

- 2 - 050065

hat der Beschuldigte **W e r n e r** von 1971 bis 1976 die ihm mit seiner Vertrauensstellung als Direktor für Forschung und Technik der VVB Schuhe übertragene Verfügungs- und Entscheidungsbefugnis bei der Vorbereitung und Durchführung von Maschinen- und Ausrüstungsimporten aus dem NSW für volkseigene Betriebe der DDR-Schuhindustrie mit dem Ziel der ungerechtfertigten Bevorteilung der BRD-Firma Schön mißbraucht, indem er

im Zusammenwirken mit dem ihm unterstellten ehemaligen Abteilungsleiter für Maschinen und Ausrüstung, [REDACTED], und - soweit es den Import der unter Ziffer 1 und 2 angeführten Maschinen betrifft - dem ehemaligen Direktor des Ingenieurbüros für Rationalisierung der VVB Schuhe, [REDACTED], entgegen seinen Rechtspflichten zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes in der Schuhindustrie der DDR

- gebotene Entscheidungen zur Prüfung von Eigenfertigungsmöglichkeiten der nachfolgend aufgeführten Maschinen und Anlagen in der DDR oder im SW unterließ, insbesondere bewußt keine Negativatteste beim zuständigen Bilanzorgan einholte,
- ohne Erarbeitung technisch-ökonomischer Variantenvergleiche mit objektiver Gegenüberstellung von Gebrauchswerteigenschaften und Angebotspreisen, ohne Prüfung der volkswirtschaftlich effektivsten Importvarianten und Ausnutzung der Konkurrenzsituation Entscheidungen
 - über die valutawirksame Absicherung des Imports nachfolgend aufgeführter Maschinen der BRD-Firma Schön, u.a. die Einordnung in die Jahresinvestitionspläne der betreffenden der VVB unterstellten Betriebe,
 - hinsichtlich der inlandsseitigen Finanzierung,
 - über die technologisch-verfahrenstechnische Vorbereitung des Einsatzes der betreffenden Maschinen und
 - über die weitere Importrealisierung

traf und dadurch vorsätzlich den volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Import von 9 unerprobten, für den geplanten Verwendungszweck nicht einsetzbaren, konstruktiv nicht ausgereiften sowie störanfälligen Maschinen der Fa. Schön und ihren Einsatz in Betrieben der DDR-Schuhindustrie zwecks Erprobung unter Produktionsbedingungen herbeiführte.

Nach Eintritt von Lieferverzug, nicht vertragsgerechter Lieferung und umfangreichen funktionellen Mängeln und Störungen an diesen Maschinen und Anlagen hat der Beschuldigte ihm gebotene Maßnahmen zur Einleitung der Geltendmachung von Schadensersatzforderungen und Vertragsstrafen gegen die Fa. Schön unterlassen.

Durch dieses rechtspflichtwidrige Handeln verursachte der Beschuldigte - mit [REDACTED] und teilweise mit [REDACTED] zusammenwirkend - vorsätzlich einen besonders schweren wirtschaftlichen Schaden.

Der Valutaschaden beträgt insgesamt 1.176.623 --- Valutamark.

Außerdem traten beim Einsatz der genannten Maschinen und Anlagen in den Anwenderbetrieben umfangreiche funktionelle Mängel und Störungen auf, die zu Stillstandszeiten, Mehraufwendungen durch den Einsatz von Spezialisten der Anwenderbetriebe und zusätzliche Belastungen der Werkstätigen in Form von Sonderschichten und Überstundenarbeit zur Aufholung der durch den funktionsbedingten Ausfall der Maschinen der Fa. Schön entstandenen Planrückstände führten.

In einzelnen handelt es sich um den volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Import folgender von der Fa. Schön hergestellter unerprobter Maschinen und Anlagen:

1. 1 HP-Prägepresse des Typs 904 für den VEB LUGnitzer Schuhfabrik im Jahre 1972
2. 1 HP-Prägepresse des Typs 412 für das Schuhkombinat "Banner des Friedens" Weissenfels im Jahre 1973
3. 2 HP-Prägepressen des Typs 412 für den VEB LUGnitzer Schuhfabrik im Jahre 1973
4. 2 HP-Prägepressen des Typs 413 für das Schuhkombinat "Banner des Friedens" Weissenfels im Jahre 1973
5. 1 programmierten Stanzautomaten des Typs 2072 D für den VEB Lederfaserwerk Siebenlehn im Jahre 1972
6. 1 programmierten Stanzautomaten des Typs 2072 D für den VEB Lederfaserwerk Siebenlehn im Jahre 1973
7. 1 Kartonagensautomaten des Typs 4002 für den VEB Schuhfabrik "Roter Stern" Burg im Jahre 1975

Verbrechen gen. § 165 Abs. 1 i.d.F. vom 12.1.1968
§ 165 Abs. 1, Abs. 2 StGB i.d.F. vom 19.12.1974
§ 63 Abs. 2 StGB

Wenn das Gericht die unter 1.–7. aufgeführten Maschinen in ihrem Einsatzbetrieb aufgesucht hätte, dann wäre leicht festzustellen gewesen, dass sich alle Maschinen in vollem Produktionseinsatz befanden und Spitzenleistungen im Vergleich zu anderen (aus eigener Produktion) erbrachten.

5.8 Der Schauprozess

Nach fast 1½ jähriger Untersuchungshaft fand beim Bezirksgericht Halle der Schauprozess statt. Schauprozess deshalb, weil die Führungsriege der Schuhindustrie, aber auch Vertreter des Ministeriums für Leichtindustrie dazu eingeladen waren und gewiss in vertraulichen Gesprächen das Erlebte weiter vermittelten. (siehe Dok. 30, S. 96f.)

Karl-Heinz Werner schilderte den Prozess als programmiert. Die geladenen, teilnehmenden Kollegen und der Minister für Leichtindustrie dachten sich „ihren Teil“. Jeder war froh, nicht auf der Anklagebank zu sitzen, denn ein Chef, so der Volksmund, steht mit halbem Fuß im Gefängnis. Diese Wahrheit dürfte auch heute noch gelten. Die einzige Solidaritätsbekundung erfuhr er, wie eingangs erwähnt, nur durch die Zeugin und Kollegin Ilona Beutling. Die Verteidigung wurde durch den Rechtsanwalt Dr. Winkler aus Borna vorgenommen. Dieser forderte, die von der Staatsanwalt geforderten 9 Jahre auf 5–6 Jahre zu verringern. Später konnte den Akten entnommen werden, dass auch dieser Rechtsanwalt ein IM des MfS war und dem Rechtsanwaltskollegium „Vogel“ angehörte.

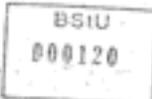
Der Prozess hatte eine große Signalwirkung wie eine Ergänzungsmittlung vom 03.03.1979 der Hauptabteilung IX/3 in Berlin zeigt. (siehe Dok. 31, S. 98ff.)

Mit den Belehrungen an die Generaldirektoren der Leichtindustrie und an die Chefs der zentral geleiteten Einrichtungen schien ein schwieriges, sehr dynamisches Kapitel der ostdeutschen Leichtindustrie beendet. Es mussten andere Wege gefunden werden, um den wachsenden Bedarf der Bevölkerung nach modernen und hochwertigen Erzeugnissen zu befriedigen. Es fuhren bald nicht mehr Experten von Ost nach West, sondern es kamen zunehmend die Experten von West nach Ost, um bei der Gestattungsproduktion²¹ technologische Hilfe zu leisten. Damit wurde der Zaun für die Ostdeutschen wieder etwas höher gesetzt!

5.9. Wanzen in der Zelle

Das MfS war zweifelsfrei sehr tüchtig und gehörte zu den besten Überwachern und Mitnotierern seiner Zeit. Auch im Gefängnis wurde mitgehört, was im nachfolgenden Protokoll erkennbar ist. Insbesondere war von besonderer Bedeutung, was Karl-Heinz Werner mit seinem Anwalt während und nach dem Prozess zu besprechen hatte. Dass mit diesen Informationen das MfS die Situation genau berechnen konnte, ist außer Zweifel gestellt. (siehe Dok. 32, S. 101f.)

²¹ Westliche Produkte wurden in ostdeutschen Betrieben in einer Art Lizenzproduktion hergestellt. Ein Teil dieser Erzeugnisse kam zurück in den Westen; der andere konnte in der DDR zu horrenden Preisen verkauft werden.



W e i s u n g

In der Zeit vom 28. 5. 79 bis 6. 6. 1979 erfolgt von seiten der Abteilung XIV, BV Halle, nach dieser Weisung die vorbeugende politisch-operative Absicherung der Hauptverhandlung beim Bezirksgericht Halle gegen den Angeklagten

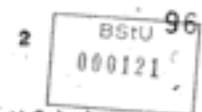
W e r n e r , Karl-Heinz

Als Zeugen sind geladen der U-H. [REDACTED], die SG [REDACTED] und [REDACTED]. Die Zuführung der beiden SG in die UHA erfolgt am 25.5.79 und am 29.5.79. Verantwortlich für An- und Abtransport ist Gen. Oltm. Thürmer. Die Verhandlungstage sind festgelegt in der Zeit vom 28. Mai bis 06. Juni 1979

- | | |
|--------------------------------------|---|
| <u>Leiter für den Gesamteinsatz:</u> | Gen. Major Magdeburg |
| <u>Einsatzgruppe:</u> | Gen. Oltm. Thürmer
Gen. Ultm. Meltritz
Gen. Fw. Schmörs |
| <u>Bewaffnung der Einsatzgruppe:</u> | Pistole 14-Schuß Munition |
| <u>Auftrag der Einsatzgruppe:</u> | - Absicherung der Hauptverhandlung im Saal
Ultm. Meltritz, Fw. Schmörs
- Einzelkontrolle, Oltm. Thürmer
- Absicherung des Angeklagten während der Verhandlungspausen
EI, Ultm. Meltritz, Fw. Schmörs
Kontrolle - Oltm. Thürmer |

Die durchzuführenden organisatorischen Aufgaben, die während der Hauptverhandlung zu realisieren sind, werden ständig mit Major Magdeburg und dem verantwortlichen Mitarbeiter der r Abt. IX abgesprochen.

- | | |
|--|---|
| <u>An- und Abtransport des Angeklagten</u> | - Gen. Oltm. Thürmer
- Gen. Ultm. Meltritz
- Gen. Fw. Schmörs
- Abfahrt mit dem Transportfahrzeug von der UHA zum Bezirksgericht an den jeweils festgelegten Verhandlungstagen 30 Min. vor Beginn der Hauptverhandlung |
|--|---|



- Die Zeitermine für die Abfahrten vom Bezirksgericht zur UHA ergeben sich aus der Festlegung des Zeitplanes von seiten des Vorsitzenden der Hauptverhandlung und werden vom Gen. Major Magdeburg angewiesen.

An- und Abtransport der Zeugen

- hierbei handelt es sich um den U-H. [REDACTED] und den SG [REDACTED] und [REDACTED] entsprechend dem Zeitplan von der Abteilung IX
- die festgelegte Fahrtstrecke durch den Stellv. der Abt. XIV für die An- und Abfahrten sind einzuhalten, bei Vorkommnissen ist an ihn Sofortmeldung zu erstatten.

organisatorische Aufgaben

- die Bekleidung des Angeklagten und der genannten Zeugen, die sich in der UHA befinden, für die Hauptverhandlungstage wird von Gen. Ltn. Knorre vorbereitet und durchgeführt
- Bereitstellung und Ausgabe der Verpflegung führt die Genm. Ultm. Herfurth zur Übergabe an den Gen. Oltm. Thürmer durch.
- die med. Betreuung des Angeklagten während der Zeit der Hauptverhandlung erfolgt von seiten der Genm. Ltn. Meyer, Med. Dienst der BV

Kontrolldienst

Verbindung und Information; sowie der Festlegung von Sofortmaßnahmen in Ausübung der Kontroll- und Sicherungsaufgaben erfolgt in der Zusammenarbeit zum Leiter der Abt. IX - Gen. OSL Schwengner oder Stellv. Gen. Major Stenker von seiten des Leiters der Abt. XIV OSL Herbig und Stellv. Major Magdeburg

Leiter der Abteilung XIV
Hertig
Hertig
Oberleutnant

Ergänzungsmeldung

zum Abschluß der Strafverfahren gegen

WERNER, Karl-Heinz
 geb. am 27. 9. 1939
 zuletzt tätig als Direktor für Forschung und
 Technik der VVB Schuhe Weissenfels
 verurteilt am 7. 6. 1979 vom Bezirksgericht
 Halle zu 9 Jahren Freiheitsentzug wegen Verbre-
 chen gemäß § 165 Abs. 1 u. 2 StGB
 und

geb. am
 zuletzt tätig als
 der VVB Schuhe Weissenfels

Ersprechend den getroffenen Festlegungen über Maßnahmen der Öffent-
 lichkeitsarbeit in beiden Verfahren erfolgte am 28. 8. 1979 im
 Ministerium für Leichtindustrie Berlin unter Einbeziehung des
 Gen. Staatsanwalt Thiering des Bezirksstaatsanwaltes Halle die
 Auswertung der Ermittlungs- und Gerichtsverfahren.

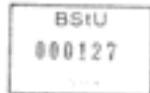
In Abstimmung mit dem Minister für Leichtindustrie nahmen an der
 unter Leitung des Staatssekretärs WERNER stehenden Beratung die
 Generaldirektoren der 13 Kombinate der Leichtindustrie sowie die
 Direktoren der zentralgeleiteten Einrichtungen und dem Inspektion
 des Ministers teil (insgesamt 37 Teilnehmer).

Auf der Grundlage der in Übereinstimmung mit den Untersuchungsergeb-
 nissen stehenden Feststellungen in den Gerichtsverfahren gab der
 Gen. Staatsanwalt den Teilnehmern eine Übersicht über die Ursachen,

Bedingungen und Methoden der Verbrechen der Verurteilten, deren
 Folgen sowie verbrechensbegünstigenden Faktoren und Umstände, wie
 diese bereits im Abschlußbericht der HA IX/3 zu diesen Verfahren vom
 18. 4. 1979 zusammengefaßt wurden.

Damit in völliger Übereinstimmung standen die anschließenden Aus-
 führungen des Stellvertreters des Ministers für Leichtindustrie,
 Gen. MORGENSTERN, der als Zuhörer an den Prozessen gegen WERNER
 und teilgenommen hatte und ebenfalls über die Feststellungen
 in den Gerichtsverfahren gegen () und
 (), den Mittätern von WERNER und (), unterrichtet war.
 Im Ergebnis der Beratung wurden unter Berücksichtigung der vor den
 Industriezweig stehenden Aufgaben für die Generaldirektoren und
 Direktoren folgende verbindliche Schlußfolgerungen und Maßnahmen fest-
 gelegt:

1. Verstärkung der politisch-ideologischen Einflußnahme in der
 Kaderarbeit auf allen Leitungsebenen und insbesondere bei den
 Reisekadern und Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen
 Leitern und Mitarbeitern.
 Dazu ist die konsequente Arbeit mit regelmäßigen Kadereinschätzungen
 und -ausprachen, die Unduldsamkeit gegenüber Fehlverhalten, die
 exakte Festlegung der Aufgaben- und Verantwortungsbereiche und
 der Kampf gegen Routinearbeit strikt durchzusetzen.
2. Verstärkte Kontrolltätigkeit auf den Gebieten Ordnung und Sicher-
 heit und des Geheimnisschutzes sowie der Reisetätigkeit in das
 NSW und SW und der Echtheit der Berichterstattung der Reisekader.
3. Kontrolle des Standes der Durchsetzung der Weisungen des Ministers
 zur gesamten Importtätigkeit in den Kombinat und Erweiterung der
 bisherigen Ordnungen um folgende Maßnahmen:
 - . Neubildung des Importgutachterausschusses im Kombinat
 Schuhe unter Einbeziehung bewährter Kader aus den Anwenderbe-
 trieben, des Außenhandels und der Forschungseinrichtungen und
 Rationalisierung seiner planmäßigen Arbeit.
 - . Importbegründungen und technisch-ökonomische Variantenvergleiche
 sind mit Kapazitätsberechnungen der Betriebe über die zu erzielenden
 Produktionseffekte zu ergänzen und nur mit Bestätigung der
 Generaldirektoren über die nachgewiesene Produktionsbewährtheit di-



der vorgesehenen Importmaschinen einzureichen.

Der Import von Prototypen ist nur bei exakt nachgewiesener volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und Effektivität über Erprobungs- und Leihverträge zulässig, wobei dazu die persönliche Genehmigung durch den Minister für Leichtindustrie einzuholen ist.

- Gewährleistung einer exakten Kontrolle über die Investitionsvorhaben verbunden mit einer wesentlichen Qualifizierung der Investitionsbearbeiter in den Betrieben und der Herausbildung disponibler Kader, um die Konzentration der spezifisch mit Importen auftretenden Probleme und Aufgaben auf wenige zu überwinden und effektivere Kontrollmöglichkeiten zu erschließen.

- Aktualisierung und Erhöhung der Überschaulichkeit der industrie-zweigspezifischen Ordnungen und Bestimmungen als wesentliche Grundlage für die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit in den Kombinat, Leitbetrieben, Kombinatbetrieben und zentral geleiteten wissenschaftlich-technischen und mit Handelsaufgaben betrauten Einrichtungen im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie.

Die erste Berichterstattung über die eingeleiteten Maßnahmen erfolgt am 20. 9. 1979 an den Minister für Leichtindustrie. Spezifische Schlußfolgerungen für die Gestaltung der technischen Politik insbesondere im Kombinat Schuhe wurden in der Beratung der Direktoren für Technik des Industriezweiges unter Leitung des Gen. Morgenstern am 2. 9. 1979 gezogen.

Leiter der MA IX/3
i. V.

Specht
Oberstleutnant

(3)

Band der Karte Nr. 24

122 - MM. te primär, daß, ist nach vom 19/8 90
spricht

140 - Hält man das, Daria noch abnimmt (w)

154 - Säure in metrisch Dr. E. auch nicht offen
haben,
ich bleibe in meinen Christagen

160 - "da wir den doch nur - ist zu den Christ-
sagen gebacht werden
wollen nicht jetzt meine Schirmwaren
zu klären bekommen, dann geht an f
meine Arbeit
bei Daria kaufen meine Christagen
in der Luft, Säure in gegen bei nicht
Lernen, wenn Dr. E. ist, dann der den sein,

175 - In Daria mit PAR - die Kontrolle im Markt
primär
21 der lassen Daria fallen
w: ich habe noch nicht gesprochen über
4 übrigen angesetzt,
PAR für den mit mit Dr. E.

stellen. In diesem Zusammenhang spielt auch seine Vorstellung eine Rolle, daß er als Vorbestrafter in der DDR nie wieder leitende Positionen einnehmen könne. Dazu ist zu bemerken, daß Werner vom Charakter her ein ausgeprägter Karrierist ist.

Werner wurde durch den Untersuchungsführer mitgeteilt, daß ein etwaiger Antrag auf Entlassung seiner Person aus der Staatsbürgerschaft abgelehnt würde. Gründe sind nicht genannt worden.

2. Zur Person des Häftlings sowie zu wesentlichen taktischen Maßnahmen

Werner ist äußerst intelligent, anpassungsfähig und gewandt im Umgang mit Menschen. Er ist in der Lage, sehr logisch zu denken und komplizierte Zusammenhänge schnell zu übersehen. Sein Verhalten war bisher diszipliniert. Er hat eine gute Allgemeinbildung und Erfahrungen in der Leitung größerer Arbeitskollektive. Wie ebenfalls im Strafverfahren nachgewiesen, hat Werner zu wesentlichen Seiten der wirtschaftspolitischen Verhältnisse eine negativ-feindliche Einstellung.

Gegenüber Werner dekonspirierte sich während der U-Haft ein Schwerkranker.

Entsprechend unüberprüfter und gegenwärtig auch nicht überprüfbarer Informationen wird Werner in der ERD ein Konto in Höhe von 75.000,- DM sowie Schmuckgegenstände haben. Beweise dafür liegen bisher nicht vor. Nach gleichen Informationen soll Werner Überlegungen anstellen, wie er sich in den Besitz dieser Werte bringen kann, wobei er seine Absicht sein soll, eventuell seinen Bruder

W e r n e r, Harald
wohnh.: [REDACTED]

oder seine Ehefrau

W e r n e r, Ursula
wohnh.: [REDACTED]

dafür zu nutzen bzw. einzubeziehen. Obwohl seitens der Abteilung IX bestimmte Zweifel an vollen Wahrheitsgehalt dieser Informationen bestehen, wird es für notwendig erachtet und vorgeschlagen, vorerst den Briefverkehr von Werner in der Kopie zu sichern und der Abteilung IX zu übersenden, sowie die Besuche durch Ehefrau und Bruder unter operativer Kontrolle zu halten. Über seine Ehefrau hinaus wurde Werner bisher einmal der Besuch durch seinen Bruder Harald und einmal durch seine Tochter Rena, wohnhaft wie Ehefrau, genehmigt. Weiterhin wurde ihm gestattet, Fach- und belletristische Literatur, die seine Ehefrau mitbrachte, ständig in seinem Verwehrraum zu lesen.

Aufgrund genannter Charaktereigenschaften erscheint Werner geeignet, im Strafvollzug zunächst für allgemeine Aufgaben

besüßlich Ordnung und Sicherheit eingesetzt zu werden.

Nach Äußerungen von ihm gegenüber dem Untersuchungsführer sei er für eine Zusammenarbeit mit Sicherheitsorganen ungeeignet.

Leiter der Abteilung

Schwenker
Oberstleutnant

Dieser letzte Fakt dürfte ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass die Amnestieregelungen mit den dafür in Frage kommenden Kooperationsmechanismen nicht gegriffen haben. Wenn allerdings Karl-Heinz Werner kurz vor der Amnestierungsmöglichkeit gefragt worden wäre, ob er als Gegenleistung für eine vorzeitige Haftentlassung zum 30. Jahrestag der DDR auch eine „Zusammenarbeit“ mit dem MfS begonnen hätte – so kann er heute nicht mit Gewissheit sagen, ob er nicht auch „weich“ geworden wäre.

Die genannten 75.000,- DM hat Karl-Heinz Werner niemals erhalten, davon erfuhr er erst 1992 nach Einsicht in seine Stasi-Akte. Diese hinterhältige Erfindung des MfS wurde dazu benutzt, die wegrutschende Anklage zu sichern, ihn möglicherweise von der Amnestie 1979 auszuschließen, ihn 38 Monate im MfS-Spezialgefängnis Bautzen II gefangen zu halten, sowie ihn nach seiner Entlassung 1982 durch das MfS, BV Schwerin weiter unter Personenkontrolle (OPK „Konto“) zu halten. Erst 1988/89 stellte das MfS fest, dass diese Verdächtigungen haltlos waren.

6. Amnestie für Kooperationswillige

Zum 30. Jahrestag der DDR im Jahre 1979 wurden Helmut Herkner und Dietrich Haase nach 3 bzw. 2 Jahren vorzeitig aus der Haft entlassen, weil sie in einem Fall wiederum (Herkner) und im anderen Fall erstmalig die Kooperation mit dem MfS (Verpflichtungserklärungen zur Zusammenarbeit) unterzeichneten. Damit war das MfS in einer vorzüglichen Situation. Es gab keine größere Kooperationswilligkeit als mit erpressbaren Informanten. (siehe Dok. 34, S. 107)

7. Die Zeit nach Bautzen II

Als Karl-Heinz Werner 1982 die deutsche „demokratische“ Freiheit wieder sah, bekam er eine sogenannte Arbeitsplatzbindung im VEB Plastverarbeitung Schwerin. Er gründete eine neue Familie und versuchte, so gut es ging, ein ganz normales Leben zu führen. Die Schrammen an seiner Seele heilten nur langsam. Er fühlte sich zuweilen beobachtet, was nicht ganz unbegründet war, hatte doch sein „liebster“ Beobachter sich eine kleine Lüge einfallen lassen. Damit war er auch in der sogenannten „Freiheit“ gefangen. (siehe Dok. 35, S. 108f.)

Diese Art von Lügen waren für das MfS typisch, konnte man doch mit diesen für manche glaubhaften Geschehnissen wahre Völkerstämme beschäftigen. Karl-Heinz Werner hat niemals Geld auf diese Art empfangen. Der im Text erwähnte Quellenschutz diente nur dazu, diese Lüge zu decken. Offensichtlich fungierte der Fall „Spira“ als Ideengeber. Karl-Heinz Werner erinnert sich genau, dass dieser Major Wahn zu ihm während eines Verhöres gesagt hat „Werner – Sie sehen die Sonne nie wieder!“ Es war wohl seine einzige Chance, im Nachhinein seinem intellektuellem Gegenüber einen makaberen Ausgleich zu inszenieren. Die Möglichkeit, die Haftzeit nach seinem Belieben zu verlängern, hatte allerdings Wahn selbst in diesem wahnsinnigen MfS-Apparat nicht. Aber diese Erfindung genügte, um bis zur Wende eine permanente Überwachung aufrecht zu erhalten.

In der Wendezeit engagierte sich Karl-Heinz Werner im Neuen Forum und im Ausschuss für Wirtschaft des Betriebsrates der PMS Schwerin GmbH.

Gleich nach der Wende stellte Karl-Heinz Werner den Antrag auf Kassation des Urteils vom 07.07.1979. Diesem Antrag wurde am 18.11.1991 durch das Bezirksgericht Magdeburg Rechnung getragen. Auch der Antrag auf Anerkennung der beruflichen Verfolgung aus politischen Gründen wurde verständlicherweise positiv entschieden. (siehe Dok. 36, S. 110)

KD Weißenfels *M. Jan. Wahn* Weißenfels, 15. November 1979
BSIU
060093

Amnestierung der Personen Haase und Herkner

Am 15. 11. 1979 erfolgte eine Abprache mit dem Genossen Pickert, MA IX, Gen. Wahn, Abt. IX BV Halle, Gen. Schöntag, Abt. XVIII BV Halle zur Amnestierung der o. g. Personen:

1. Genosse Pickert erläuterte die Gründe für die Amnestierung Herknere dahingehend, daß durch den Genossen Minister ein differenziertes Vorgehen gegen die Gruppentäter der Schuhindustrie angewiesen wurde. Da Haase als tatsächlicher Inspirator amnestiert werden muß, wird Herkner unter Beachtung seines Beitrages zur Aufklärung, der in Strafvollzug eingenommenen positiven Haltung zur Wiedergutmachung und der seit Dezember 1977 erzielten wertvollen operativen Ergebnisse in der inoffiziellen Zusammenarbeit gleichfalls amnestiert. Herkner ist kein verfestigter Feind. Er soll die Chance der Bewährung bekommen.
2. Durch die anwesenden Genossen wurden die Einsatzvarianten für Haase und Herkner gebilligt, ebenso die Steuerung des Haase durch Genossen Novak und des Herkner durch den Unterzeichner.
3. Der Gen. Pickert wies daraufhin, daß Haase und Herkner operativ fest zu binden sind. Sie sind als IM vorgangsmäßig zu bearbeiten. Sie besitzen eine echte operative Perspektive, da sie
 - über umfangreiche operativ interessante Verbindungen verfügen;
 - im Blickfeld des Gegners (Details aus Verfahren) stehen
 - Geheimnisträger sind;
 - der Zusammenarbeit mit dem MfS verdächtigt werden;
 - im Blickfeld des politischen Untergrundes stehen.
4. Von Grundsatz her sind beide arbeitsmäßig vorsichtig wieder aufzubauen. Eine gegenseitige Bearbeitung soll nicht vorgenommen werden, wohl aber alle Informationen, speziell zu Fragen der Bezahlung durch NSW-Firmen, beachtet und überprüft werden. Besondere Aufmerksamkeit ist auf Wohn- und Freizeitbereich zu richten.
5. Es wurde festgelegt, ohne Beachtung der Wünsche von Haase und Herkner, die Wiedereingliederung über Inneres/Amt für Arbeit durchzusetzen.
6. Beiden ist eine IM 12 auszuhändigen, die später durch den PA rückgängig gemacht werden kann.
7. Nach Auffassung der beteiligten Genossen ist ein spezieller Schutz der Zeugen und Gutachter nicht erforderlich, sie sind jedoch (besonders [redacted] und [redacted]) auf ein Zusammentreffen vorsubereit
8. Die Übernahme des Herkner erfolgt durch Unterzeichner gemeinsam mit Gen. Pickert am 21. 11. 1979 10.00 Uhr in Naumburg. Durch Gen. Novak ist noch ein Termin mit Gen. Stöcker Abt. IX zu vereinbaren zwecks Übernahme des Haase.

J. Schow/Major

Dokument 34: BStU, Ast. Halle, KD Weißenfels, Reg.-Nr. VIII/819/80, Teil I, Band 1, Bl. 93

B e r i c h t

zu operativ unüberprüften Informationen über den Besitz von Bargeld des Werner, Karl-Heinz in der BRD

Während des Aufenthaltes des Obengenannten in der Untersuchungshaftanstalt Halle, Am Kirchtor 20a wurden folgende operativ unüberprüfte Informationen, in nachfolgenden im wesentlichen zusammengefaßt, erarbeitet:

Während einer Dienstreise von Werner im Juni 1974 nach Pirmasens, BRD wurde dieser an einem Nachmittag in seinem Hotel von zwei männlichen Personen aufgesucht, die ihm einen großen dicken Umschlag mit 75.000 DM, gebündelt zu je 1000 DM und nur 100 DM Scheine übergeben haben sollen. Werner will daraufhin das Geld zu je 40.000 DM und 35.000 DM in 2 Scheine, etwa 20 x 12 x 6 cm große Päckchen verpackt und diese mit Nr. 1 und Nr. 2 versehen haben.

Danach wäre er noch am gleichen Tag mit einem PKW und Fahrer, beides sei ihm von den genannten zwei Personen zur Verfügung gestellt worden, zu seinen Verwandten, dem Cousin seiner Mutter,

B [REDACTED], Artur
ehemals w. gewesen in Zella-Mehlis,

in Nagold/Schwarzwald, ca. 130 km von Pirmasens entfernt, gefahren und hätte diesen die zwei Päckchen zur sicheren Aufbewahrung übergeben. Dem B. will Werner nichts über den Inhalt der Päckchen mitgeteilt, sondern nur gesagt haben, daß der Inhalt sehr wichtig wäre. Er hätte mit dem B. vereinbart, daß nur er selbst die Päckchen abholen würde. Wenn sich an dieser Abholung etwas ändern sollte, so würde Werner vorher selbst den Namen und die volle Anschrift des Abholers bekanntgeben, der dann bei der Abholung auch seinen Ausweis vorlegen und ein vereinbartes Kennwort nennen müßte.

Wenn eine solche Änderung der Abholung des Geldes eintreten sollte, so würde diese nur durch Werner oder dessen Bruder Harald erfolgen. Nach seinen Äußerungen hatte Werner zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens dieser Information im Sommer 1979 nur eine Person darüber in Kenntnis gesetzt. Bezogen auf diese Information war und ist daher unbedingter Quellenschutz erforderlich, so daß Werner auch aus gegenwärtiger Sicht keinerlei Anhaltspunkte gegeben werden dürfen, daß das MfS davon irgendwelche Kenntnis hat.

Bei der Überprüfung dieser Information im Jahre 1979 konnte lediglich festgestellt werden, daß Werner in der Zeit vom 16.06. bis 22.06.1974 eine Dienstreise nach Pirmasens durchführte und ein Bartholmes, Artur 1953 in Zella-Mehlis wohnte, wozu das Schreiben der Abteilung IX vom 02.07. 1979 an die Abteilung VIII der Bezirksverwaltung Suhl und das Schreiben der KD Suhl an die Abteilung IX vom 01.08.1979 als Anlage beigelegt werden.

Weiterhin wird darüber informiert, daß eine ehemalige Jugendfreundin des Werner aus der Oberschulzeit namens

A [REDACTED], Helga - geb. [REDACTED]

in Raum Frankfurt/Main/Offenbach lebt, die Werner während der Dienstreisen in die BRD bis 1977 auch besucht haben soll.

Es wird empfohlen, bezogen auf die vorliegenden Informationen, entsprechende politisch-operative Kontrollmaßnahmen einzuleiten. Bei Rückfragen zu diesem Sachverhalt wird gebeten, sich an die Abteilung IX, BV Halle, Major Wahn, App. 2377 oder 2391 zu wenden.

stellv. Leiter der
Abteilung

Wahn
Major

Herrn
Karl-Heinz Werner
Pecser Straße 14

19063 Schwerin

Ihr Zeichen, Ihre Nachweise von
Ihr Antrag v. 21.12.1995

Herrn Zeichen
27.02-43463-H 2071

Demgegenüber Dessauer Str. 73
06118 Halle/S.
TEL 0345 3140
FAX 0345 514 21 99

Regierungsbescheinigung Halle
L28 Halle
0345 900 90 00
0345 900 910 10

Sprechzeiten:
Dienstag u. Donnerstag 9-11 und 14-16 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung

Bearbeiter von: Frau Edler
Tel. 0345 314-2260
Halle, 28.05.1997

Rehabilitierungsbescheinigung nach §§ 17,22 Berufliches Rehabilitationsgesetz (BerRehaG)

Sehr geehrter Herr Werner,

auf Ihren Antrag vom 21.12.1995 wird Ihnen hiermit bescheinigt, daß Sie,

Herr Karl-Heinz Werner
geb. am 27.09.1939 in Zella-Mehlis

politisch Verfolgter im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 2 des BerRehaG sind.

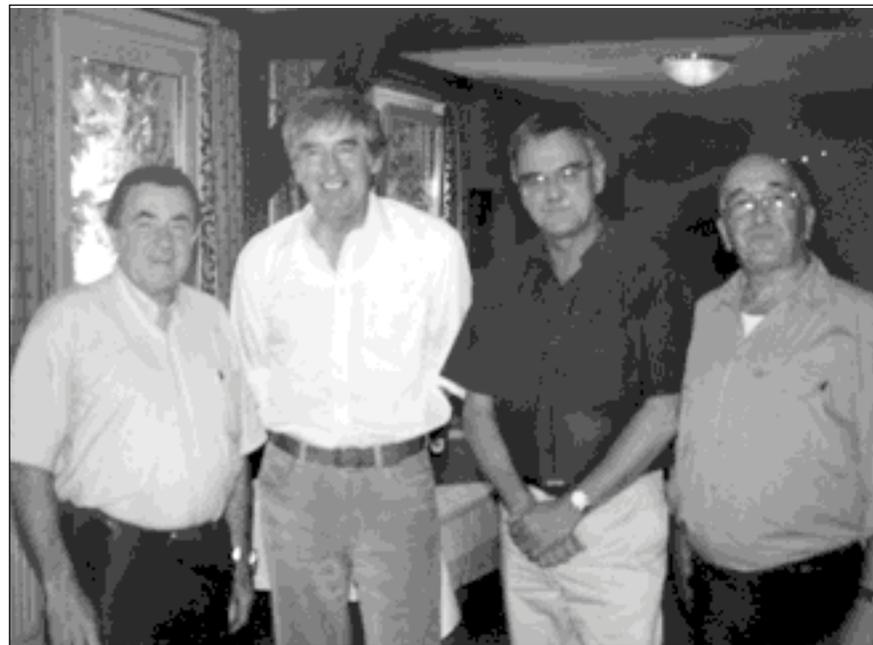
Ausschließungsgründe nach § 4 BerRehaG liegen nicht vor.

Die Verfolgungszeit infolge Haft
dauerte vom 06.12.1977 bis zum 02.10.1990.

Die Feststellungen der Anlage für Zwecke der Rentenversicherung sind Bestandteil dieser Bescheinigung.

Jedes Jahr treffen sich Anfang Dezember die ehemaligen Direktoren des Kombines Schuhe in Weißenfels. Eine schöne Tradition. Auch Karl-Heinz Werner ist seit einigen Jahren wieder mit dabei. Auch die Kolleginnen und Kollegen des Direktionsbereiches Technik kommen hin und wieder zusammen. Oft schwelgen sie in alten Erinnerungen. Ging es doch einst in diesem Bereich sehr arbeitsreich, aber auch sehr lebenslustig zu. Viele kuriose Geschichten erwähnen Alte und Junge mit strahlenden Augen. Diese Art von Kollegialität ist doch heute sehr zu vermissen.

Aber, und das Aber ist bitter, die Last für die Entwicklung hin zur politischen Einheit Deutschlands, vor allem die wirtschaftliche Annäherung, wurde auf dem Rücken von Karl-Heinz Werner, Ferdinand Spira und den anderen ausgetragen. Die Wunden, die diesen fähigen Männern zugefügt wurden, sind trotz einiger aus heutiger Sicht geschehener Verfehlungen immer noch nicht verheilt – das werden sie wohl auch nie ganz. Dennoch wird die alte Kollegialität hin und wieder zelebriert und das tut besonders Karl-Heinz Werner äußerst gut – ist er doch der eigentliche Direktor für Forschung und Technik des früheren Kombines Schuhe.



Dr. Dietmar Meisl, Karl-Heinz Werner, Jürgen Poeck und Dietrich Haase zur Feier des alten Direktionsbereiches im Mai 2003. Die Stasi hat es nicht geschafft, Kollegialität zu zerstören.

8. Schlussbetrachtung

Der VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 löste in der DDR eine für die Menschen positivere Zeit aus. Die Versorgungssituation wurde durch verstärkte Importe und die Auslandsverschuldung spürbar verbessert. Das gewaltige Wohnungsbauprogramm ist noch heute ein sichtbares Indiz dafür. Die Zeichen, die die SED-Führung setzte, veranlassten die Industrie in kurzer Zeit dazu, verstärkt westliches Know How einzukaufen, um der Bevölkerung attraktivere Produkte anbieten zu können. Ingenieure, die diese Aufgabe übertragen bekamen, verstanden die politische Vorgabe auch als Annäherungsgebot an den Westen – regierte doch zu dieser Zeit eine sozialdemokratische Regierung unter Willy Brandt. Der einhergehende, spürbare Aufschwung hat auch eine gewisse Lockerung der Wirtschaftsbeziehungen mit sich gebracht, konnten doch auch westdeutsche Firmen gute Geschäfte machen. Eine Aufbruchstimmung stellte sich bei nahezu allen ostdeutschen „Reisekadern“ ein und selbstverständlich gab es dabei manche Unüberlegtheiten, die DDR-gesetzlich nicht gedeckt waren.

In dieser Zeit entwickelte sich die ostdeutsche Schuhindustrie wie noch nie auf deutschem Boden. Schuhbetriebe wurden neu errichtet, alte Betriebe modernisiert, die gesamte Vernetzung dieses Industriezweiges neu strukturiert. Im Ergebnis dieses Prozesses konnten zu dieser Zeit die Menschen in der DDR wesentlich attraktivere Schuhmodelle in den Geschäften kaufen, als je zuvor. Reisende aus dem Westen nahmen sich zu dieser Zeit von ihrem Zwangsumtauschsatz häufig subventionierte Kinderschuhe mit, die von den einheimischen Angeboten kaum zu unterscheiden waren. Die ostdeutschen Schuhingenieure und Schuharbeiter vollbrachten zu dieser Zeit wahre Wunder, erreichten sie doch innerhalb weniger Jahre die Weltspitze. Auf diesem Erfolgskurs, der, wenn es nach den Ingenieuren gegangen wäre, die Verschmelzung der ost- und westdeutschen Wirtschaft mit sich gebracht hätte, gab es eine wesentliche Bremse. Das Ministerium für Staatssicherheit – als Vollstrecker der SED-Rückwärtspolitik. Viele motivierte und gut ausgebildete Ingenieure mussten ihre zu starke Motivation mit Ausgrenzung, Haft und Entwürdigung bezahlen – viele Jahre ihres Lebens, zuweilen ihr Leben selbst opfern.

Wir dürfen heute den hier beschriebenen und den hier nicht beschriebenen Leuten dafür dankbar sein, dass sie trotz der Stasi im Nacken die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit des Kalten Krieges auf einem warmen Niveau gehalten haben. Um so schlimmer ist die Tatsache, dass die ostdeutsche Schuhindustrie heute leider (von kleinen Ausnahmen abgesehen) nur in der Erinnerung vorkommt. Sicher kann diese kleine Broschüre nur einen Mosaikstein des Geschehenen reflektieren, vielleicht kann sie aber Auslöser für eine sensible, weiterführende Auseinandersetzung mit diesem konfliktreichen Thema nicht nur im Weißenfelser Raum sein.

9. Fotonachweis:

- S. 4: 3 Fotos: Johannes Brüche, Burgwerben
S. 5: 1 Foto : Autor
S. 18 oben: Weißenfelser Neue Presse
S. 18 unten: Autor
S. 49: BStU, BV Halle, Abt. OT/Fo/80, Bild 25
S. 97: Johannes Brüche, Burgwerben

10. Buchempfehlungen

Matthias Wagner: Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR, edition ost, Berlin, 1998, ISBN 3-932180-47-x

Alexander Weissberg-Cybulski: Im Verhör. Ein Überlebender der stalinistischen Säuberungen berichtet, Europaverlag, Wien und Zürich, 1993, ISBN 3-203-51188-6

Carl-Heinz Janson: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Econ-Verlag, Düsseldorf, 1991, ISBN 3-430-15043-4

Impressum

Johannes Kunze:

Das MfS in der Schuh-Industrie
am Beispiel des Direktors für Forschung und Technik der „VVB Schuhe“
Weißenfels Karl-Heinz Werner

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 34)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Oktober 2004

Layout: Nowotzin

Druck: Harz Druckerei Wernigerode GmbH